

1

2

3

4

5

6

7

8

9

Bürgerprogramm 2011

10

11

12

13 Wahlprogramm des FDP-Landesverbandes Bremen zur Bürgerschaftswahl 2011

14

15

Beschlossen vom Landesparteitag am 19. März 2011

16

17		
18	Inhalt	
19		
20	Inhalt.....	2
21	1 Präambel: Starke Städte mit Zukunft	4
22	2 Freiheit durch Bildung	6
23	Damit Bremen und Bremerhaven nicht länger dumm dastehen.....	6
24	Frühkindliche Bildung.....	7
25	Primarbereich.....	8
26	Wettbewerb zwischen Schulen	9
27	Berufliche Bildung	10
28	Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und mit sonderpädagogischem	
29	Förderbedarf	12
30	Lehre an den Hochschulen	12
31	Forschung und Innovation.....	13
32	Innovation fördern	15
33	Weiterbildung und lebenslanges Lernen	15
34	3 Mehr Freiheit, mehr Wohlstand.....	17
35	Wirtschaft und Mittelstand	17
36	Freiheit für Arbeitnehmer	20
37	Mobilität und Stadtverkehr	20
38	Überregionaler Verkehr, Häfen und Logistik.....	23
39	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktförderung.....	26
40	Energiepolitik.....	28
41	Beziehungen zur Metropolregion, im Bund und in Europa.....	30
42	4 Freiheit für das Land Bremen erhalten	32
43	Haushalt und Finanzen	32
44	Bremen für freie Bürger	35
45	Recht und Justiz.....	37
46	5 Mehr Freiheit, mehr Lebensqualität	40
47	Stadtentwicklung, Wohnen	40
48	Bremer Innenstadt	41
49	Sicherheit.....	42
50	Datenschutz, freies Netz	44

51	Freie Medien	45
52	Gesundheit	46
53	Pflege.....	48
54	Freiheit bewegt: Für einen starken Sport.....	49
55	Umwelt, Natur- und Tierschutz	50
56	Verbraucherschutz	52
57	Kultur	53
58	Tourismus.....	56
59	6 Freiheit statt Abhängigkeit.....	57
60	Wer arbeitet, muss mehr haben...	57
61	Vereinbarkeit von Kindern und Beruf	58
62	Bürgerschaftliches Engagement.....	61
63	Senioren	61
64	Gleichstellung von Frau und Mann	62
65	Gleichgeschlechtliches Zusammenleben.....	63
66	Integration und Zuwanderung	64
67	Menschen mit Behinderungen.....	66
68	Städtepartnerschaften, internationale Zusammenarbeit	67
69		

70 **1 Präambel: Starke Städte mit Zukunft**

71

72 Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

73 am 22. Mai entscheiden Sie, welchen Weg unser Bundesland, die Freie Hansestadt Bremen, geht:
74 Wie bisher mit Rot-Grün in Stagnation und Apathie oder mit Hilfe der FDP in eine gute solide Zukunft.

75 Wir Liberale in Bremen und Bremerhaven treten mit aller Entschlossenheit für den Erhalt der
76 Selbständigkeit der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland ein. Ob dies gelingt, wird
77 entscheidend davon abhängen, ob unser schönes Land Experimentierfeld rot-grüner Ideologen und
78 neuer Mächteparteien und Politiker bleibt oder ob die Bürgerinnen und Bürger, die Stärken
79 unserer beiden Städte Bremen und Bremerhaven für eine bessere Zukunft nutzen.

80 Die FDP im Land Bremen ist die Partei der leistungsbereiten Bürgerinnen und Bürger. Wir richten uns
81 an alle, die Eigenverantwortung leben und staatliche Bevormundung ablehnen – Menschen, die sich
82 engagieren und Verantwortung für sich und andere übernehmen. Die FDP setzt sich für die liberalen
83 Prinzipien „Freiheit vor Gleichheit“, „Privat vor Staat“ und „Erwirtschaften vor Verteilen“ ein.

84 Entscheidend für die Frage, ob die Selbständigkeit der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland
85 gesichert werden kann, ist das Erreichen des vom Grundgesetz vorgegeben Ziels, bis 2019 Einnahmen
86 und Ausgaben des Landes in Einklang zu bringen (Verbot von Neuverschuldung). Hierzu sind
87 einschneidende Sparmaßnahmen erforderlich, zu denen die rot-grüne Regierungskoalition bislang
88 offensichtlich nicht bereit ist. Die FDP unterbreitet in diesem Programm konkrete Vorschläge und
89 wird notwendige Schritte zur Haushaltskonsolidierung mittragen.

90 Anders als diejenigen in unserer Gesellschaft, die meist gegen fortschrittliche Projekte und
91 Innovationen sind, wollen wir die Zukunft unserer beiden Städte gestalten und dabei mit den
92 Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel verantwortlich umgehen. In Zeiten eines dynamischen
93 globalen wirtschaftlichen Wandels, setzen wir auf Mut und Zuversicht, nicht auf das Schüren diffuser
94 Zukunftsängste, Stillstand und Fortschrittsfeindlichkeit.

95 Wir wollen, dass die selbstbewussten Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens dem, was
96 die Zukunft bringt, aus eigener Kraft gewachsen sind, wo immer dies möglich ist. Die FDP steht für
97 Freiheit zur Verantwortung. Wir wollen allen Menschen den Einstieg in Arbeit durch Bildung und
98 einen Aufstieg durch eigene Leistung ermöglichen. Dabei setzen wir auf Bildung, moderne
99 Technologien und Innovation. Der Mittelstand -Handwerk, Einzelhandel, Gewerbetreibende,
100 Selbstständige, Freiberufler - und die Mitte unserer Gesellschaft sind unsere Partner auf dem Weg zu
101 einer starken Wirtschaftsregion.

102 Wir wollen die Chancen ergreifen und Bremen und Bremerhaven wieder zu starken Städten machen.
103 Wir setzen dabei konsequent auf die Freiheit: Bildung ist der Schlüssel für die Erlangung von
104 Selbstbestimmung und Freiheit des Einzelnen. Wirtschaftliche Freiheit im Rahmen unserer Sozialen
105 Marktwirtschaft ist die Voraussetzung, um unseren Wohlstand schaffen und erhalten zu können. Die
106 Freiheit und Selbständigkeit der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland ermöglicht es uns, die
107 Zukunftschancen zukünftiger Generationen in unserer Region selbst zu gestalten. Mehr Freiheit hilft,
108 ein höheres Maß an Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Freiheit für noch

109 mehr Menschen zu schaffen und sie aus der Abhängigkeit von staatlichen Transfers zu lösen, ist für
110 uns die klare Alternative zur weiteren Alimentierung von Armut und Abhängigkeit.

111 In unserem Bürgerprogramm 2011 finden Sie die Konzepte, mit denen wir Bremen und Bremerhaven
112 voranbringen und den Bürgerinnen und Bürgern Chancen eröffnen wollen. Wir Liberale machen
113 Politik mit Ihnen und für Sie. Deshalb haben wir bereits bei der Erstellung des Programms
114 Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Institutionen und Unternehmen eingeladen, sich mit Ideen und
115 Anregungen einzubringen. Diese Ideen haben wir bewusst aufgegriffen, um unserem Ziel, einem
116 Mehr an Bürgerbeteiligung, näherzukommen.

117

118 **Stärken Sie Bremen und Bremerhaven mit ihren hervorragenden Zukunftschancen für die**
119 **Bürgerinnen und Bürger durch Ihre Stimmen für die FDP!**

120

121 **2 Freiheit durch Bildung**

122

123 In mehr als sechzig Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik wurde im Land Bremen eines der
124 teuersten Bildungssysteme aller Bundesländer geschaffen. Zugleich werden in den
125 allgemeinbildenden Schulen Bremens und Bremerhavens die mit Abstand schlechtesten
126 Bildungsergebnisse erzielt.

127 Die Zukunft unseres Landes steht und fällt mit der Bildung jedes Einzelnen und der Bereitschaft, sich
128 zu bilden. Aufgrund des demografischen Wandels kann sich die Gesellschaft nicht leisten, auch nur
129 ein Talent zu verlieren oder ungenutzt schlummern zu lassen. Der spürbar wachsende
130 Fachkräftemangel stellt bereits heute eine der zentralen Herausforderungen für Wirtschaft und
131 Gesellschaft dar. Tausende Arbeitsplätze in Unternehmen im Land Bremen können aufgrund des
132 Mangels an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern erst nach längerer Zeit oder überhaupt
133 nicht besetzt werden. Die FDP im Land Bremen wird sich mit Priorität für ein besseres Schul- und
134 Bildungssystem einsetzen – von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule.

135 Damit Bildung gelingen kann, müssen Eigeninitiative, Eigenverantwortlichkeit und Wettbewerb
136 unterstützt und gefördert werden. Wir trauen dies den Hochschullehrern, Studierenden, Lehrern,
137 Schülern, Schulleitungen und Eltern zu. Die FDP achtet das vom Grundgesetz geschützte
138 Ersterziehungsrecht der Eltern. Gemeinsam mit der Schulleitung und den Lehrern nehmen diese den
139 Erziehungs- und Bildungsauftrag für die junge Generation wahr. Diese Zusammenarbeit ist zu
140 fördern. Ansonsten kann und soll der Staat nur die Rahmenbedingungen festlegen. Dazu gehören gut
141 ausgebildete motivierte Lehrerinnen und Lehrer sowie mit weitgehenden Entscheidungsbefugnissen
142 versehene Schulleitungen. Zudem ist eine angemessene und gleiche Finanzierung staatlicher und
143 privater Schulen notwendig. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende mit hervorragenden
144 Begabungen müssen auch eine sinnvolle Förderung erfahren, damit sie im Interesse der Gesellschaft
145 herausragendes leisten können.

146

147 **Damit Bremen und Bremerhaven nicht länger dumm dastehen**

148 Bremen ist nach wie vor das Schlusslicht-Bundesland bei der Schulbildung. Dies belegt z.B. der
149 Ländervergleich der Sprachkompetenz der Neuntklässler. Das dramatisch schlechte Abschneiden
150 Bremer und Bremerhavener Schulen beim Vergleichstest VERA und in der TIMSS-Studie sind
151 ebenfalls traurige Belege hierfür. Bremen hat seine Position unter Rot-Grün nicht verbessern können.
152 Bremen ist trauriges Schlusslicht-Bundesland bei der Schulbildung geblieben. Zu viele Abgänger
153 verlassen Bremer und Bremerhavener Schulen weiterhin ohne qualifizierenden Abschluss.
154 Schulabgänger aus dem Land Bremen sind schlechter ausgebildet als diejenigen aus dem direkten
155 Umland und finden deshalb schlechter einen Ausbildungsplatz als Bewerber aus anderen
156 Bundesländern.

157 Die Betreuungsqualität muss nachhaltig gebessert werden. Dazu müssen die Stellen der in den
158 Altersruhestand gehenden Lehrerinnen und Lehrer nachbesetzt werden, wo dies nötig und möglich
159 ist. Besonders sind dabei für alleinerziehende Eltern verlässliche Schulangebote zu gestalten.

160 Die FDP will dafür sorgen, dass die eingesetzten knappen Mittel endlich der Bildung der Schüler
161 zugutekommen, statt sie in überflüssigen Behördenwasserköpfen und einer überbordenden
162 Bildungsbürokratie zu verschleudern.

163 Wir werden die Doppelstrukturen und das Nebeneinanderher bei der Lehrerfortbildung abschaffen.
164 Es ist an der Zeit, dass auch die Bildungsbehörde selbst sich einer Aufgabenkritik unterzieht. Auf die
165 eigene Erstellung von Rahmenbildungsplänen, die ausschließlich im Land Bremen Gültigkeit erlangen,
166 kann und soll künftig zugunsten der Übernahme von Rahmenbildungsplänen anderer Bundesländer
167 verzichtet werden.

168 Die Ausstattung der Schulen im Land Bremen weist an vielen Stellen erhebliche Unterschiede auf und
169 folgt nicht allgemeingültigen und transparenten Kriterien.

170 Viele Schulangebote freier Träger leiden im Land Bremen unter einer mangelhaften finanziellen
171 Ausstattung, obwohl sie günstiger und besser sind als staatliche Schulen. Es fehlt überdies an klaren
172 Kriterien und Fristen für die Genehmigung solcher Schulen. Zudem werden private Schulangebote
173 durch die Bremer Bildungssenatorin in ihrer Gestaltungsfreiheit eingeschränkt. Die FDP wird den
174 Schulen mehr Entscheidungsrechte übertragen, einen fairen und transparenten Wettbewerb
175 zwischen den Schulangeboten ermöglichen und langfristig einen Übergang aus der städtischen
176 Schulträgerschaft in freie und private Trägerschaft zulassen.

177 Die Bremer FDP befürwortet, anders als SPD, CDU, Grüne und Linkspartei die Gründung privater
178 Grundschulen in freier Trägerschaft und hat eine Bundestags- und Bundesratsinitiative zur
179 Abschaffung des Artikels 7 V Grundgesetz initiiert. Wir versprechen uns davon eine vielfältige
180 Schullandschaft, in der Lernen und Lehren Freude macht und in der Kinder entsprechend ihren
181 Fähigkeiten individuell gefördert und gefordert werden.

182 Die FDP fordert daher:

- 183 • systematische Aufgabenkritik und Abbau der Bildungsverwaltung
- 184 • Abschaffung bremischer Rahmenbildungspläne
- 185 • Unterstützung von Schulen nach Anwahl
- 186 • Kopfbetrag pro Schüler unabhängig von privater oder staatlicher Trägerschaft
- 187 • Stärkung der Schulautonomie und der Entscheidungsmöglichkeiten der Schulen
- 188 • Kontinuierliche, verpflichtende Aus-, Fort-, und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer,
189 Methodenvielfalt erweitern
- 190 • Lernentwicklungsberichte vereinheitlichen und weiterentwickeln
- 191 • zusätzliche Ziffernzeugnisse (Noten) für Kinder, deren Eltern dies wünschen
- 192 • Unterstützung der Gründung von Privatschulen

193

194 **Frühkindliche Bildung**

195 Für die FDP sind Kindertagesstätten Orte des Lernens und somit Teile des Bildungssystems.
196 Kindertagesstätten müssen mehr als bisher als Vorbereitung auf die schulische Laufbahn betrachtet

197 werden. Die Anzahl der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten Bremens und
198 Bremerhavens ist zu gering. Dies gilt explizit auch für die Regelkindergärten. Zu viele Kinder haben
199 am Ende ihres Kindergartenbesuchs die Schulreife nicht erreicht. Daneben ist die Aufnahmepraxis
200 der meisten Kindertagesstätten zu unflexibel. Meistens werden nur Aufnahmetermine nach den
201 Sommerferien angeboten. Es mangelt an einer hinreichenden Verzahnung mit Grundschulen im der
202 näheren Umgebung der Kindergärten.

203 Die FDP fordert daher:

- 204 • Ausbau des Platzangebotes und Ausweitung der Betreuungszeiten entsprechend des Bedarfs
- 205 • Zweitkräfte für sämtliche Gruppen
- 206 • Kooperation von Grundschulen mit benachbarten Kindertagesstätten
- 207 • Sprachförderung von Kindern mit Sprachförderbedarf
- 208 • fließende Übergänge von Kindertagesstätten zu Grundschulen
- 209 • mehrere Aufnahmetermine im Jahr

210

211 **Primarbereich**

212 Die vierjährige Grundschule ist in Bremen und Bremerhaven akzeptiert. Die Qualität des Unterrichts
213 in den Grundschulen leidet jedoch unter den teilweise sehr unterschiedlichen Voraussetzungen, die
214 die Schülerinnen und Schüler mitbringen.

215

216 Die FDP fordert daher:

- 217 • kontinuierlicher Ausbau weiterer Ganztagsgrundschulen
- 218 • freie Wahl der Grundschule
- 219 • verbindliche Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule
- 220 • verbindliche Zusammenarbeit von Grundschulen und weiterführenden Schulen
- 221 • Öffnung des Bildungssystems, z.B. Zulassung von Schulversuchen von staatlichen und Schulen
222 freier Träger zur Fortführung von Grundschulen über Klasse 4 hinaus bis Klasse 10 oder 12 bzw.
223 13
- 224 • mehr jahrgangsübergreifenden Unterricht anbieten
- 225 • Einschulungszeiten anpassen
- 226 • Wiedereinführung von Vorklassen
- 227 • im Kindergarten begonnene Sprachförderung in Deutsch erforderlichenfalls fortsetzen
- 228 • Englisch- und Plattdeutschunterricht aus Kindertagesstätten in Grundschulen fortführen
- 229 • Deutsch und Mathematik möglichst nicht fachfremd unterrichten und als Kernfächer
230 unterstützen und ausbauen

231 **Oberschulen und Gymnasien**

232 Ohne die Schulen in freier Trägerschaft gäbe es kaum wirklich eigenständige Schulangebote im Land
233 Bremen. Die Nachfrage nach Schulplätzen an den stadtbremischen Gymnasien ist erheblich größer
234 als das bestehende Angebot. Wettbewerb fehlt zwischen den Schulen und eine echte
235 Leistungsorientierung im Sinne des individuell maximalen Bildungserfolgs der Schülerinnen und
236 Schüler ist zu selten feststellbar. Dies gilt insbesondere für viele städtische Schulen.

237 Der rot-grüne Senat hat in der Stadt Bremen die Gymnasien systematisch vernachlässigt. Die
238 Gymnasien werden hinsichtlich der Schüler-Lehrer-Relation benachteiligt und finanziell nicht
239 angemessen ausgestattet. Die Anzahl der derzeit angebotenen Schulplätze in den stadtbremischen
240 Gymnasien liegt deutlich hinter der nachgefragten Zahl zurück.

241 Die FDP fordert daher:

- 242 • Ausbau des ergänzenden Ganztagsangebots entsprechend der Nachfrage durch
243 Zusammenarbeit mit Vereinen, Chören, Musikschulen und allen anderen an der Ausbildung oder
244 Nachwuchsgewinnung junger Menschen interessierter Institutionen
- 245 • jede Schule arbeitet daran, jeden Jugendlichen zu seinem höchstmöglichen Abschluss zu
246 bringen.
- 247 • Jedes Kind soll mindestens die Ausbildungsreife erlangen.
- 248 • Jede Schule ist verpflichtet, sich um jedes aufgenommene Kind zu kümmern
- 249 • An den 12jährigen Gymnasien und in 12jährigen Bildungsgängen zum Abitur werden die
250 Abschlussarbeiten für den mittleren Bildungsabschluss bereits nach Klasse 9 absolviert.
- 251 • Es werden nur noch die bundesweit gültigen Rahmenbildungspläne als Messlatte festgelegt,
252 jede Schule entscheidet selbst über ihr Profil, jede Oberschule entscheidet mit Lehrer und
253 Eltern selbst, ob sie zur allgemeinen Hochschulreife nach 12 oder 13 Jahren führt. Das jeweilige
254 System ist von der Bildungsbehörde zu genehmigen.
- 255 • stärkere Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen
- 256 • jede Oberschule entscheidet selbst, ob sie nur einen oder mehrere Abschlüsse anbietet. Wie sie
257 diese Ziele erreicht, ist ihr freigestellt.
- 258 • Schülerinnen und Schüler, die eher praktisch orientiert sind, werden in Werkklassen/ -schulen
259 auf eine Berufsausbildung vorbereitet. Diese werden an Berufsschulen oder allgemeinbildenden
260 Schulen eingerichtet. Dort können Schülerinnen und Schüler die Berufsbildungsreife erwerben.
- 261 • Ausbau der Gymnasialkapazität in der Stadt Bremen entsprechend dem Bedarf
- 262 • Oberschulen und Gymnasien sind gleichwertig auszustatten

263

264 **Wettbewerb zwischen Schulen**

265 Gute Bildung braucht einen fairen Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulangeboten. Die
266 Erfahrung zeigt, dass Eltern bei der Schulanwahl Gymnasien bevorzugen, auch wenn ihr Kind keine
267 Gymnasialempfehlung bekommen hat. Der Trend zu Schulen mit höheren Bildungsgängen hält seit

268 langem an. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass in der Stadtgemeinde Bremen etwa Gymnasien
269 wie das Alte Gymnasium, das Hermann-Böse-Gymnasium und das Kippenberg-Gymnasium stark
270 überangewählt werden.

271 Wir wollen, dass das Bildungsangebot der Nachfrage der Schülerinnen und Schüler bzw. ihrer Eltern
272 folgt. Dies wird durch eine Reihe von Regelungen verhindert: Noch immer dominiert im Land Bremen
273 starre Schulplanung nach den vorhandenen Raumkapazitäten existierender Schulstandorte. Das ist
274 das Gegenteil eines guten leistungssteigernden Wettbewerbs.

275 Nur wenn es gelingt, unterschiedlich profilierte Schulangebote im Wettbewerb zu entwickeln,
276 werden auch Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen die Förderung erhalten, die sie
277 brauchen.

278

279 Die FDP fordert:

- 280 • mehr eigenständige Schulen in freier Trägerschaft
- 281 • Förderung von Engagement und Motivation von Lehrkräften
- 282 • kein Bundesland sollte Lehrer mehr verbeamten
- 283 • Leistung sollte sich auch für Lehrer lohnen und bei der Entlohnung stärker berücksichtigt werden
- 284 • Schulen erhalten für jedes Kind einen einheitlichen Betrag, zuzüglich Mitteln für diagnostizierte
285 Förderbedarfe
- 286 • spezielle Förderprogramme für Hochbegabte
- 287 • Schaffen von Transparenz durch anonymisierte Veröffentlichung der Ergebnisse der
288 Vergleichsarbeiten und der zentralen Abschlussarbeiten in Bremen und Bremerhaven
- 289 • Abschaffung der Schuleinzugsgrenzen und der Zuordnung von Grundschulen zu Oberschulen, die
290 nicht im Verbund arbeiten, und damit freie Schulwahl

291

292 **Berufliche Bildung**

293 Die FDP bekennt sich zum System der dualen Berufsausbildung. Die Voraussetzungen für das
294 erfolgreiche Absolvieren einer Berufsausbildung werden allerdings von vielen Schulabgängern nicht
295 mehr erfüllt. Hier versagt das rot-grüne Schulsystem. Ursachen sind die ausgeprägte Gleichmacherei
296 und die fehlende Anerkennung von Leistung in unserem Bildungssystem. Leistung und Wettbewerb
297 gehören als Bildungsbestandteil in die Schule.

298 Viele Bremer und Bremerhavener Schülerinnen und Schüler verlassen die allgemeinbildenden
299 Schulen, ohne die Ausbildungsreife bzw. die faktische Ausbildungsfähigkeit erreicht zu haben. Es ist
300 nicht hinnehmbar, dass die Versäumnisse der allgemeinbildenden Schulen mehr und mehr von
301 Berufsschulen, Kammern und Betrieben ausgeputzt werden müssen. Viele Auszubildende haben
302 erhebliche Defizite in Mathematik und Deutsch. Zudem mangelt es im Land Bremen an Transparenz
303 und Information mit Blick auf weiterführende Bildungsangebote.

304 Nachdem in den zurückliegenden Jahren der Fokus auf die allgemeinbildenden Schulen gelegt wurde,
305 gilt es diesen jetzt auch auf den berufsbildenden Bereich auszudehnen. Bremen leistet sich ein
306 großes so genanntes Übergangssystem, in dem Schulabgänger, die keine Lehrstelle gefunden haben,
307 staatlich weiter qualifiziert werden sollen. Oftmals führt das zu langen und teuren
308 Maßnahmenschleifen nach deren Durchlaufen die Jugendlichen oftmals trotzdem nicht die
309 gewünschte Stelle finden. Mit zunehmendem Alter fällt es Jugendlichen immer schwerer, einen
310 Ausbildungsplatz zu finden. Dieses System ist grundlegend zu überarbeiten und zugunsten der dualen
311 Ausbildung weitgehend abzubauen. Da wo es bewährte duale Ausbildungsgänge gibt, sind
312 vollschulische, staatliche Ausbildungsangebote abzubauen.

313 Um auch weniger leistungsstarke Jugendliche in Betrieben integrieren zu können, sind vermehrt
314 begleitende Hilfen und Qualifizierungen einzusetzen. Deshalb treten wir für die Schaffung und
315 Beibehaltung von Ausbildungsgängen mit höherer Praxis- und Anwendungsorientierung ein. Hilfreich
316 ist es, wenn planmäßig vor und während der Berufsausbildung anerkannte Zertifikate
317 (Schweißscheine, Gabelstablerschein etc.) erworben werden können. Die FDP setzt sich für die
318 effektive Nutzung der Ressourcen an den Berufsschulen über den ganzen Tag hinweg ein.

319 Die FDP fordert daher:

- 320 • Ausbau des Angebots an beruflichen Gymnasien
- 321 • Erhalt beruflicher Oberstufen mit Doppelqualifikation
- 322 • Die Berufsqualifizierung in Werkschulen und der allgemeinen Berufsschule
- 323 • Deutsch und Matheunterricht für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz
- 324 • Verringern der vollschulischen Berufsausbildungen
- 325 • Wirksame Berufsqualifizierung, Möglichkeiten zum Erwerb anwendungsorientierter Zertifikate
- 326 • effiziente Nutzung von Schulinfrastruktur und Ressourcen

327

328 **Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und mit**
329 **sonderpädagogischem Förderbedarf**

330 Die FDP will die beste individuelle Bildung und Förderung für jedes Kind erreichen. Ungeachtet ihrer
331 persönlichen Unterstützungsbedürfnisse steht allen Menschen das gleiche Recht auf individuelle
332 Entwicklung und soziale Teilhabe zu. Die FDP tritt für einen uneingeschränkten Zugang von
333 Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen sowie sonderpädagogischem Förderbedarf
334 zu Kindergärten und allgemeinbildenden Schulen im Sinne der Inklusion ein. Integrative
335 Bildungsangebote werden durch inklusive Angebote überflüssig. Erstere sollen zugunsten inklusiver
336 Bildungsangebote reduziert werden. Wir unterstützen die Erarbeitung und Umsetzung eines
337 konkreten Zeit-Maßnahmen-Katalog für Inklusion. Der Übergang zur Inklusion darf nicht zu Lasten
338 der Schülerinnen und Schüler gehen.

339 Die FDP fordert daher:

- 340 • einen zügigen Abbau von Förderzentren, soweit sie durch erfolgreiche Inklusion nicht mehr
341 benötigt werden.
- 342 • nach Schulvereinbarung Inklusion in der jeweiligen Schule entsprechend des gewählten
343 Inklusionsgrades
- 344 • stetiger und umfassender Einsatz von Sonderpädagogen, bzw. Pädagogen für inklusiven
345 Unterricht in den Schulen

346

347 **Lehre an den Hochschulen**

348 Aus dem breiten Angebot an universitären und fachhochschulischen Studiengängen erwachsen
349 enorme Chancen für die Region und die Standorte Bremen und Bremerhaven. Wir werden die
350 Autonomie der Hochschulen mit Blick auf die Gestaltung des Lehrangebots weiter stärken. Die
351 Ausbildung an den Hochschulen hat durch die begonnene europäische Harmonisierung von
352 Studienabschlüssen im Rahmen des Bologna-Prozesses starke Veränderungen erfahren. Der Bologna-
353 Prozess und seine Ziele werden von der FDP grundsätzlich positiv wahrgenommen. Es gibt allerdings
354 erheblichen Verbesserungsbedarf in der organisatorischen Umsetzung vieler Bachelor- und
355 Masterstudiengänge an den staatlichen Hochschulen. Zudem ist aus unserer Sicht kritisch zu
356 bewerten, dass anerkannte Marken wie der Abschluss „Diplom-Ingenieur“ im Zuge der Reform
357 aufgegeben wurden. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass etablierte und weltweit anerkannte
358 Abschlüsse parallel zum Bachelor/Master wieder eingeführt oder erhalten werden können.

359 Die Hochschulen im Land Bremen bilden weit mehr Menschen akademisch aus, als es dem Bedarf in
360 Bremen und Bremerhaven entspricht. Die FDP tritt dafür ein, dass die Wettbewerbssituation von
361 Studienangebote nicht aus dem Blickfeld verloren wird.

362 Die FDP Bremen fordert:

- 363 • Die Studiengänge sollten sich an der Nachfrage der Studierenden und den inhaltlichen
364 Notwendigkeiten der Lehre und nicht an organisatorischen Gegebenheiten der staatlichen
365 Hochschulen orientieren.

- 366 • Die Inhalte der Studiengänge sollten hinterfragt und überarbeitet werden. Es sollte eine größere
367 thematische Breite innerhalb der einzelnen Studiengänge angestrebt werden. Wir werden eine
368 Entwicklung in Richtung Bachelor-Generale forcieren.
- 369 • Für die Lehrerausbildung fordern wir, Quereinstiege und andere praxisverstärkende
370 Möglichkeiten zu ermöglichen
- 371 • Das starre Festhalten an insgesamt 10 Semestern für die Dauer von Bachelor- und Master-
372 Studiengängen halten wir für falsch. Hier fordern wir mehr Flexibilität.
- 373 • Die Hochschulen vergeben ihre Credits trotz gleicher Inhalte sehr unterschiedlich bei einzelnen
374 Fächern. Hier ist eine Angleichung anzustreben.
- 375 • Eine Synchronisierung der Semesterzeiten an den hiesigen Hochschulen mit denen der
376 Hauptpartnerländer soll angestrebt werden, um Auslandssemester besser in den Studienablauf
377 integrieren zu können.
- 378 • Die Erhebung von Studiengebühren sowie deren Verwendung stellen wir in die Autonomie der
379 Hochschulen.
- 380 • Institutionsakkreditierung statt Studiengangsakkreditierung sowie Genehmigung von
381 Studiengängen, die mit Staatsexamina abgeschlossen werden.
- 382 • Einrichtung und Ausbau von Halbtagsstudiengängen bzw. -angeboten und eines angemessenen
383 Angebots an Kinderbetreuungsmöglichkeiten an den einzelnen Hochschulen.

384

385 **Forschung und Innovation**

386 Die Universitäten und Hochschulen in Bremen und Bremerhaven sind eine Erfolgsgeschichte. Sie sind
387 als Motor des Strukturwandels auch wirtschaftlich unverzichtbar geworden und sichern auch über
388 Drittmittel viele Arbeitsplätze. Rund um die Hochschulen haben sich neue Unternehmen angesiedelt
389 und alteingesessene konnten sich weiterentwickeln. Mit ihren vielfältigen Angeboten bereichern sie
390 zudem das kulturelle Angebot unserer Städte und tragen mit ihren überregionalen und
391 internationalen Erfolgen wesentlich dazu bei, Bremen als modernen Standort zu profilieren und das
392 Image unseres Landes zu verbessern.

393 Die staatlichen Hochschulen, die Universität Bremen und die private Jacobs Universität Bremen
394 machen auch überregional bzw. international auf Bremen und sich selbst aufmerksam. Die Bremer
395 Erfolgein der Exzellenzinitiative und hohe Drittmittelleinnahmen haben den Ruf des
396 Wissenschaftsstandortes deutlich verbessert.

397 Statt die positive Entwicklung entschlossen zu unterstützen, hat Rot-Grün die Hochschulen Risiken
398 ausgesetzt, ohne Ihnen die notwendige Planungssicherheit zu geben. Die Kürzungen innerhalb des
399 Hochschulgesamtplanes V haben die Handlungsfähigkeit der Hochschulen dramatisch eingeschränkt
400 und gefährden mittlerweile die Möglichkeiten der Einwerbung von Forschungsdrittmitteln. Bereits
401 seit Jahren sind unsere Hochschulen im nationalen und internationalen Vergleich unterfinanziert,
402 mittlerweile ist der Abstand deutlich gewachsen. Die Möglichkeiten, diesen Nachteil durch
403 besondere Flexibilität zu kompensieren, sind kaum noch gegeben.

404 Die rot-grüne Koalition hat ein Hochschulgesetz beschlossen, welches weit hinter die Regelungen
405 anderer Bundesländer zurückfällt. Weiterhin legt der Senat den staatlichen Hochschulen enge
406 Fesseln bei der Personalwahl an und verhindert durch bürokratische Regelungen etwa zur
407 Frauenquote und zur Beteiligung eine effektive Handlungsweise. Gleichzeitig ist es versäumt worden,
408 die Interessen der Studierenden, etwa durch Ausbau einer Betreuung, wie sie für die stark
409 verschulden Bachelorstudiengänge nötig wäre, ausreichend zu berücksichtigen.

410 Daher setzt sich die FDP für eine weitergehende Reform des Hochschulgesetzes sowie eine bessere
411 und langfristige finanzielle Förderung der Hochschulen ein. Die forschungsorientierte Vernetzung
412 der Hochschulen und Universitäten wollen wir stärken.

413 Auch in wissenschaftlichen Einrichtungen besteht die Tendenz zu einer Aufblähung der Bürokratie.
414 Im Rahmen der Stärkung der Hochschulautonomie werden wir positive Anreize setzen, um dem
415 entgegenzuwirken.

416 Die FDP bekennt sich eindeutig zur Forschungsfreiheit. Wir wollen in den kommenden Jahren die
417 Anzahl von Tierversuchen durch den verstärkten Einsatz von Alternativmethoden verringern. Oft sind
418 jedoch keine alternativen Methoden zum Tierversuch mit dem für die Versuchen geeigneten
419 niederrangigsten Tier vorhanden, die Tiere werden gut behandelt, die tierschutzrechtlichen
420 Voraussetzungen liegen vor und die reale Chance ist gegeben, Menschen mit Behinderungen und
421 Erkrankungen ihr schweres Leiden erträglicher zu machen. In diesen Fällen ist es weder ethisch noch
422 moralisch vertretbar, Menschen die Erkenntnisse der Forschung und Entwicklung sowie der im Fall
423 der Hirnforschung noch dringend erforderlichen Grundlagenforschung vorzuenthalten. Die FDP will
424 den Streit um die Fortführung der Forschungen an Makaken an der Universität Bremen daher
425 beenden. Die Fortführung der Forschungen, die zum Ziel haben, die Funktion des Hirns besser zu
426 verstehen, medizintechnische Methoden zur Anwendungsreife zu bringen und kranken und
427 behinderten Menschen zu helfen, ist unter Beachtung aller einschlägigen, insbesondere
428 tierschutzrechtlichen, Vorschriften zu genehmigen.

429 Die FDP fordert daher:

- 430 • Ablösung des rot-grünen Hochschulgesetzes durch ein modernes Hochschulfreiheitsgesetz
- 431 • mehr Selbständigkeit der staatlichen Hochschulen; freie Wahlmöglichkeit über die eigene
432 Organisationsform (zum Beispiel in Form einer Stiftung)
- 433 • Reduzierung der Wissenschaftsverwaltung beim Senat auf die für überregionale
434 Forschungszusammenarbeit und Bund-Länder-Koordination notwendigen Stellen
- 435 • Rücknahme des Hochschulgesamtplanes V, der mit seinen drastischen Einsparungen die Qualität
436 von Forschung und Lehre deutlich eingeschränkt und die Chancen auf erfolgreiche
437 Drittmittelinwerbung massiv verschlechtert hat
- 438 • mehrjährige Finanzierungsvereinbarungen für mehr Planungssicherheit
- 439 • Vollständige Personalhoheit für die Hochschulen in allen Bereichen; Beendigung der Verbeamtung
440 im Hochschulbereich
- 441 • Einführung eines eigenen Wissenschaftstarifvertrages, der auf die Besonderheiten wie
442 Auslandsaufenthalte, Wechsel zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Forschungsarbeiten usw.
443 Rücksicht nimmt
- 444 • Verzicht auf Quotenregelungen

- 445 • Aufbau von Kapitalstöcken durch die Hochschulen, die nicht dem Zugriff des Staates unterliegen,
446 über Spenden und Alumnibeiträge
447 • Sicherung der Forschungsfreiheit.
448 • Der Rechtsstreit über die Fortsetzung von Versuchen mit und an Makaken an der Universität
449 Bremen ist zu beenden.
450

451 **Innovation fördern**

452 Innovationen entstehen aufgrund der Nachfrage von Märkten. Hervorragender
453 Forschungseinrichtungen können die dafür notwendigen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in
454 Unternehmen unterstützen. Die Ziele des Innovationsförderungsprogramms „InnoVision 2010“ des
455 Senats, wonach das Land Bremen im Jahr 2010 zu den Top-Ten der Technologiestandorte
456 Deutschlands gehören und in seinerzeit sieben ausgewiesenen Kompetenzfeldern Spitzenpositionen
457 erreichen sollte, sind weitestgehend gescheitert. Bei der Neuausrichtung der Innovationsförderung
458 hat Rot-Grün die Fehler der Großen Koalition wiederholt: Statt konkrete abgrenzbare
459 Wachstumstechnologien zu identifizieren und zu fördern, werden nach wie vor diverse
460 unterschiedliche immer wieder neu kombinierte wolkige Branchenzusammenhänge als
461 Förderschwerpunkte ausgewiesen. Gute Forschungsförderung dient nicht allein der Finanzierung
462 vorhandener Forschungsstrukturen, sondern sie setzt bei der Nachfrage der Unternehmen an.

463 Die FDP wird die Innovationsförderung des Landes neu ausrichten. Wir werden die zur Verfügung
464 stehenden Mittel zur Förderung konkreter Forschungs- und Entwicklungsvorhaben vorrangig kleiner
465 und mittelständischer Unternehmen in produzierendem Gewerbe, im Handwerk und in innovativen
466 Dienstleistungsbereichen einsetzen. Die Profilierung des Technologieparks Universität und des
467 Science Parks der Jacobs University werden wir vorantreiben.

468 Die FDP fordert daher:

- 469 • eine Konzentration der Förderung auf für die Unternehmen am Standort Bremen und
470 Bremerhaven wichtige Innovationsbereiche
471 • Konzentration der Förderung auf konkrete Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit Vorrang
472 für kleine und mittelständische Unternehmen
473 • die Profilierung des Technologieparks Universität und des Science Parks der Jacobs University
474 vorantreiben

475

476 **Weiterbildung und lebenslanges Lernen**

477 Die FDP setzt sich dafür ein, dass lebenslanges Lernen zielgenau gefördert wird. Wir werden das
478 derzeitige Bremische Bildungsurlaubsgesetz in seiner jetzigen Form abschaffen und ein zeitgemäßes
479 Bildungsfreistellungsgesetz schaffen. Das derzeitige Bremischen Bildungsurlaubsgesetz wird den
480 veränderten Anforderungen an zeitgemäße Möglichkeiten berufsbezogener Weiterbildung für
481 Arbeitnehmer nicht mehr gerecht.

482 Die FDP fordert daher:

- 483 • Schaffung eines modernen Bildungsfreistellungsgesetzes, anstelle des Bildungsurlaubsgesetzes

- 484 • Konzentration der Bildungsfreistellung auf berufsbezogene Weiterbildungsinhalte
- 485 • Stärkung der betrieblichen Weiterbildung in kleinen und mittelständischen Unternehmen
- 486

487 **3 Mehr Freiheit, mehr Wohlstand**

488

489 Eine dynamische und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist eine notwendige Voraussetzung zur
490 Lösung der Arbeitsmarkt- und Finanzprobleme unseres Landes. Die FDP ist die Partei der Sozialen
491 Marktwirtschaft. Wir stehen zu den liberalen Prinzipien, Privateigentum, Vertragsfreiheit, freie
492 Preisbildung und Berechenbarkeit der wirtschaftlichen Rahmensetzung. Für das Land Bremen sind
493 eine Abkehr von der Staatswirtschaft und eine Erneuerung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft
494 zum Erhalt der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Region dringend
495 geboten. Nur wenn die produktiven Kräfte in unserem Land sich entfalten können, kann Wohlstand
496 erhalten und neu geschaffen werden. Bremen und Bremerhaven brauchen Kreativität, Innovationen,
497 neue Ideen und Mut zu unternehmerischer Selbständigkeit. Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf das
498 Engagement verantwortlich-handelnder selbständiger Unternehmerinnen und Unternehmer im
499 Mittelstand und im Handwerk sowie der freien Berufe. Unser ordnungspolitischer Kompass ist durch
500 unsere ordnungspolitischen Prinzipien Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erwirtschaften vor
501 Verteilen und Verlässlichkeit vor Beliebigkeit bestimmt.

502

503 **Wirtschaft und Mittelstand**

504 Unter dem rot-grünen Senat hat in Bremen in den vergangenen Jahren Wirtschaftspolitik nicht
505 stattgefunden. So wurden dem Wirtschaftsressort zunächst wichtige Zuständigkeiten genommen,
506 etwa die Zuständigkeit für die Bremer Aufbau-Bank. Teile der Innovationsförderung sind sachfremd
507 im Umweltressort angesiedelt. Auf Grund fehlender Kompetenzen ist der Wirtschaftssenator
508 weitgehend ohne Einflussmöglichkeiten. So bei der Umweltzone, bei Fragen des Tempolimits oder
509 bei der Entwicklung des Geländes der Bremer Wollkämmerei.

510 Die FDP fordert, Kompetenzen beim Wirtschaftsressort zu bündeln. So soll die gesamte Technologie-
511 und Innovationsförderung gebündelt und die Zuständigkeiten für die Verkehrs- und die
512 Arbeitsmarktpolitik dem Wirtschaftssenator zugeordnet werden. Eine kompetente,
513 querschnittsorientierte und sachgerechte Aufgabenwahrnehmung macht dies unbedingt
514 erforderlich.

515 Die FDP bekennt sich zur Industrie im Land Bremen. Die Schließung bzw. Abwanderung von
516 Unternehmen an andere Standorte beobachten wir mit großer Sorge. Wir wollen hervorragende
517 Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen schaffen. Das Gelände der Bremer Wollkämmerei
518 (BWK) in Bremen-Nord wollen wir als größtes zusammenhängendes Gewerbegebiet mit industrieller
519 Nutzung erhalten. Dieses Areal mit seinem hervorragenden Zugang zur Weser besitzt ein enormes
520 Potential etwa für Unternehmen des aufstrebenden Offshore-Anlagenbaus.

521 Das Land Bremen hat als „Land der kurzen Wege“ die Chance, Vorreiter beim Abbau nicht benötigter
522 bürokratischer Normen und Vorschriften zu werden. Dies muss endlich entschlossen genutzt werden,
523 um sich als Modellregion für den Bürokratieabbau zu profilieren. Seit Mai 2003 hat unser
524 Nachbarland Niedersachsen mehr als 2.000 Gesetze und Verwaltungsvorschriften nachhaltig
525 abgebaut. In Bremen ist seit 2007 unter der Rot-Grünen Koalition die Zahl bremischer Gesetze und
526 Vorschriften dagegen um mehr als 100 angewachsen. Es fehlt dem rot-grünen Senat am Bewusstsein
527 für die fatalen Auswirkungen vieler Gesetze und von Überregulierung auf Arbeit und Beschäftigung.

528 Deshalb fordert die FDP eine systematische Bewertung sämtlicher neuer Gesetze und Vorschriften
529 mit Blick auf deren Auswirkungen auf den ersten Arbeitsmarkt. Weiterhin werden wir sicherstellen,
530 dass bundes- und europarechtliche Vorgaben mit Auswirkung auf Wirtschaft und Mittelstand im
531 Land Bremen nur 1:1 umgesetzt werden.

532 Die Chance, die bei Verabschiedung des neuen Bremischen Gaststättengesetzes bestanden hätte, die
533 Erlangung einer Gaststättenkonzession signifikant zu erleichtern, hat die rot-grüne Koalition aus
534 unerfindlichen Gründen ungenutzt gelassen. Die FDP wird das Gesetz bürokratiemindernd
535 überarbeiten und die so genannte Sperrzeit, von der sich viele andere deutsche Städte längst
536 verabschiedet haben, abschaffen.

537 Wir wollen in Bremen ein verbraucher- und freiheitsfreundliches Ladenöffnungs- und Sonn- und
538 Feiertagsrecht schaffen. Die restriktive Beschränkung von Ladenöffnungszeiten widerspricht
539 angesichts der Veränderungen unserer Arbeits- und Konsumgesellschaft der Lebenswirklichkeit der
540 meisten Menschen. In vielen Stadtteilen besteht ein waches Interesse des Einzelhandels an
541 erweiterten Möglichkeiten zur Sonntagsöffnung von Ladengeschäften, insbesondere im Rahmen
542 gemeinsamer Werbeaktionen des Einzelhandels und parallel zu Veranstaltungen im Stadtteil. Statt
543 die Möglichkeiten zur Sonn- und Feiertagsöffnung immer weiter einzuschränken, wollen wir an bis zu
544 vier Sonntagen die Öffnung von Ladengeschäften an so genannten „weiteren“ Sonntagen im
545 Rahmen von Veranstaltungen in jedem Stadtteil zulassen. Die Festsetzung der einzelnen Termine soll
546 sich an den Vorschlägen der Stadt- und Ortsteilbeiräte orientieren. Wir wollen darüber hinaus eine
547 Ausweitung der Möglichkeit zur Sonntagsöffnung von Ladengeschäften nach der Regelung für so
548 genannte Ausflugsorte um den Bremer Marktplatz, im Viertel sowie in der Bremerhavener
549 Innenstadt prüfen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Betreibern gewerblicher Autowaschanlagen
550 ermöglicht wird, Fahrzeuge auch an Sonn- und ausgewählten Feiertagen waschen zu lassen, sofern
551 hierdurch berechtigte Interessen der Nachbarn nicht unzumutbar beeinträchtigt werden.

552 Die Regelungen, die die rot-grüne Koalition in der Neufassung des Vergabegesetzes festgeschrieben
553 hat, belasten Handwerk, kleine und mittelständische Unternehmen nachteilig. Dies gilt insbesondere
554 für die rechtlich zweifelhafte regionale Tariftreueregelung. Diese werden wir abschaffen. Weiterhin
555 setzt sich die FDP für die Ausweitung der so genannten Genehmigungsfiktion ein, d.h. bearbeiten
556 Behörden Anträge von Bürgern oder Unternehmen nicht in angemessener Zeit, so gelten die Anträge
557 automatisch als genehmigt.

558 Die FDP fordert daher:

- 559 • Zuständigkeiten für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Innovationsförderung im Wirtschaftsressort
560 bündeln
- 561 • Bremen als Modellregion für Bürokratieabbau profilieren
- 562 • konsequente Bewertung der Arbeitsmarkteffekte bei politischen Vorhaben, sowie periodische
563 Überprüfung der Effekte ihrer Nachhaltigkeit
- 564 • Gaststättengesetz überarbeiten, Sperrzeit abschaffen
- 565 • modernes Ladenschluss- sowie Sonn- und Feiertagsrecht schaffen
- 566 • Vergabegesetz überarbeiten, Tariftreueregelung abschaffen

- 567 • Genehmigungsfiktion ausweiten

568 Kleine und mittelständischen Unternehmen stellen mehr als 200.000 Arbeitsplätze, etwa drei Viertel
569 der gewerblichen Arbeitsplätze im Land Bremen und mehr als 12.000 Ausbildungsplätze. D.h. mehr
570 als 80 Prozent der Ausbildungsplätze im Land Bremen. Handwerksbetriebe müssen vor Konkurrenz
571 durch von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern finanzierte Beschäftigungsmaßnahmen für
572 Arbeitsuchende geschützt werden. Die FDP setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Zahlungsziele der
573 öffentlichen Hand verkürzt werden.

574 Mit Blick auf kleine und mittelständische Unternehmen müssen die Chancen der begonnen
575 Neustrukturierung der Bremer Wirtschaftsförderung umfassend genutzt werden. Die Pflege des
576 vorhandenen Unternehmensbestands, auch des Mittelstands und der Kleinunternehmen, muss in
577 diesem Zusammenhang stärker als bisher in den Mittelpunkt des Tagesgeschäfts der
578 Wirtschaftsförderung gerückt werden. Die Wirtschaftsförderung wollen wir im engen Dialog mit den
579 Kammern und Wirtschaftsverbänden vom „Onestopshopping“ zu einem „Onefacethecustomer“
580 weiterentwickeln. Die Rolle der Wirtschaftsförderungsgesellschaft als Vertriebsarm der Bremer
581 Aufbau-Bank muss im Zuge der organisatorischen Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung neu
582 justiert werden. Insbesondere Finanzierungsgesichtspunkte in Mittelstand und Handwerk erlangen
583 im Zuge der aktuellen Krise besondere Bedeutung. Eine Beibehaltung der engen Verzahnung der
584 Förderbank mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft bietet sich, unter Wahrung des
585 Bankgeheimnisses, grundsätzlich an.

586 Über die begonnene Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung hinaus sind weitere Aktivitäten
587 erforderlich, um den Service von Bremer Behörden und Verwaltung für Unternehmen und
588 Selbständige zu verbessern. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die engere Kooperation
589 zwischen Kammern und Wirtschaftsförderung.

590 Die Ausrichtung des Standortmarketings muss sowohl hinsichtlich des Adressatenkreises als auch
591 hinsichtlich der regionalen Ausrichtung auf den Prüfstand gestellt werden. Geeignete Instrumente
592 zur Ansprache mittelständischer Investoren aus Industrie und Dienstleistungsgewerbe müssen
593 ergänzt bzw. weiterentwickelt werden. Auch ist eine stärkere Konzentration auf wenige Zielregionen
594 notwendig. Insbesondere sollten dabei bestehende Wirtschaftsbeziehungen zu anderen
595 Wirtschaftsregionen vertieft werden, in denen bereits mehrere Unternehmen aus Bremen mit der
596 Größenordnung nach relevanten Aktivitäten vertreten sind und in denen absehbar auch realistische
597 Potentiale für eine vertiefte Zusammenarbeit bestehen, d.h. eine Konzentration auf weniger dafür
598 aber wirklich Erfolg versprechende Regionen. Vorstellbar ist für uns etwa die vertiefte
599 Zusammenarbeit mit der Türkei, Indien und Russland als Zukunftsmärkte der Bremer Wirtschaft.

600 Der Anteil der Selbständigen an den in Bremen arbeitenden Menschen ist nach wie vor im Vergleich
601 zu anderen Städten zu gering. Die FDP setzt sich für eine stärkere Berücksichtigung des Themas
602 Selbständigkeit und Soziale Marktwirtschaft in Schule, Unterricht und bei der Fortbildung von
603 Lehrerinnen und Lehrern ein. Weiterhin wollen wir die Förderung von Career-Services für
604 Studierende, Mentoringprogramme für Studierende mit Mentoren aus lokalen Unternehmen, das
605 Angebot von Entrepreneur-Veranstaltungen, bzw. eines fächerübergreifenden Wahlmoduls
606 „Entrepreneurship“ an den Hochschulen, eine Spezialisierung von Studiengängen auf der Grundlage
607 der regionalen Nachfrage, postgraduale Bildung mit Bezug zum regionalen Arbeitsmarkt oder auch
608 die Förderung von Kooperations-Promotionen mit lokalen Unternehmen in Angriff nehmen. Wir

609 werden daher die Hochschulen und Universitäten mit der skizzierten Zielsetzung stärker als bisher an
610 den Mitteln, die Bremen aus dem Europäischen Sozialfonds erhält, partizipieren zu lassen.

611 Die FDP fordert daher:

- 612 • Schutz von Handwerksbetrieben vor Konkurrenz durch staatlich-finanzierte
- 613 Beschäftigungsmaßnahmen des so genannten „Zweiten Arbeitsmarktes“
- 614 • Verkürzung der Zahlungsziele der öffentlichen Hand
- 615 • mittelstandsorientierte Organisation der Wirtschaftsförderung im Sinne eines
- 616 „Onefacethecustomer“
- 617 • Verbesserung des Service von Bremer Behörden und Verwaltung für Unternehmen und
- 618 Selbständige
- 619 • Verbesserung des Standortmarketings der Standorte Bremen/Bremerhaven
- 620 • einen Ausbau, keine Reduzierung der Existenzgründungsförderung

621

622 **Freiheit für Arbeitnehmer**

623 Im Mittelpunkt der liberaler Politik für Arbeitnehmer steht das Bild des mündigen Arbeitnehmers,
624 der selbst entscheidet, mit wem er sich zur Wahrnehmung seiner Interessen zusammenschließt und
625 von wem er sich in steuerlichen oder rechtlichen Fragestellungen beraten oder unterstützen lassen
626 möchte. Bremen ist neben dem Saarland das einzige Bundesland, in dem für alle Arbeitnehmer eine
627 Zwangsmitgliedschaft qua Gesetz besteht. Die Mehrzahl der Arbeitnehmer im Land Bremen beteiligt
628 sich nicht an den Aktivitäten der Arbeitnehmerkammer und nimmt deren Angebote in keiner Weise
629 in Anspruch. Die Tätigkeiten der Arbeitnehmerkammer entzieht sich weitgehend der Kontrolle und
630 der Rechtfertigung vor ihren Mitgliedern. Die Arbeitnehmerkammer knöpft den Arbeitnehmern in
631 jedem Jahr Beiträge in Höhe von über zehn Millionen Euro ab, unabhängig davon, ob das Angebot an
632 Dienstleistungen und der Service den Erwartungen und Anforderungen der Mitglieder wirklich
633 entsprechen.

634 Daher fordert die FDP:

- 635 • die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der Arbeitnehmerkammer

636

637 **Mobilität und Stadtverkehr**

638 Besonders deutlich wird die wirtschafts- und bürgerfeindliche Politik des rot-grünen Senats beim
639 Verkehr. Die Aversion des grünen Bausenators gegen jede Form von Autoverkehr verhindert wichtige
640 Projekte, die Bremen zukunftsfähig machen. Das Güterverkehrszentrum in der Neustadt feierte vor
641 kurzem sein 25-jähriges Bestehen. Doch noch immer fehlt es an einer optimalen Anbindung an das
642 Fernstraßennetz. Die Realisierung der A 281 als Autobahnring zwischen der A 27 und der A 1
643 verzögert sich von Jahr zu Jahr. Wann mit dem endgültigen Ringschluss zu rechnen ist, steht noch in
644 den Sternen. Statt von Beginn an eine Gesamtkonzeption zu erstellen, wurde die Strecke in einzelne,
645 zum Teil willkürlich anmutende Bauabschnitte zerteilt.

646 Ein weiteres typisches Beispiel rot-grüner Fehlplanung ist der Autobahzubringer Horn-Lehe.
647 Vormalig vorgesehen für die Anbindung an die Hollerlandquerung nach Lilienthal, wäre er
648 Voraussetzung für eine vernünftige und leistungsfähige Erschließung der Umlandgemeinden und der
649 in den vergangenen Jahren entstandenen neuen großen Wohnbaugebiete Borgfelds gewesen. Heute
650 verdeutlicht die 90 Grad Kurve eine vergebene Chance für eine echte Entlastungsstrecke.

651 Die momentane verkehrspolitische Taktik des rot-grünen Senats verfolgt nur ein Ziel: Mobilität durch
652 motorisierten Individualverkehr einzuschränken. Nur dort, wo Verkehr fließt, kann Wachstum
653 entstehen. Nur dort, wo es Wachstum gibt, können Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen
654 werden.

655 Umweltzone, Überlegungen zur Einführung einer City-Maut, stinkende Staus auf
656 Hauptverkehrsachsen und wichtigen Einfallstrassen und mangelhafte – wenn nicht sogar nicht
657 existente – Planung von Baustellen und deren Effekten: Der Eindruck drängt sich auf, dass es dem
658 Senatsressort weder um eine Reduzierung der Feinstaubbelastung noch des CO₂-Ausstoßes oder der
659 Lärmbelästigung geht. Statt Gängelei brauchen Bremen und Bremerhaven umfassende und
660 zukunftsorientierte kommunale Verkehrskonzepte, die verbindliche Instandhaltungs- und
661 Ausbaupläne für die Verkehrssysteme der Kommunen vorsehen. Die FDP nimmt die Interessen aller
662 Verkehrsteilnehmer ernst und wird für Verlässlichkeit beim Infrastrukturausbau und bei der
663 Instandhaltung sorgen.

664 Ausgewogene Verkehrskonzepte für unsere Städte dürfen sich nicht auf bestimmte Verkehrsarten
665 beschränken, sondern müssen als Verkehrswege sowohl Straße und Schiene als auch Wasser und
666 Luft berücksichtigen. Wohldurchdachte Verkehrskonzepte berücksichtigen sowohl den
667 Individualverkehr mit dem Auto, dem Fahrrad, dem ÖPNV oder zu Fuß als auch die für jede
668 Großstadt unerlässlichen Wirtschaftsverkehre. Nur durch eine intelligente und abgestimmte
669 Gesamtplanung lassen sich überflüssige Verkehre, Staus auf Hauptverkehrsachsen trotz potentieller
670 Schaltung von grünen Wellen oder Schleichverkehre in Wohnstraßen vermeiden. Eine
671 Gesamtplanung, die selbstverständlich einer ständigen Evaluation bedarf, ist letztendlich auch die
672 preiswertere Alternative zu teuren Einzelfalllösungen. Diese verlieren das Große und Ganze aus den
673 Augen, bleiben Flickwerk, sind kostspielig und müssen immer wieder angepasst werden.

674 Umweltzonen, Tempobeschränkungen aus ideologischen Gesichtspunkten und politisch gewollte
675 Verschleppungen der Planverfahren schaden unseren Städten. Aus ideologischen Gründen lässt der
676 rot-grüne Senat Straßen und Radwege verwahrlosen. Statt innerstädtische Straßen in Stand zu
677 halten, spendiert rot-grün großzügig Tempolimits wegen „Straßenschäden“.

678 Die FDP fordert daher mit Blick auf den Straßenverkehr:

- 679 • mehr Anstrengungen bei der Erhaltung der innerstädtischen Straßeninfrastrukturen
- 680 • Erhalt der baulich intakten Hochstraße am Breitenweg
- 681 • Gesamtverkehrskonzepte für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven erstellen
- 682 • Hauptverkehrsstraße je nach Umgebung, Lärmschutzeinrichtungen und Verkehrsaufkommen mit
683 50 oder 70 km/h zulassen
- 684 • Grüne Welle für die Hauptstraßenverkehrsachsen sicherstellen
- 685 • Wege in die Wohnstraßen für Anwohner und Besucher systematisch verkürzen, das spart
686 Treibstoff und vermindert den CO₂-Ausstoß

- 687 • Straßen mit Nahversorgungscharakter (z. B. Wachmannstraße und Föhrenstraße) gut erreichbar
- 688 machen und ausreichend Parkraum schaffen
- 689 • Hauptverkehrsstraßen und Autobahnzubringer zukünftig mit lärmindernden Asphalt ausstatten
- 690 • bei wichtigen Verkehrsstraßen, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, statt Übergängen mit
- 691 Ampel, behindertengerechte Unter- oder Überführungen anlegen
- 692 • den sprichwörtlichen „Pollerwahn“ in den beruhigten Wohngebieten und Mischgebieten stoppen
- 693 und Absperrungen reduzieren
- 694 • attraktiven Shared Space unter Berücksichtigung von Orientierungsnotwendigkeiten wie sie
- 695 beispielsweise Blinde haben
- 696 • Verminderung der Verkehrsbehinderung durch Baustellen auf das absolut erforderliche
- 697 Minimum

698 Mit Blick auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) fordert die FDP:

- 699 • keinen Ausbau der Linie 1 und 8 in Huchting
- 700 • S-Bahn Haltepunkte anwohnerverträglich planen
- 701 • S-Bahn-Netz zügig anwohnerverträglich realisieren
- 702 • zweite Ausbaustufe der Farge-Vegesacker-Eisenbahn auf den Prüfstand stellen
- 703 • die Weser vermehrt für Fährverbindungen zwischen den Weserseiten nutzen. Zum Beispiel
- 704 Wiederbelebung der Fähre Pusdorf!
- 705 • Weiterentwicklung der ÖPNV-Tarife Bremen-Nord und Bremen-Stadt zu einem Tarifsystems
- 706 • Abschaffung des so genannten „Nachtzuschlags“ auf die Nutzung des ÖPNV

707 Unser Verkehrssystem muss laufend nutzer- und anwohnergerecht weiterentwickelt werden. Die
708 Mobilität von Bürgerinnen und Bürgern in modernen Städten darf sich Innovationen nicht
709 verschließen. Wir wollen den Einsatz innovativer Technologien im Bereich des
710 Verkehrsmanagements und der Fahrzeugtechnologie entschlossen vorantreiben. In 20 bis 30 Jahren
711 werden elektrische Antriebskonzepte den Einsatz fossiler Energieträger ablösen. Die Ablösung des
712 Einsatzes schwindender fossiler Ressourcen ist dabei die zentrale Aufgabe. Diese Aufgabe kann dabei
713 nur so nachhaltig gelöst werden, wenn Mobilität gleichsam nicht zum Luxusgut wird, sondern
714 allgemein verfügbar, bezahlbar und individuell verwendbar bleibt. Diese Herausforderung eröffnet
715 zugleich enorme Chancen für Stadtentwicklung, Umwelt, Wissenschaft und Wirtschaft gerade in
716 Großstädten. Die FDP unterstützt die Entwicklung und Nutzung schadstoffarmer Fahrzeugantriebe
717 sowie die Entwicklung Bremens als Modellregion für Elektromobilität.

718 Die FDP fordert daher:

- 719 • Optimierung des Verkehrsmanagements mit dynamischen Verkehrsfluss- und
- 720 Wegweisungselementen
- 721 • Unterstützung und Entwicklungsimpulse für schadstoffarme Antriebe und Elektromobilität
- 722 • Engagement für den Brennstoffzelleneinsatz in öffentlichen Verkehrsmitteln
- 723 • Bündelung der Innovationskompetenzen aus dem Fahrzeugbau, der Systemtechnik sowie der
- 724 hochschulnahen Forschung und Entwicklung
- 725 • Weiterentwicklung der Förderung guter Rahmenbedingungen für Car-Sharing
- 726 • intelligente Vernetzung der Verkehrsträger
- 727 • Förderung und Impulsgebung für betriebliche Mobilitätskonzepte

- 728 • Kompetenz- bzw. Ressourcenerweiterung im Baustellenmanagement
- 729 • Fortschreibung eines verlässlichen und rechtssicheren Lkw-Führungsnetzes
- 730 • Anreizsysteme für Pkw und Lkw mit hohen Umweltstandards, zum Beispieldurch bevorrechtigtes
- 731 Parken in der Innenstadt
- 732 • genügend Stellplätze auch für Fahrräder im Bereich der Innenstadt und in den Wohngebieten
- 733 • Parkkonzepte in den innerstädtischen Wohnstandorten für die dort wohnenden Bürgerinnen und
- 734 Bürger, z. B. im Bereich des Rembertirings (bei Berücksichtigung von Leitstreifen für Blinde)
- 735 • Abschaffung der Umweltzone
- 736 • Mut zu Shared Space Projekten - auch in Bremen finden sich eine Reihe von geeigneten
- 737 Straßenbereichen
- 738 • Abbau überflüssiger Verkehrsschilder; Aufbau eines Verkehrsschilderkatasters, welches nicht nur
- 739 Kosten spart, sondern uns auch vor überflüssigen Einschränkungen schützt
- 740 • ein tragfähiges und umsetzbares Lärminderungsprogramm, bei dem aktiver vor passivem
- 741 Lärmschutz im Vordergrund steht
- 742 • Unterbindung von Mautvermeidungsverkehren durch Lkw
- 743 • kurzfristige Verbesserung der Auf- und Abfahrtsituation des Bauabschnittes 2.1 der A281, damit
- 744 die Menschen im Bereich der Georg-Wulf-Straße entlastet werden sowie baldmöglichster
- 745 Rückbau der Neuenlander Straße und Wiedervernetzung mit dem örtlichen Straßennetz,
- 746 beispielsweise der Meyerstraße
- 747

748 **Überregionaler Verkehr, Häfen und Logistik**

749 Bremen und Bremerhaven bieten alle Voraussetzungen, um sich auch in den nächsten Jahren weiter
750 als Standorte für ein breites Spektrum logistischer Dienstleistungsunternehmen profilieren zu
751 können. Dies gilt sowohl für den Güterumschlag, die Lagerung und den Transport als auch für
752 ergänzende so genannte Mehrwertdienstleistungen. Zusätzliche Impulse können neben
753 Überseeverkehren auch durch die Küstenschifffahrt und Binnenschiffsverkehre entstehen. Die
754 Errichtung eines privat finanzierten spezialisierten Schwerlastterminals, von dem aus Bau, Wartung
755 und Instandhaltung von Offshore-Windenergieanlagen abgewickelt werden können, wird von der
756 FDP unterstützt.

757 Unsere Häfen kommen nach der Überwindung der weltweiten Wirtschaftskrise wieder auf
758 Wachstumskurs. Damit Bremen und Bremerhaven von der dynamischen Umschlagsentwicklung
759 unserer Häfen profitieren und zugleich den Anforderungen an moderne Industriestandorte gerecht
760 werden können, muss die Infrastruktur des Hafenhinterlands zügig angepasst und optimiert werden.
761 Als Logistikstandort mit Häfen in Bremerhaven und Bremen, mit Speditionen und Flughäfen ist das
762 Land Bremen auf eine gut ausgebaute in gutem Zustand stehende Verkehrsinfrastruktur angewiesen.
763 Ein nachfragegerechter und zeitgerechter Ausbau der Schieneninfrastruktur ist dringend geboten.

764 Die Projekte Bahnknoten Bremen, Y-Trasse, A20/A22, A281, Anbindung CT IV, Außen- und
765 Unterweservertiefung, Mittelweserausbau für Binnenschiffe usw. sind daher schnellstmöglich zu
766 realisieren. Bremen muss sein Interesse gegenüber dem Bund gegebenenfalls auch dadurch
767 bekräftigen, dass ein finanzieller Eigenanteil erbracht wird. Hier sind insbesondere private
768 Finanzierungsformen anzustreben. Wir wollen darüber hinaus die Hinterlandverkehrsinfrastruktur
769 optimieren und verbessern sowie die Potentiale der Binnenschifffahrt systematisch nutzen.

770 Weiterhin wollen wir mit Blick auf Industrie und Projektlogistik die Genehmigungspraxis für
771 Schwerlastverkehre im Land Bremen optimieren und entbürokratisieren.

772 Eine gute Anbindung an das nationale und internationale Luftverkehrssystem ist ein wichtiger
773 Standortfaktor für unsere Region. Der traditionsreiche Flughafen Bremen hat in den vergangenen
774 Jahren eine sehr dynamische Entwicklung genommen, die es im Wettbewerb mit anderen Flughäfen
775 zu sichern und zu verstetigen gilt. Zu diesem Zweck hält es die FDP für erforderlich, einen
776 strategischen Partner beispielsweise aus der Tourismusbranche am Betrieb des Flughafens zu
777 beteiligen. Wir wollen den Regionalflughafen Bremerhaven in Luneort mit beiden Start-
778 /Landebahnen aufgrund seiner Bedeutung für viele vor Ort ansässigen Betriebe und Institutionen
779 funktionsfähig erhalten.

780 Die FDP fordert daher:

- 781 • Die FDP spricht sich für einen schnellstmöglichen Beginn der Weservertiefung zur
782 Gewährleistung der seewärtigen Erreichbarkeit der Häfen durch Sicherstellung der erforderlichen
783 Tiefe der Fahrrinnen und Hafenbecken sowie bedarfsgerechte Vergrößerung der Wendestelle in
784 Bremerhaven auch mit Blick auf zukünftige Schiffsdimensionen aus.
- 785 • nachfragegerechter Ausbau der vorhandenen Liegeplatz- und Terminalkapazitäten,
786 gegebenenfalls auch Errichtung weiterer Umschlaganlagen in Bremerhaven unter Mobilisierung
787 privater Investitionen. Dies gilt auch für den von uns unterstützten Bau eines Offshore-
788 Schwerlastterminals in Bremerhaven.
- 789 • Verbesserung des Erhaltungszustandes der Kajen
- 790 • Konzentration der Nutzung der Kajen in der Hafengruppe Bremen-Stadt auf tatsächlich
791 hafenbezogene Nutzungen sowie die Bildung entsprechender Nutzungscluster
- 792 • Instandhaltung und nachfragegerechter Ausbau der Schieneninfrastruktur in den Hafenarealen
- 793 • nachfragegerechter Ausbau des Bahnknotenpunktes Bremen
- 794 • schnelle Planung und Realisierung der Y-Trasse Hamburg-Bremen-Hannover bis zum Jahr 2020.
795 Wir fordern zudem die Bereitstellung von Planungsmitteln für die Y-Trasse durch Bremen, wie es
796 Niedersachsen schon getan hat.
- 797 • Ausbau der Strecke Bremen-Langwedel-Uelzen-Stendal-Berlin
- 798 • Ertüchtigung der Strecke Bremerhaven-Cuxhaven-Hamburg
- 799 • Ausbau sowie Verbesserung der nautischen und betrieblichen Bedingungen für den
800 Containertransport auf der Mittelweser; Fertigstellung der notwendigen Brückenhöhen für
801 zweilagigen Containerverkehr
- 802 • Optimierung der Schnittstellen Schiene-Straße-Binnenwasserstraße; Aufbau eines trimodalen
803 Logistikterminals
- 804 • Fertigstellung der vollständigen A 281 in Bremen zwischen der A1 und der A27 einschließlich des
805 Wesertunnels und Anbindung an die neue B 212
- 806 • der Bauabschnitt 5 der A281 soll in Höhe des Flughafens in Tieflage geführt werden
- 807 • die Autobahnanbindung des Überseehafens an die A27 muss schnellstmöglich realisiert werden
- 808 • Ausbau der Straßeninfrastruktur im Bremerhavener Überseehafengebiet
- 809 • Erhalt des Regionalflughafens Bremerhaven

810

811

812 **Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktförderung**

813 Das Land Bremen genießt im Bundesländervergleich den wenig ehrenwerten zweitletzten Platz bei
814 der Arbeitslosenquote, direkt hinter Berlin. Im Jahr 2010 ist es allen Ländern gelungen, ihre
815 Arbeitslosigkeit abzubauen, allein Bremen verzeichnete sogar einen geringen Zuwachs. Zeitgleich
816 warnt auch die Bremische Wirtschaft zu Recht vor einem wachsenden Fachkräftemangel. In Bremen
817 und Bremerhaven bleiben Arbeitsplätze unbesetzt, auch im geringqualifizierten Bereich, weil keine
818 geeigneten Bewerber zu finden sind.

819 Statt endlich Qualifizierung voranzutreiben, wird vom rot-grünen Senat mit dem schrumpfenden
820 Zuwendungen von der Europäischen Union für die regionale Arbeitsmarktpolitik Sozialpolitik
821 gemacht, Klientelgruppen vertröstet und am eigentlichen Problem vorbeigeredet.

822 Die FDP fordert die Einführung eines Bürgergeldes, das die richtigen Anreize zur Arbeitsaufnahme
823 setzt. Unser aktivierendes Bürgergeld soll die rund 138 verschiedenen Sozialleistungen
824 zusammenfassen. So würden Sozial- und Jugendbehörden entlastet und könnten sich den wirklich
825 Hilfebedürftigen widmen, anstatt sich um Geldzahlungen kümmern zu müssen. Das liberale
826 Bürgergeld wird mit der Steuer abgerechnet. So steht Menschen monatlich Geld zur Verfügung,
827 wenn ihr eigenes Einkommen zu gering ist. Bürgergeld ist eine Sozialleistung für alle, die kein
828 ausreichendes Einkommen erzielen.

829 Bremen und Bremerhaven können von einer aktivierenden regionalen Arbeitsmarktpolitik
830 profitieren, wenn diese ihre Kräfte darauf konzentriert, die Beschäftigungschancen von
831 Arbeitssuchenden im ersten Arbeitsmarkt zu stärken. Der Wiedereinstieg in ein Arbeitsverhältnis kann
832 auch über Zeitarbeit oder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse gelingen. Daher dürfen diese
833 nachgefragten Beschäftigungsformen nicht in der politischen Auseinandersetzung diskreditiert
834 werden. Die Lohnfindung ist vorrangig eine Angelegenheit der Tarifparteien. Sittenwidrige Löhne sind
835 bereits heute verboten.

836 Mehr als 60 Jahre sozialdemokratischer Sozialpolitik hat im Land Bremen ein ausuferndes
837 Sozialsystem geschaffen, das bundesweit die schlechtesten Ergebnisse liefert: Der Anteil an
838 Langzeitarbeitslosen, die besonders schlecht in den Arbeitsmarkt integrierbar sind, ist im Land
839 Bremen überproportional hoch. Für diese Menschen kann ein Weg in den Arbeitsmarkt nur dann
840 entstehen, wenn sie sinnvolle und wirkungsvolle Qualifizierungen angeboten bekommen. Jeder
841 Arbeitslose sollte nach Ansicht der FDP die Qualifizierung bekommen, die er braucht, um den Einstieg
842 in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Vor allem wollen wir das Leistungsprinzip wieder in den
843 Köpfen der Arbeitssuchenden verankern. Fleiß und Anstrengung müssen sich wieder lohnen.

844 Die Bremische Arbeitsmarktpolitik setzt unter Rot-Grün jedoch einseitig auf sozialintegrative
845 Tätigkeiten, also den Einsatz Arbeitsloser bei Trägern, die nicht im ersten Arbeitsmarkt tätig sind. Sie
846 riskiert damit nicht nur die Zukunft der angesprochenen Arbeitslosen, die oft trotz jahrelanger
847 „Maßnahmenkarrieren“ keinen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt finden. Und sie riskiert eine
848 Schwächung des Standortes Bremen, der dringend auf geeignete Fachkräfte angewiesen ist.

849 Wir stehen zu dem Prinzip fördern und fordern. Die BAGIS Bremen und die ARGE Jobcenter
850 Bremerhaven bzw. die neu geschaffenen Gemeinsamen Einrichtungen müssen auf die Probleme der
851 Arbeitssuchenden eingehen, Jobangebote unterbreiten, Qualifizierungen organisieren. Dabei müssen

852 sie deutlich besser werden: Immer wieder kommen Klagen über unübersichtliche Verfahren und
853 mangelnden Datenschutz auf. Auf der anderen Seite müssen die Arbeitslosen gefordert werden, ihre
854 Potentiale auszuschöpfen. Arbeitsverweigerern, Leistungsbetrü gern und Schwarzarbeitern muss mit
855 gezielten Sanktionen klar gemacht werden, dass nur wer ehrlich Leistung und Anstrengung zeigt,
856 auch eine Gegenleistung erwarten darf.

857 Die FDP will die bewährte Zusammenarbeit von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik im Rahmen
858 der „Bremer Vereinbarung“ zur Sicherung von Ausbildungsplätzen fortführen. Auch die immer noch
859 zu große Zahl von „Altbewerbern“ muss durch verbesserte Beratungs- und Betreuungsangebote
860 künftig zügiger abgebaut werden.

861 Als Großstadt und wissenschaftliches Zentrum im Nordwesten hat die Stadt Bremen zudem den
862 Anspruch, attraktiv für Hochqualifizierte zu sein. Deren Anteil an den Erwerbstätigen liegt jedoch im
863 Städtevergleich sehr niedrig. Gerade Jobs für Höherqualifizierte bilden oftmals den Ausgangspunkt
864 für eine leistungsfähige Wirtschaftsstruktur und die spätere Schaffung weiterer Arbeitsplätze, auch
865 für Geringqualifizierte. Die FDP wird sich dafür einsetzen, das Potential hervorragender Absolventen
866 der Hochschulen und Universitäten verstärkt an die Region zu binden und eine Verringerung des
867 Bremer „Brain Drain“ erreichen. Deshalb muss auch das Arbeitsmarktpolitische Programm des
868 Landes diese Zielgruppe ansprechen.

869 Die FDP fordert daher:

- 870 • Umbau der Arbeitsmarktpolitik zugunsten von Qualifizierung
- 871 • Streichung von Querfinanzierung kultureller und sozialer Einrichtungen aus dem
872 Arbeitsmarktprogramm
- 873 • Schaffung eines aktivierenden Bürgergeldes
- 874 • Arbeitsgelegenheiten betriebsnah ausgestalten, Konkurrenz zu Betrieben ausschließen
- 875 • Sanktionen bei Hartz-IV gezielt und konsequent einsetzen, Menschen zur Arbeitsaufnahme
876 bewegen
- 877 • Anerkennung ausländischer Abschlüsse verbessern – Potential ausländischer Fachkräfte nutzen
- 878 • Anreize zur Arbeitsaufnahme verbessern – Zuverdienstmöglichkeiten ausweiten
- 879 • Chancen auch für Niedrigqualifizierte offen halten – gesetzlichen Mindestlohn verhindern
- 880 • Verwaltung des Arbeitsmarktprogramms verschlanken und wieder in die Behörde integrieren,
881 Bremer Arbeit GmbH auflösen
- 882 • Bekämpfung der Schwarzarbeit durch Kooperation mit Zoll und Sozialbehörden
- 883 • Hochqualifizierte als Zielgruppe in die Arbeitsmarktprogramme aufnehmen
- 884 • Hochschul-Absolventen in Bremen halten
- 885 • Beratung und Betreuung der Ausbildungssuchenden verbessern, Altbewerber nicht aus den
886 Augen verlieren
- 887 • Datenschutz in der Arbeitsverwaltung sicherstellen, qualifiziertes Personal, Organisation
888 effizienter und bürgerfreundlicher, Vermittlung verbessern

- 889 • Chancen für den Berufseinstieg Langzeitarbeitsloser erhalten – Job-Motor Zeitarbeit nicht
890 ausbremsen

891

892 **Energiepolitik**

893 Die FDP richtet ihre Energiepolitik an der Versorgungssicherheit aus ohne Umwelt und Kosten zu
894 vernachlässigen. Einseitige Orientierung an Umweltproblemen übersieht, dass Wirtschaft und Bürger
895 auch zukünftig Energie bezahlen können müssen. Bezahlbarer Strom ist gerade für Menschen mit
896 geringem Einkommen, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Verbraucher von
897 großer Bedeutung. Deshalb wird die FDP weiter darauf achten, dass gesetzliche Regelungen nicht zu
898 einer starken Erhöhung des Strompreises führen.

899 Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe entscheidet zukünftig über die Qualität der
900 Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven, über Wohlstand und Arbeitsplätze. Eine langfristig
901 angelegte Energiepolitik bietet gute Chancen für den Mittelstand. Hierbei muss die Energiepolitik des
902 Senats für Wirtschaft und Verbraucher widerspruchsfrei und verlässlich sein, denn
903 Energieinvestitionen in Gebäude und Anlagen sind langfristig gut angelegt.

904 Der Wettbewerb auf den deutschen Energiemärkten hat in der Vergangenheit deutlich
905 abgenommen. Es war aus Sicht der FDP falsch, das Monopol bei den Übertragungsnetzen in die Hand
906 von vier Stromkonzernen zu geben. Hier sorgt das neue Energiekonzept der Bundesregierung für eine
907 Belebung des Wettbewerbs. Die FDP will die kartellrechtlichen Instrumente im Rahmen des Gesetzes
908 gegen Wettbewerbsbeschränkungen auch mit Blick auf die Energiewirtschaft schärfen.

909 Eine Rekommunalisierung beziehungsweise Verstaatlichung der Energieversorgung leistet dagegen
910 keinen Beitrag zur Intensivierung des Wettbewerbs, denn sie vermindert die Wettbewerbsintensität
911 zwischen den Energieträgern. Für den Energiemarkt gilt für uns wie auch für die übrige
912 Wirtschaft: Versorgungsunternehmen der öffentlichen Hand sollen nur dann zulässig sein, wenn
913 öffentliche Betriebe diese Versorgungsaufgaben besser und wirtschaftlicher erbringen können als
914 private Unternehmen. Private Unternehmen dürfen in diesem Wettbewerb nicht benachteiligt
915 werden.

916 Wir treten für einen möglichst breiten Energiemix ein, der keinen Energieträger ausschließt sowie für
917 den effizienten und wirtschaftlichen Umgang mit Energie. Wir unterstützen den Übergang von
918 konventionellen zu erneuerbaren Energien und befürworten die Weiterentwicklung marktnaher
919 Energien, etwa Geothermie und Windenergie. Um den Strombedarf mit dem stark schwankenden
920 Angebot aus Windkraft und Solarenergiegewinnung in Einklang zu bringen sind mehr
921 Speichermöglichkeiten nötig. Derzeit fehlt es noch an den dafür notwendigen effizienten
922 Speichertechnologien. Sowohl Qualität als auch Quantität der Speichermöglichkeiten müssen
923 erweitert werden. Außerdem fehlen die Überlandleitungen, um den Strom an die Orte zu bringen, an
924 denen er benötigt wird. Wo Wind weht, wird nicht zwingend Strom benötigt. Daher ist der
925 Netzausbau unerlässlich. Angesichts des deutschen Planungsrechts, das bei den Bundesländern liegt,
926 wird es mehrere Jahre dauern, um die nötigen Netzerweiterungen zu realisieren.

927

928 Die FDP fordert deshalb:

- 929 • die Erstellung eines Landes-Energiekonzepts, in dem Ziele und Maßnahmen des Senats vor
930 dem Hintergrund der EU- und Bundesregelungen widerspruchsfrei und verlässlich dargestellt
931 werden.
- 932 • ideologiefreier Mix von fossilen und nicht-fossilen Energierohstoffen zur Verbesserung der
933 Versorgungssicherheit
- 934 • fairen Wettbewerb im Strommarkt stärken
- 935 • Rekommunalisierung der Energieversorgung ablehnen
- 936 • Speichertechnologien weiterentwickeln und Stromnetze ausbauen
- 937 • Beschleunigter Ausbau der Übertragungsnetze

938

939 **Beziehungen zur Metropolregion, im Bund und in Europa**

940 In ihrer Stellung als Zwei-Städte-Staat ist die Freie Hansestadt Bremen eng in die umgebenden
941 Strukturen eingebunden. Wirtschaftlich und politisch sind die Verbindungen zu den anderen
942 Bundesländern, zuvorderst Niedersachsen, zum Bund und zur Europäischen Union und ihren
943 Mitgliedsstaaten in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Auf der einen Seite profitiert Bremen
944 als Drehkreuz im internationalen Warenhandel vom freien Markt in Europa. Auf der anderen Seite
945 stellen die finanziellen Mittel des Landesfinanzausgleichs und der Arbeitsmarkt- und Strukturhilfen
946 von der EU eine bedeutende Säule in den kommunalen Haushalten und dem Landeshaushalt dar.

947 Bremen hat als kleinstes Bundesland natürlich eine andere Position als seine Nachbarn. Statt
948 hausgemachte Probleme zu bejammern, muss Bremen sich dem Wettbewerb mit den übrigen
949 Bundesländern offensiv und ehrlich stellen. Die Zeit von Arroganz, Besserwisserei und fast
950 ausnahmslos kostspieligen ineffizienten Bremer Sonderwegen ist vorbei. Bremen muss endlich von
951 anderen Bundesländern lernen, wo diese bessere und effizientere Regelungen gefunden haben.

952 Mit seinem großen Nachbarn Niedersachsen steht Bremen in einem besonders engen Verhältnis, das
953 durch Freundschaft aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist. In der Politik besteht
954 deutlicher Bedarf an zunehmender Abstimmung zwischen den Landesregierungen. Eine Kooperation
955 in bestimmten Bereichen, auch eine Zusammenlegung einzelner Aufgaben, etwa im Bereich der
956 Lebensmittelüberwachung bereits umgesetzt, kann Leistungen übersichtlicher und kostengünstiger
957 organisieren und sollte ausgeweitet werden. Unterschiedliche gesetzliche und planerische Vorgaben
958 können gerade im Verhältnis Bremen-Umland gewichtige Auswirkungen haben. Daher tritt die FDP
959 dafür ein, dass Bremen die Intensivierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Bremen-
960 Oldenburg als Zukunftsmodell für die überregionale Kooperation forciert.

961 Bremen ist als Standort für internationalen Handel, Wirtschaft und Tourismus stark von den
962 Entwicklungen auf europäischer und globaler Ebene betroffen. Insbesondere stammt heute ein
963 Großteil der rechtlichen Vorgaben in wichtigen Bereichen aus der Europäischen Union. Deshalb muss
964 das Land Bremen auch dort Einfluss nehmen und seine Positionen vertreten. Mit der organisatorisch
965 schlank aufgestellten Vertretung des Landes Bremen in Brüssel verfügen wir über eine aktive
966 Repräsentanz vor Ort, die es als Türöffner für Bremische Institutionen, Initiativen und Unternehmen
967 zu erhalten gilt. Zugleich muss im Sinne der Effizienz darauf geachtet werden, dass sich Bremen auf
968 wirklich erfolgversprechende Themen und Initiativen konzentriert.

969 Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurden auch die Rechte der nationalen Parlamente,
970 auch der Parlamente der Bundesländer im Rahmen der Subsidiarität klarer definiert. Künftig kann
971 Bremen über den Bundesrat Einspruch gegen Initiativen der Europäischen Kommission einlegen,
972 wenn es sein Verantwortungsbereich verletzt sieht. Entscheidungen sollen so bürgernah wie möglich
973 getroffen werden, nur was wirklich nationale oder europäisch geregelt werden muss, soll dort
974 entschieden werden. Mit diesem neuen Instrument wird auch die FDP künftig diesen Grundsatz
975 einfordern und sich aktiv in europäischen Debatten einschalten können.

976 Die Zukunft der Strukturfonds der EU ist aus Bremer Sicht das zentrale Thema der nahen Zukunft.
977 Bremen und Bremerhaven erhalten bisher massive Zuwendungen aus der EU, der überwiegende Teil
978 der Bremischen Arbeitsmarktpolitik basiert auf diesen Mitteln. Mit der Erweiterung der Union nach
979 Osten steht die Zukunft der Finanzierung der Regionen in reicheren Mitgliedstaaten auf dem Spiel.

980 Bezüglich der Ausrichtung der Fonds kann sich die FDP eine stärkere Bindung an die primären Ziele
981 der kürzlich beschlossenen Agenda Europa 2020 vorstellen: Wissen und Innovation, Umwelt und
982 Beschäftigung. Die europäischen Gelder sollten nicht länger für die nicht nachhaltige
983 Subventionierung und Alimentierung Langzeitarbeitsloser, denen damit keine Perspektive geboten
984 wird, verpulvert werden. Die FDP sieht vielmehr Chancen für Bildungs- und
985 Qualifizierungsprogramme, die den notwendigen Strukturwandel in Bremen befördern und die
986 Möglichkeit nötige Küstenschutzprojekte aus den EU-Mitteln zu finanzieren.

987 Die FDP fordert daher:

- 988 • Föderalismus nutzen – Wettbewerb der Regelungen und Innovationen
- 989 • Abstimmung und Kooperation mit Niedersachsen erweitern
- 990 • Gemeinsame Aufgabenwahrnehmung mit Niedersachsen und anderen Ländern umsetzen, wo
991 immer dies eine Steigerung der Effizienz bedeutet und im Interesse des Landes Bremen ist.
992 Kooperation bietet sich unter anderem im Bereich der Statistikerstellung, des
993 Verbraucherschutzes, der Gewerbeaufsicht und der Krankenhausplanung an.
- 994 • Metropolregion Bremen-Oldenburg intensivieren und ausbauen
- 995 • Einflussnahme in Brüssel, EU-Vertretung erhalten
- 996 • Strukturfonds erhalten und Mittel nachhaltig einsetzen

997

998 **4 Freiheit für das Land Bremen erhalten**

999

1000 In den vergangenen Jahren ist es dem rot-grünen Senat nicht gelungen, die Verschuldung Bremens
 1001 auch nur ansatzweise zu verringern. Im Gegenteil: Die Neuverschuldung ist dramatisch angestiegen
 1002 und wirkliche Sparbereitschaft ist nicht erkennbar. Stattdessen sind die Ausgaben an vielen Stellen
 1003 erhöht worden, ohne dass eine nennenswerte Wirkung erzielt wurde. Durch Zinszahlungen,
 1004 Pensionslasten, Verpflichtungsermächtigungen und Schattenhaushalte sind Milliarden schon heute
 1005 ausgegeben, die uns in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen. Derzeit belaufen sich die Schulden
 1006 des Landes und seiner Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven auf rund 18 Milliarden Euro.
 1007 Zugleich zeigen erste Erhebungen, dass Bremen auch bilanziell deutlich überschuldet ist. Es gilt
 1008 daher, dem Senat in Erinnerung zu rufen, dass ein ehrbarer Kaufmann, wie jeder Bürger zu Hause
 1009 auch, nur das ausgeben kann, was er einnimmt.

1010 Momentan besteht für die nächsten beiden Jahre ein strukturelles Defizit der bremischen Finanzen
 1011 von mehr als 1 Mrd. Euro pro Jahr, bei einem Gesamthaushalt von ca. 4,3 Mrd. Euro. Aufgrund der
 1012 gesetzlich vereinbarten Schuldenbremse und in Zusammenhang mit den mit Auflagen behafteten
 1013 zusätzlichen ca. 300 Millionen Euro pro Jahr vom Bund ergibt sich ein Defizit von ca. 800 Mill. Euro
 1014 pro Jahr. Dies entspricht in etwa der jährlichen Zinszahlungen Bremens für Kredite (ausgeglichener
 1015 Primärhaushalt). Durch den Verkauf bremischen Eigentums und die damit verbundene
 1016 Schuldentilgung sowie durch eine konsequent betriebene Aufgabenkritik mit Abbau der öffentlichen
 1017 Verwaltung und der angegliederten und ausgegliederten Betriebe sowie ein Einfrieren der Ausgaben
 1018 auf dem für 2010 vorgesehenen Niveau von 4,1 Milliarden Euro ist dieses Defizit bis spätestens 2020
 1019 ausgleichbar. Dies ist Voraussetzung für die parallel betriebene Altschuldenregelung. Aber die vom
 1020 Bund und den Ländern zu finanzierende Regelung wird nur dann eine Chance auf Verwirklichung
 1021 haben, wenn Bremen alle, wirklich alle notwendigen und aus eigener Kraft möglichen Schritte zur
 1022 Sanierung unternimmt.

1023

1024 **Haushalt und Finanzen**

1025 Die FDP setzt sich für eine Strategie zur Konsolidierung der bremischen Finanzen aus
 1026 Sparanstrengungen, einer Verminderung des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte durch
 1027 Vermögensveräußerungen und einer Veränderung der Steuerverteilung auf Bundesebene sowie eine
 1028 Altschuldenregelung ein.

1029 In den bremischen Haushalten gibt es noch immer ein enormes Sparpotenzial. Viele Ausgaben, die
 1030 getätigt werden, sind unnötig oder übertrieben hoch. Es braucht aber auch den Willen, konsequent
 1031 zu sparen und jede Möglichkeit zu nutzen. Die FDP fordert, jede Ausgabe auf den Prüfstand zu stellen
 1032 und dafür die dringend benötigte Aufgabenkritik der jetzt wahrgenommenen öffentlichen Aufgaben
 1033 und der zwingend notwendigen gesetzlich determinierten Kernaufgaben vorzunehmen.

1034 Ebenso gehören hierzu ein Neuzuschnitt der Senatsressorts und eine effektivere Verwendung der
 1035 vorhandenen Mittel. Der Personalbestand Bremens ist für die Größe unseres Bundeslandes
 1036 unverhältnismäßig hoch. Einschließlich aller Eigenbetriebe und Beteiligungen beschäftigt die Freie
 1037 Hansestadt Bremen ca. 50.000 Menschen, rund 13.000 davon in der so genannten Kernverwaltung.

1038 Zum Vergleich, die bereits als aufgebläht bezeichnete Bürokratie der Europäischen Union beschäftigt
1039 ca. 35.000 Menschen. Deshalb sollten Stellen in den senatorischen Dienststellen nicht wieder besetzt
1040 werden. In der Verwaltung gibt es zu viele Beschäftigte: Mit über 30 Prozent Beschäftigten verwaltet
1041 die Verwaltung sich selbst. Diese Quote ist schnellstmöglich auf 20 Prozent zu senken. Ebenso haben
1042 Vergleiche mit den anderen Stadtstaaten ergeben, dass in Bremen überdurchschnittlich viele
1043 Beschäftigte in höhere Einkommensklassen eingruppiert sind. Die Verwaltung muss schlanker und
1044 bürgerfreundlicher werden und der Anteil der „Häuptlinge“ im Vergleich zu den „Indianern“ muss
1045 reduziert werden. Hierzu sind eindeutige und ausreichend flexible Regelungen etwa mit Blick auf die
1046 Versetzung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erforderlich. Die Regelungen des Bremischen
1047 Personalvertretungsgesetzes müssen entsprechend geändert werden. Die FDP tritt in diesem
1048 Zusammenhang für die konsequente Nutzung der Arbeitgeberrechte bzw. Dienstherrnrechte durch
1049 den Senat ein. Außerdem hält es die FDP für unerlässlich, dass ein echter Personalbinnenmarkt für
1050 den bremischen öffentlichen Dienst eingerichtet wird, damit Personalüberhänge zügig abgebaut
1051 werden können und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Perspektiven aufgezeigt werden.

1052 Als Eigenbeitrag Bremens zur Verminderung der Schuldenlast, strebt die FDP eine weitgehende
1053 Veräußerung von in Unternehmensbeteiligungen gebundenem Vermögen der Freien Hansestadt
1054 Bremen an. Daher fordert die FDP eine breit angelegte Privatisierungsoffensive. Dabei muss es sich
1055 um materielle, also „echte“ Privatisierungen handeln und nicht wie vielfach in der Vergangenheit um
1056 reine Organisationsprivatisierungen (sog. Scheinprivatisierungen). So sollen Beteiligungen
1057 beispielsweise an der Gewoba, an der Brepark und an der Bremer Flughafen GmbH veräußert
1058 werden.

1059 Die FDP setzt sich daher dafür ein, die Veräußerung von nicht mehr benötigten Grundstücken und
1060 Immobilien Bremens unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktsituation beschleunigt
1061 voranzutreiben. Viele derzeit brachliegende Flächen bzw. ungenutzte Gebäude lassen sich je nach
1062 Lage hervorragend für Wohnen oder Gewerbe nutzen.

1063 In Bremen besteht kein genereller Wohnungsmangel. Vielmehr herrscht ein Mietermarkt. Erst im
1064 Zuge der Neue-Heimat-Pleite in den achtziger Jahren hat Bremen Anteile der Gewoba übernommen,
1065 um einen planlosen Ausverkauf zu verhindern. Die Gewoba-Anteile sollten allerdings in einem
1066 überschaubaren Zeitraum wieder verkauft werden. Von diesem Vorhaben ist der Senat später aus
1067 wahltaktischen Gründen abgerückt. Die FDP hält es für sinnvoll, die Gewoba AG zu einem geeigneten
1068 Zeitpunkt in den kommenden Jahren zu veräußern, zumal die derzeit erzielte Rendite in keinem
1069 Verhältnis zu möglichen Zinseinsparungen bei Einsatz des Verkaufserlöses zur Schuldentilgung steht.
1070 Wir müssen die Sorgen und Ängste der Mieter dabei berücksichtigen und durch entsprechende
1071 Vertragsklauseln aufgreifen. Neben der Entschuldung könnte ein Teil des Verkaufserlöses in die
1072 Stadtentwicklung fließen. An einer Veräußerung dieser Beteiligung führt in der aktuellen
1073 Haushaltssituation Bremens kein Weg vorbei.

1074 Die Ansiedlung des Low-Cost-Carriers Ryanair hat die positive Entwicklung des Bremer Flughafens
1075 weiter beschleunigt. Gleichwohl bleibt der Flughafen hinter seinen Möglichkeiten zurück. Über das
1076 zusätzliche Passagieraufkommen als Folge der Ryanair-Ansiedlung hinaus, ist es kaum gelungen, in
1077 nennenswertem Umfang zusätzliche Linienverbindungen, Passagiere und Fracht an den Flughafen zu
1078 binden. Neue Impulse können durch die Veräußerung des Flughafenbetriebs und das Engagement
1079 privater Investoren - beispielsweise aus dem Tourismussektor - in die strategische
1080 Unternehmensplanung des Flughafens entstehen. Durch eine Privatisierung würde Bremen ein

1081 erheblicher Erlös zufließen, der nach Überzeugung der FDP zur Schuldentilgung eingesetzt werden
1082 muss. Darüber hinaus wäre Bremen von in der Vergangenheit nicht immer glücklich
1083 wahrgenommenen Gesellschafteraufgaben und vom Betreiberrisiko befreit. Der Betrieb eines
1084 Flughafens gehört nicht zu den Kernaufgaben des Staates.

1085 Parkhäuser und Parkplätze in Bremen müssen nicht von der öffentlichen Hand betrieben werden. In
1086 diesem Bereich muss über verschiedene Modelle der Verpachtung, des Betriebs und des Verkaufs
1087 nachgedacht werden. Andere bundesdeutsche Großstädte haben vorgemacht, wie in diesem Sektor
1088 erfolgreich privatisiert werden kann.

1089 Der Klinik-Skandal hat deutlich gemacht, dass Behörden und Politik mit einer verantwortungsvollen
1090 Wahrnehmung von Gesellschafteraufgaben in Großunternehmen überfordert sind. Die Privatisierung
1091 der kommunalen Krankenhäuser mit gemeinnützigen oder privaten Trägern ist der geeignete Weg,
1092 um die Stadtgemeinde Bremen von dem erheblichen Betreiberrisiko zu entlasten und um gute
1093 medizinisch-pflegerische Leistungen und zukunftsfeste Arbeitsplätze im Gesundheitssektor vorhalten
1094 zu können. Gemeinnützige und private Krankenhausträger haben auch in Bremen bewiesen, dass sie
1095 eine hervorragende Leistungsqualität für die Patientinnen und Patienten erbringen können. In
1096 Krankenhäusern mit gemeinnützigem oder privatem Träger kann ein effizienter Krankenhausbetrieb
1097 mit schlanker Verwaltung organisiert werden. Dies kommt insbesondere den Patientinnen und
1098 Patienten zugute. Als erster Schritt muss der „Wasserkopf“ der Holding aufgelöst werden.

1099 Zu prüfen ist, ob darüber hinaus weiteres Vermögen für Bremen und damit für die Bürger
1100 gewinnbringend veräußert werden kann. So ist etwa abzuwägen, inwiefern Private bei der
1101 Finanzierung von Terminalinfrastrukturen und Suprastrukturen in den Häfen und beim
1102 Terminalbetrieb verstärkt beteiligt werden können.

1103 Die FDP fordert daher:

- 1104 • Verringerung der Beschäftigtenzahl des öffentlichen Dienstes. Nur jede zweite freiwerdende
1105 Stelle (50 %) darf wieder besetzt werden.
- 1106 • Personalvertretungsgesetz modernisieren
- 1107 • Veräußerung von nicht mehr benötigten Grundstücken und Immobilien Bremens
1108 Berücksichtigung der jeweiligen Marktsituation beschleunigt vorantreiben
- 1109 • Wiederverkauf der Gewoba-Anteile zu einem geeigneten Zeitpunkt
- 1110 • Veräußerung des Flughafenbetriebs unter Berücksichtigung bremischer Interessen und
1111 Mitwirkungsmöglichkeiten
- 1112 • Privatisierung von Parkhäusern und Parkplätzen
- 1113 • Überführung der städtischen Krankenhäuser in private oder freigemeinnützige Trägerschaft
- 1114 • Sämtliche Unternehmensbeteiligungen und Eigenbetriebe der Stadtgemeinde und des Landes
1115 mit Blick auf ihre Veräußerungsfähigkeit und den erzielbaren Ertrag auf den Prüfstand zu stellen
- 1116 • Schaffung eines Personalinnenmarktes im bremischen öffentlichen Dienst

1117 Die Erlöse aus den genannten Veräußerungen sind vorrangig zur Schuldentilgung einzusetzen. Nur
1118 eine konsequente Schuldentilgung wird eine erhebliche Verminderung der Zinslast und eine
1119 Verminderung des Defizits zu Folge haben.

1120 Bund und Länder werden bis 2020 die Neuregelung der Bund-Länder Finanzen verhandeln. Die
1121 bisherige Einkommensteuererlegung nach dem Wohnortprinzip muss z.B. in eine
1122 Einkommensteuererlegung nach Wohnort und Arbeitsort oder auch nach der Wirtschaftsstärke
1123 geändert werden. Desweiteren sind horizontaler sowie vertikaler Länderfinanzausgleich zu
1124 vereinfachen und so zu gestalten, dass zusätzliche Leistung belohnt wird. Bremen ist leistungsstark,
1125 wird im Rahmen des bestehenden Systems aber unter seinen Möglichkeiten finanziert. Insbesondere
1126 die Zahlung der Einkommensteuer am Wohnort und nicht am Arbeitsplatz belastet Bremen. Die
1127 Verteilung der Steuern spiegelt Bremens Wirtschaftskraft nicht wieder. Im Rahmen der
1128 Neuverhandlung des Finanzausgleichs, den auch andere Bundesländer anstreben, muss Bremen
1129 mehr Geld als bisher erhalten. Die oberzentrale Funktion, die unsere Stadt für das Umland ausübt
1130 und die besondere Kosten (etwa für Bildung, Kultur, etc.) verursacht, muss ausreichend
1131 berücksichtigt werden.

1132 Weiterhin setzt sich die FDP auf Bundesebene für eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung
1133 von Städten und Gemeinden ein. Hauptgrund für die seit langem anhaltende Finanzkrise der
1134 Kommunen sind die unsicheren Gewerbesteuereinnahmen und die Politik der Bundesregierungen
1135 der vergangenen Jahre, die Städten und Gemeinden immer mehr gesetzliche Pflichten auferlegt ohne
1136 finanziellen Ausgleich haben. Dank der FDP konnte die verfassungsrechtlich bedenkliche Ausweitung
1137 der Gewerbesteuer auf die Freien Berufe und eine Substanzbesteuerung der Unternehmen zu Lasten
1138 von Beschäftigung und Investitionen erfolgreich verhindert werden.

1139 Die FDP fordert daher:

- 1140 • Einkommensteuererlegung nach Wohnort und Arbeitsort oder nach der Wirtschaftsstärke
- 1141 ändern
- 1142 • Altschuldenregelung
- 1143 • Länderfinanzausgleich vereinfachen und so gestalten, dass zusätzliche Leistung belohnt wird
- 1144 • Verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Städte und Gemeinden

1145

1146 **Bremen für freie Bürger**

1147 Die FDP will die personellen Kapazitäten in denjenigen Bereichen der Bremischen Verwaltung
1148 konzentrieren, die unmittelbare Leistungen für Bürger und Unternehmen erbringen. Insbesondere
1149 gilt es, das Stadtamt zu reorganisieren und in seinen Engpassbereichen effektiver zu gestalten und
1150 erforderlichenfalls personell zu verstärken. In nachgelagerten, bürgerfernen Bereichen der
1151 Verwaltung steht hierfür ausreichend personelle Kapazität zur Verfügung. So kann die
1152 Dienstleistungsqualität, etwa in der Führerscheinstelle, in der Kraftfahrzeug-Zulassungsstelle und im
1153 Standesamt verbessert werden.

1154 Der Senat besteht zurzeit aus sieben Senatorinnen und Senatoren und der Bevollmächtigten der
1155 Freien Hansestadt Bremen beim Bund, die auf insgesamt neun Senatsressorts – teilweise in
1156 Personalunion – aufgeteilt sind. Durch Änderung der Zuständigkeitsverteilung der Senatsressorts
1157 wollen wir eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung, weniger Schnittstellenprobleme und
1158 Kompetenzstreitigkeiten sowie einen besseren Service für Bürgerinnen und Bürger sowie für
1159 Unternehmen erreichen.

1160 Die Senatsressorts könnten folgenden neuen Zuschnitt erhalten:

- 1161 • Bürgermeister, Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten, Bundes- und
- 1162 Europaangelegenheiten, Justiz und Verfassung;
- 1163 • Senator für Finanzen;
- 1164 • Senator für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Jugend;
- 1165 • Senator für Soziales, Gesundheit, Frauen und Umwelt;
- 1166 • Senator für Inneres und Sport;
- 1167 • Senator für Arbeit, Wirtschaft, Häfen, Bau und Verkehr.

1168 Wir wollen die Zahl der Ausschüsse der Bremischen Bürgerschaft deutlich reduzieren. Es soll der
1169 Grundsatz gelten, dass für jedes Senatsressort ein Parlamentsausschuss gebildet wird. Das historisch
1170 gewachsene, jedoch inzwischen überholte, wenig effiziente und teure Deputationswesen werden wir
1171 vollständig abschaffen und die politischen Themen der bisherigen Deputationen in Ausschüsse
1172 überführen. Die Bremische Bürgerschaft und ihre Ausschüsse sollen künftig als echtes
1173 Nachmittagsparlament organisiert werden, damit Abgeordnete neben der Parlamentstätigkeit ihren
1174 Beruf weiter ausüben bzw. Familienarbeit leisten können.

1175 Die FDP setzt sich für eine Stärkung der Elemente direkter Demokratie im Rahmen der
1176 Volksgesetzgebung ein. Die FDP wird sich weiter dafür einsetzen, Volksbegehren und Volksentscheid
1177 praktikabel und bürgerfreundlich weiterzuentwickeln. Die FDP will erreichen, dass künftig sämtliche
1178 in der Zuständigkeit der Bremischen Bürgerschaft fallenden Angelegenheiten auch auf Antrag von
1179 Bürgerinnen und Bürgern Gegenstand eines Volksbegehrens sein können. Die bisher geltende
1180 Regelung, die Volksbegehren auf Gesetze beschränkt, wobei Gesetze selbst weiter eingeschränkt
1181 sind, soll entsprechend erweitert werden. Bereits heute kann die Mehrheit der Bremischen
1182 Bürgerschaft sämtliche in der Zuständigkeit der Bürgerschaft liegenden Angelegenheiten zum
1183 Gegenstand eines Volksbegehrens machen. Das Prinzip der Mehrheitsentscheidung darf beim
1184 Volksentscheid nicht unterlaufen werden. Bisher gelten Vorlagen durch einen Volksentscheid als
1185 angenommen, wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf „Ja“ lautet, sofern mindestens ein
1186 Viertel der Stimmberechtigten zugestimmt hat. Im Falle verfassungsändernder Gegenstände oder
1187 einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode gilt ein Quorum von 50 Prozent der
1188 Stimmberechtigten. Nach Auffassung der FDP soll auch zukünftig ein Zustimmungsquorum
1189 beibehalten werden. Aus Sicht der FDP kann für einfache Gesetze ein gänzlicher Verzicht auf das
1190 Zustimmungsquorum in Betracht gezogen werden. Für verfassungsändernde Gesetze soll ein
1191 Quorum von 25 Prozent erforderlich sein. Um Initiativen zum Volksbegehren weiter zu erleichtern,
1192 werden wir Möglichkeiten zur Unterzeichnung von Initiativen im Internet mit Hilfe einer
1193 elektronischen Unterschrift prüfen. Für Themen mit lokalem Bezug wollen wir die Einführung von
1194 Elementen direkter Demokratie auf Stadtteilebene prüfen.

1195 Die FDP fordert daher:

- 1196 • Verwaltungs- und Strukturreform des Öffentlichen Dienstes
- 1197 • Straffung der Senatsstrukturen
- 1198 • Abschaffung der Deputationen, Senkung der Zahl der Parlamentsausschüsse
- 1199 • Organisation der Bremischen Bürgerschaft als echtes Nachmittagsparlament.
- 1200 • Weiterentwicklung der direktdemokratischen Elemente Volksbegehren und Volksentscheid

1201 Die Stadtteil- und Ortsteilbeiräte in Bremen erfüllen eine wichtige Funktion als Vermittler zwischen
1202 Parlament, Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen. In Bremen sind 22
1203 Beiräte aktiv, die vor Ort in lebendiger Debatte die Demokratie in den Stadtteilparlamenten
1204 gestalten. Um diese Aufgabe auch weiterhin effektiv ausfüllen zu können, bedarf es einer Stärkung
1205 der Beiratsarbeit und mehr Transparenz des Verwaltungshandelns in den Stadtteilen. Politik wird vor
1206 Ort gemacht. Daher ist es für eine effektive Stadtteilarbeit notwendig, die Mitglieder der Beiräte mit
1207 Rechten zu versehen, die sie in ihrer Arbeit in den Stadtteilen stärken. Nach intensiver Diskussion
1208 wurde im Januar 2010 mit der Mehrheit der Bremischen Bürgerschaft ein neues Beirätegesetz
1209 verabschiedet. Hoch gelobt und gepriesen, doch im Ergebnis enttäuschend. Die angekündigte
1210 Stärkung der Informationsrechte der Beiräte hat in dem Gesetz nicht die notwendige
1211 Berücksichtigung gefunden. Nur mit eindeutigen Informations-, Mitwirkungs- und
1212 Entscheidungsrechten kann das Ziel, eine transparente Politik vor Ort zu gestalten, erreicht werden.
1213 Langjährige praktische Erfahrungen mit dem Beiratswesen haben gezeigt, dass die Rechte von
1214 Minoritäten in den Beiräten nicht angemessen beachtet werden. Die Liberalen treten daher dafür
1215 ein, die Rechte und Kompetenzen der Beiräte grundlegend zu reformieren. Ziel einer Novellierung
1216 muss eine Stärkung der Minderheitenrechte und des Mitspracherechts sein. Ziel muss es auch sein,
1217 die Beiräte in der Wahrnehmung der Verwaltung als Teil der politischen Entscheidungsträger stärker
1218 zu verankern. Die FDP tritt darüber hinaus für die Direktwahl von Ortsteilbürgermeistern durch die
1219 Bürgerinnen und Bürger des Orts- oder Stadtteiles für die Legislaturperiode des Beirates ein. Der
1220 Ortsteilbürgermeister nimmt neben der überparteilichen Funktion als Servicedienstleister für den
1221 Beirat auch die Funktion eines Ortsteilmanagers wahr. In dieser Funktion arbeitet er mit den
1222 Gewerbetreibenden, Vereinen, Bürgerinitiativen und Einrichtungen des Beiratsgebietes zusammen,
1223 um eine Vermarktung des Stadt- bzw. Ortsteils und eine Verbesserung seines Images zu erreichen.

1224 Die FDP fordert daher:

- 1225 • Die Beiräte sollen mehr Entscheidungsrechte über die Verwendung von Haushaltsmitteln mit
1226 lokalem Charakter bekommen, etwa im Bereich der Mittel für die Spielplatzunterhaltung, der
1227 Pflege von Grünflächen und aus dem Anpassungskonzept. Für das Einholen und die Abwicklung
1228 von Angeboten bleibt die Fachbehörde zuständig. Für die Vergabe und die lokale Verwaltung der
1229 Mittel aus den Programmen WiN und LOS soll der jeweilige Beirat zuständig sein.
- 1230 • Direktwahl von Ortsteilbürgermeistern
- 1231 • Die Einsicht in Akten ist bisher nur dem Beiratssprecher, seinem Stellvertreter und den
1232 Ausschusssprechern gestattet. Dieses Recht muss auf die Sprecher aller Parteien und
1233 Wählervereinigungen in den Beiräten erweitert werden.
- 1234 • Setzt ein Beirat Ausschüsse ein, so sollen alle Parteien, die im Beirat vertreten sind, auch im
1235 entsprechenden Ausschuss mit Stimmrecht vertreten sein.

1236

1237 **Recht und Justiz**

1238 Liberale Rechtspolitik setzt sich dafür ein, dass der Rechtsstaat die Freiheit und die Grundrechte der
1239 Bürgerinnen und Bürger möglichst umfassend schützt. Zur Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit
1240 gehört eine gut funktionierende und leistungsfähige Justiz. Die Justiz muss personell und technisch so
1241 ausgestattet sein, dass sie ihrer Aufgabe, für Gerechtigkeit zu sorgen, angemessen nachkommen
1242 kann.

1243 Trotz des hohen Engagements der Beschäftigten in der Justiz kommt teilweise zu langen
1244 Verfahrensdauern, die nicht hinnehmbar sind. Wenn zwischen der Tat und der Verurteilung ein zu
1245 langer Zeitraum liegt, schwindet das erzieherische Element der Sanktion und das
1246 Unrechtsbewusstsein. Wir werden die Schwerpunktbildung in der Justiz zur Senkung überlanger
1247 Verfahrensdauern konsequent fortführen. Deshalb müssen Richter und Justizangestellte gezielt
1248 geschult werden, um verfahrensökonomisch zu arbeiten.

1249 Die FDP tritt dafür ein, Jugendkriminalität entschlossener als bisher zu bekämpfen. Maßnahmen zur
1250 Prävention sowie das Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt“ müssen entschlossener
1251 umgesetzt werden (siehe Sicherheit). Eine wichtige Zielgruppe entsprechender Aktivitäten sind
1252 Kinder und Jugendliche aus einem Umfeld mit Zuwanderungshintergrund. Weiterhin fordern wir eine
1253 Stärkung des Opferschutzes.

1254 Die FDP lehnt entschieden die von SPD, CDU, Grünen und Linkspartei geforderte gesetzliche
1255 Obduktionspflicht bei unklarer Todesursache für verstorbene Kinder bis zum Alter von 6 Jahren ab.
1256 Sind Eltern mit ihren Erziehungsaufgaben überfordert, müssen sie hierbei unterstützt werden. Eltern
1257 dürfen jedoch nicht unter einen pauschalen Generalverdacht gestellt werden. Die FDP spricht sich
1258 dafür aus, dass wie bisher im Einzelfall geprüft wird, ob eine Obduktion zur Klärung der Todesursache
1259 erforderlich ist. Das Recht zur Anordnung einer Obduktion hatte die Staatsanwaltschaft bereits vor
1260 der Gesetzesänderung.

1261 Besondere Chancen ergeben sich aus einer Stärkung des Justizstandortes Bremen. Aus dem globalen
1262 Wettbewerb ergeben sich für Standorte mit einem Kern staatlicher Gerichte und einem Umfeld
1263 spezialisierter Anwaltskanzleien ergeben Standortvorteile. So erlaubt etwa der Art. 23 Brüssel I-VO
1264 den Parteien grenzüberschreitender Verträge die freie Wahl des Verfahrensstandortes innerhalb der
1265 Europäischen Union. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Bearbeitung von Handels- und
1266 Wirtschaftsstreitigkeiten in Bremen entscheidend verbessern, so dass sich Bremen als
1267 Verfahrensstandort für internationale handelsrechtliche Verfahren etabliert. Wir wollen „Law made
1268 in Bremen“ als Marke für den Justizstandort Bremen auch international etablieren.

1269 Die FDP hat die begonnene Sanierung der Justizvollzugsanstalt Bremen an den Standorten
1270 Oslebshausen und Bremerhaven unterstützt um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und die
1271 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Justizvollzugsdienst zu verbessern. In den kommenden
1272 Jahren wollen wir den Strafvollzug mit einer Optimierung des Entlassungs- und
1273 Überleitungsmanagements für Straftäter, die nach Verbüßen ihrer Haftstrafe auf das Leben in der
1274 Zivilgesellschaft vorbereitet werden, verbessern. So kann die Rückfallgefahr von Straftätern im
1275 Interesse des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger verringert werden.

1276 Die FDP fordert daher:

- 1277 • Jugendkriminalität als Schwerpunkt angehen, Prävention stärken
- 1278 • Stärkung des Opferschutzes
- 1279 • Senkung überlanger Verfahrensdauern an den Gerichten
- 1280 • Ablehnung der generellen Obduktionspflicht für Kinder
- 1281 • Justizstandort Bremen auch international etablieren

1282 • effizientere Jugendsozialarbeit zur Prävention von Jugendgewalt

1283

1284 **5 Mehr Freiheit, mehr Lebensqualität**

1285

1286 **Stadtentwicklung, Wohnen**

1287 Die FDP setzt sich für eine moderne und nachhaltige Stadtentwicklung sowie für eine
1288 marktorientierte, nachfragegerechte Wohnraumversorgung in Bremen und Bremerhaven ein. Der
1289 demographische Wandel und der Veränderung der Lebensgewohnheiten von Menschen haben
1290 weitreichende Auswirkungen die Entwicklung unserer Städte. Der FDP ist wichtig, dass Bürger und
1291 Bürgerinnen rechtzeitig in die Entscheidungsprozesse mit städtebaulicher Relevanz eingebunden
1292 werden.

1293 Wir setzen uns dafür ein, dass die Innenstädte Bremens und Bremerhavens sowie die Stadt- und
1294 Ortsteilzentren gestärkt werden. Im Interesse einer lebendigen Stadtteilkultur und mit Blick auf
1295 Menschen mit Mobilitätseinschränkungen werden wir geeignete Rahmenbedingungen dafür
1296 schaffen, die Nahversorgung in den Stadtteilen zu erhalten und zu festigen.

1297 Die FDP im Land Bremen begrüßt den Erhalt der Bundesmittel zur Städtebauförderung. Für uns steht
1298 jedoch zugleich fest, dass diese Mittel in den kommenden Jahren gezielt für die eigentlichen
1299 Förderzwecke verwendet werden müssen.

1300 Die Nachfrage nach barrierefreien und generationsübergreifenden, zentrumsnahem und
1301 infrastrukturell gut angeschlossenem Wohnraum wird in den kommenden Jahren weiter anhalten.
1302 Brachliegende Flächen und ungenutzte Gebäude verringern den Wert angrenzender Grundstücke
1303 und zugleich ganzer Stadt- und Ortsteile. Die FDP tritt deshalb für eine effektive Umnutzung
1304 leerstehender Gebäude und der Reaktivierung innerstädtischer Brachflächen ein. Auch bei
1305 ungenutzten Kleingartenanlagen sollte eine Nutzungsänderung in Erwägung gezogen werden, um
1306 Siedlungsstrukturen mit lebendigen Zentren zu fördern. Wir setzen auf die Verdichtung vorhandener
1307 Wohngebiete sowie auf die Nutzung von Baulücken und Leerstände.

1308 Wir werden die Möglichkeiten zum Erwerb von Wohneigentum durch die Veräußerung kommunaler
1309 Wohnungsbestände an die Eigentümer unterstützen. Auf diese Weise wird die Selbstverantwortung
1310 für Wohneigentum gestärkt.

1311 Wir wollen Bremen und Bremerhavens Attraktivität als Wohnort für Familien und Menschen mit
1312 eigenem Erwerbseinkommen steigern. Hierzu gehören Urbanität, attraktive Spielflächen,
1313 lebenswerte Passagen, Orte der Begegnung, kurze Versorgungswege sowie kurze Wege zum
1314 Öffentlichen Personennahverkehr in den Stadtteilen. Bremen hat Wohnlagen mit einem
1315 hervorragenden Potential, etwa in der Nähe zur Weser.

1316 Die FDP tritt in diesem Kontext für eine Vereinfachung bauordnungsrechtlicher Vorschriften ein. Die
1317 von Rotgrün zu verantwortende Erhöhung der Grundsteuer lehnen wir ab. Die FDP wird sich für eine
1318 Befreiung von der Grunderwerbssteuer für selbstgenutzten Wohnraum einsetzen. Wird der
1319 Wohnraum innerhalb von drei Jahren vermietet, soll die Steuer nacherhoben werden.

1320 Die FDP fordert daher:

- 1321 • Rechtzeitige Einbindung von Bürger und Bürgerinnen in die Entscheidungsprozesse in
1322 Stadtentwicklung und Umwelt
- 1323 • Schaffung von Rahmenbedingungen, um die Nahversorgung in den Stadtteilen zu erhalten und zu
1324 festigen
- 1325 • Nutzung von Baulücken und Leerständen
- 1326 • Erhalt der Mittel zur Städtebauförderung und deren gezielter Einsatz für Förderzwecke
- 1327 • Schaffung von Rahmenbedingungen, die Wohnen in der Stadt für junge Familien attraktiv
1328 machen, z.B. attraktive Spielflächen, kurze Versorgungswege, kurze Wege zum ÖPNV und
1329 Wohnen in Nähe zur Weser
- 1330 • Ablehnung der Grundsteuererhöhung
- 1331 • Befreiung von der Grunderwerbssteuer für selbstgenutzten Wohnraum

1332

1333 **Bremer Innenstadt**

1334 Die Bremer Innenstadt bietet ein attraktives Umfeld: Historische Bebauung, den Grüngürtel der
1335 Wallanlagen, ein interessantes Angebot an Geschäften sowie eine große Vielfalt an Restaurants und
1336 Cafes. Durch die Maßnahmen und Projekte der letzten zwei Jahrzehnte (Schlachte, neue Passagen,
1337 Aufwertung der Fußgängerzonen) konnte unsere City deutlich aufgewertet werden, es bleibt aber
1338 weiterer Verbesserungsbedarf. So muss die Belebung des Faulenquartiers, als Verbindung zur
1339 Überseestadt weiter vorangetrieben werden. Durch die Ansiedlung von Radio Bremen und der
1340 Volkshochschule ist zwar eine Initialzündung zur Ansiedlung neuer Geschäfte entstanden, aber die
1341 Aufwertung bedarf weiterer Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung. Dazu gehört unter anderem
1342 die Neugestaltung der Brill-Kreuzung, ohne Reduzierung des Pkw-Verkehrs.

1343 Derzeit stellt sich die Bahnhofsvorstadt als unattraktive Gegend mit hässlicher Bebauung und großen
1344 Problemen, insbesondere an der Discomeile, dar. Dennoch ist dieser Teil der Stadt durchaus
1345 geeignet, um mit vielen Angeboten gerade auch für den Abend und für die Nacht eine überregionale
1346 Ausstrahlung zu erreichen.

1347 Die Erreichbarkeit der Innenstadt insgesamt und einzelner Lagen sowie die Verfügbarkeit von
1348 ausreichendem Parkraum muss deutlich verbessert werden.

1349 Die FDP fordert daher:

- 1350 • Neugestaltung der Brill-Kreuzung
- 1351 • Aufwertung durch neue Einkaufspassagen
- 1352 • Umgestaltung der Nebenstraße, die evtl. das Wohnen attraktiv und ebenerdiges Kleingewerbe
1353 möglich machen
- 1354 • Abschaffung der Umweltzone
- 1355 • Schaffung von weiterem und zentral gelegenen Parkraum

1356

1357 **Sicherheit**

1358 Die FDP steht für eine Innenpolitik, die klare Vorgaben macht und das Spannungsfeld von Freiheit
1359 und Sicherheit in einen liberalen Ausgleich bringt. Der Bogen darf nicht zu Lasten der Bürger
1360 überspannt und zu Lasten der Freiheit verschoben werden.

1361 Die FDP lehnt populistische Forderungen nach neuen und immer schärferen Gesetzen ab. Das
1362 Problem ist nicht der Mangel an Gesetzen, sondern deren Vollzug. Die Beseitigung von
1363 Vollzugsdefiziten und die konsequente Anwendung geltenden Rechts müssen endlich in den
1364 Vordergrund treten.

1365 Die FDP zweifelt die Videoüberwachung öffentlicher Räume als Mittel zur Bekämpfung von
1366 Kriminalität an. Da die Videoüberwachung von Bürgerinnen und Bürgern an öffentlichen Orten und in
1367 öffentlichen Objekten keinerlei Schutz vor Gewalt bietet, schafft sie keine Sicherheit.

1368 Wir Liberale lehnen die Vorratsdatenspeicherung ab. Ein Staat, der ohne konkreten Anlass und
1369 Verdacht sämtliche Telekommunikationsdaten seiner Bürger speichern lässt, ignoriert die
1370 Unschuldsvermutung und stellt die Bevölkerung unter einen Generalverdacht. Offizielle Statistiken
1371 des Bundeskriminalamtes belegen, dass die Vorratsdatenspeicherung nicht dazu geführt hat, dass
1372 sich die Aufklärungsquoten in Bezug auf Internetkriminalität und allgemeine Kriminalität erhöht
1373 haben. Daher sind Drohkulissen und überspitzte Gefahrenszenarien der falsche Ratgeber für eine
1374 vernünftige und grundgesetzkonforme Sicherheitspolitik.

1375 Durch die Verbesserung der Organisationsstruktur der Polizei Bremen wollen wir wieder mehr
1376 Bürgernähe erreichen. Dadurch wird es gelingen, dass die Polizei, die vor Ort arbeitet, über bessere
1377 Ortskenntnisse und mehr Insiderwissen verfügt, als sie es bei der derzeitigen Organisationsstruktur
1378 kann. Polizisten müssen von Schreibtischarbeit und administrativen Aufgaben weiter entlastet
1379 werden.

1380 Um wirksam gegen gewalttätige und straffällige Jugendliche vorgehen zu können, ist ein wirkliches
1381 gemeinsames Vorgehen von Schule, Jugendhilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft. Das darauf zielende
1382 Programm „Stopp der Jugendgewalt“ hat der rot-grüne Senat nicht mit dem notwendigen
1383 Engagement vorangetrieben. Statt das Gewicht auf die Bekämpfung von Gewalt und Straftaten zu
1384 legen, kümmert sich der Senat um immer neue Studien und Evaluationen. Gemeinsame
1385 Fallkonferenzen unter Beteiligung von Schulen, Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt haben in
1386 Bremen bisher Seltenheitswert. Wir fordern die Stärkung gemeinsamer Fallkonferenzen, um wirksam
1387 Verhaltensänderungen bei jugendlichen Straftätern herbeizuführen und die Zahl der Straftaten von
1388 Intensivtätern zu verringern. Es ist eine Binsenweisheit, dass gerade bei Jugendlichen die Reaktion
1389 auf eine Verfehlung kurzfristig erfolgen muss. Dem wird der Senat nicht gerecht. Die beteiligten
1390 staatlichen Stellen müssen zügig und abgestimmt im Rahmen ihrer Rollen und Aufgaben reagieren
1391 und wo immer möglich die Erziehungsberechtigten mit einbeziehen. Die Bürger haben ein Interesse,
1392 dass der Staat mit seinem Gewaltmonopol, sie vor Gewalt und Straftaten schützt. Dazu gehört, dass
1393 Prävention betrieben wird und konsequent daran gearbeitet wird, dass Jugendliche nicht (weiter) auf
1394 die schiefe Bahn geraten.

1395

1396 Die FDP fordert daher:

- 1397 • Eine grundlegende Verwaltungsreform, damit das Personal zielgerichtet zum Wohle der
 1398 Bürgerinnen und Bürger eingesetzt und die Motivation der Bediensteten optimal genutzt werden
 1399 kann.
- 1400 • Aus den Ergebnissen des Evaluationsberichts zur Polizeireform Konsequenzen zu ziehen. Mit der
 1401 Maßgabe „die Polizei soll zur rechten Zeit am rechten Ort sein, da wo der Bürger sie braucht“
 1402 wurden umfängliche organisatorische und strukturelle Änderungen bei der Polizei
 1403 vorgenommen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht ausreichend gerecht werden. Ziel
 1404 muss es sein, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch Polizeipräsenz rund um die Uhr
 1405 vor Ort zu verbessern. Die Reduzierung der Revieröffnungszeiten ist kein geeignetes Mittel, um
 1406 das Vertrauen der Bevölkerung in „ihre Polizei“ zu stärken. Effektive Polizeiarbeit bedeutet
 1407 Bürgernähe. Mehr Polizei vor Ort bedeutet mehr Sicherheit vor Ort. Der direkte Kontakt, die
 1408 Polizei als Ansprechpartner stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in polizeiliche Arbeit. Dazu
 1409 gehören Ortskenntnisse, diese sind unabdingbar. Nur eine Polizei, die in unmittelbarem,
 1410 konstruktivem und vertrauensvollen Verhältnis zu „ihrer“ Bevölkerung steht, kann ihre Arbeit so
 1411 verrichten, dass das Ergebnis für alle Beteiligten optimal ist. Die Bremerinnen und Bremer
 1412 müssen spüren, dass ihre Sorgen und Nöte von der Polizei ernst genommen werden.
- 1413 • Entsprechend den ermittelten Standorten werden personell starke und rund um die Uhr besetzte
 1414 Polizeireviere eingerichtet. Die Halbtagsreviere sind aufzulösen bzw. im Einzelfall entsprechend
 1415 als Vollzeitreviere wieder herzustellen. An den in der Stadtgemeinde Bremen künftig weiter
 1416 bestehenden Vollzeitrevieren soll neben dem Ermittlungsdienst, dem für das Gebiet zuständigen
 1417 Kontaktbereichsdienst, die Jugend- und Seniorensachbearbeitung angesiedelt werden.
- 1418 • Als Ausgleich in Gebieten, in denen Reviere geschlossen werden und in denen keine Ersatzreviere
 1419 in der Nähe geschaffen werden, an geeigneten, frequentierten Standorten Dienststellen für den
 1420 Kontaktbereichsdienst einzurichten.
- 1421 • Eine gezielte Beobachtung der Kriminalitätsschwerpunkte. In einigen Ortsteilen in Bremen-Nord,
 1422 an der Sielwallkreuzung, der Pipe in der Neustadt und auf der Disco-Meile ist Polizeipräsenz
 1423 nötig, um möglichen Gefahren vorzubeugen. Langfristig ist ein strategisches Polizeikonzept für
 1424 diese Bereiche erforderlich.
- 1425 • Eine konsequente Bekämpfung des Drogenhandels insbesondere im Viertel. Mehr Polizeipräsenz
 1426 vor Ort ist das einzige Mittel gegen den offenen Drogenhandel. Die Situation ist den
 1427 Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels nicht mehr zuzumuten. Sie muss durch mehr
 1428 Polizeipräsenz entschärft und ihr muss entschieden entgegen gewirkt werden.
- 1429 • Die Polizei in der Stadtgemeinde Bremen dauerhaft auf die ursprünglich vorgesehene Stärke von
 1430 mindestens 2.600 Beamten zu bringen. Diese sind notwendig, um einen bedarfsgerechten
 1431 Polizeieinsatz zu gewährleisten. Durch mittel- und langfristige Personalplanung muss
 1432 sichergestellt werden, dass diese Stärke auch ständig gehalten wird. Dabei müssen unter
 1433 anderem auch Ruhestandsversetzungen, Freistellungen durch Mutterschutz bzw. Eltern- oder
 1434 Erziehungszeit, Teilzeitverträge, Durchfallquoten an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung
 1435 oder Ausscheiden aus anderen Gründen, sowie Abordnungen zu anderen Behörden oder
 1436 Auslandseinsätzen mit eingerechnet werden.
- 1437 • Die Anzahl der Kontaktpolizisten und das Arbeitsvolumen für die Kontaktbereichspolizisten
 1438 zumindest auf dem heutigen Niveau zu erhalten.
- 1439 • Zu prüfen, ob im Sinne einer effektiven Kriminalitätsbekämpfung und Prävention der zentrale
 1440 Einsatzdienst und die Inspektionen ganz oder teilweise zugunsten einer dezentralen Struktur mit
 1441 starken Vollzeitrevieren wieder aufgelöst werden können.

- 1442 • Zu prüfen, ob und in welchem Umfang der Verkehrsunfalldienst in die Arbeit der künftigen
1443 Vollzeitreviere mit einbezogen werden kann.
- 1444 • Bei dieser Umorganisation der Polizeiarbeit in der Stadtgemeinde Bremen stellt sich die Frage
1445 nach der weiteren Notwendigkeit der jetzigen Polizeiinspektionen. Hier ist zu prüfen, ob nicht
1446 auch diese zugunsten effektiver, dezentraler Arbeit vor Ort wieder aufgelöst werden.
- 1447 • Entschlosseneres Vorgehen gegen Jugendkriminalität und Jugendgewalt, Stärkung und
1448 tatsächlicher Einsatz des Instruments gemeinsamer Fallkonferenzen.

1449

1450 **Datenschutz, freies Netz**

1451 Datenschutz dient dem Schutz der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung. Über jeden von uns
1452 sind vielfältige Daten gespeichert, teilweise ohne dass wir es wissen. Neue elektronische Medien
1453 eröffnen die Möglichkeit, Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile von Menschen zu erstellen. Diese
1454 Daten gilt es vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Von der steigenden Zahl von
1455 Telefonüberwachungen, heimlichen Online-Durchsuchungen sowie Lauschangriffen auf Wohnungen
1456 sind nicht nur mögliche Straftäter betroffen, sondern stets auch Unbeteiligte. Die FDP macht sich
1457 deshalb für die informationelle Selbstbestimmung jedes Einzelnen stark. Die Integrität und
1458 Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme muss sichergestellt sein. So weist das Urteil des
1459 Bundesverfassungsgerichts uferlose Vorratsdatenspeicherung in ihre Grenzen. Wir setzen uns dafür
1460 ein, dass auch bei neuen technischen Möglichkeiten, wie etwa Google Street View, darauf geachtet
1461 wird, dass die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürgern gewahrt bleibt.

1462 Wenn Datenbestände miteinander verknüpft und Bewegungsprofile einzelner Personen erstellt
1463 werden, ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in Gefahr. Unter der
1464 Regierungsbeteiligung der Grünen wurde die Videoüberwachung an öffentlichen Straßen und Plätzen
1465 sowie in Schulen ausgebaut, ohne dass damit ein wirklicher Gewinn an Sicherheit verbunden ist.
1466 Daher wird die FDP prüfen, an welchen Orten künftig auf eine Videoüberwachung, gegebenenfalls zu
1467 Gunsten von mehr persönlicher Polizeipräsenz, wieder verzichtet werden kann.

1468 Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher dafür sensibilisieren, dass sie mit der allzu
1469 freigiebigen Preisgabe persönlicher Daten ein Stück Freiheit opfern. Wir wollen den
1470 Arbeitnehmerdatenschutz stärken. Am Arbeitsplatz dürfen nur solche Daten verarbeitet werden, die
1471 für das Arbeitsverhältnis erforderlich sind. Weiterhin setzen wir uns für den Datenschutz von
1472 Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen ein (siehe Gesundheit).

1473 Der digitale Wandel führt auch zu veränderten Lebensgewohnheiten. Die Menschen treffen sich
1474 vermehrt in sozialen Netzwerken und kommunizieren in Gruppenforen. Um über mögliche Gefahren
1475 im Netz aufzuklären, müssen Kinder, Jugendliche und zugleich Erwachsene in ihrer
1476 Medienkompetenz geschult werden, dafür ist eine Vernetzung der Akteure in Bremen erforderlich.

1477 Die FDP fordert daher:

- 1478 • Informationelle Selbstbestimmung stärken
- 1479 • Videoüberwachung verringern
- 1480 • Verbraucherinnen und Verbraucher sensibilisieren
- 1481 • Arbeitnehmerdatenschutz stärken

- 1482 • Stärkung der Medienkompetenz im Schulunterricht auch mit Blick auf Datenschutz und neue
1483 Medien
1484 • Neutralität gegenüber den verschiedenen Anbietern

1485

1486 **Freie Medien**

1487 Die FDP bekennt sich zum dualen Rundfunksystem in Deutschland und erkennt den öffentlich-
1488 rechtlichen Rundfunk als eine tragende Säule in einer von Meinungsvielfalt gekennzeichneten
1489 Gesellschaft an. Zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine
1490 ausreichende finanzielle Ausstattung. Wir Liberale wünschen uns eine Aufgabenkritik des öffentlich-
1491 rechtlichen Rundfunks. Teure Berichterstattung über Profi-Sport und Spielshows sollen unseres
1492 Erachtens nicht mittels Gebühren finanziert werden. Zur Rundfunkfinanzierung schlägt die FDP ein
1493 einfaches, faires und transparentes Gebührensystem im Wege einer allgemeinen Medienabgabe vor.
1494 Grundsatz ist, dass jede lohn- und einkommenssteuerpflichtige Person nur einmal mit einer Abgabe
1495 belegt wird. Diese würde - ähnlich wie die Kirchensteuer – treuhänderisch von den Finanzämtern
1496 eingezogen. Die geplante Haushalts- und Betriebsstättenabgabe geht zwar in die richtige Richtung,
1497 indem sie die Gebühr von Geräten abkoppelt. Zu befürchten ist jedoch, dass eine Einrichtung wie die
1498 GEZ nach wie vor erforderlich sein wird. Die Schnüffelbehörde GEZ wollen wir abschaffen. Das Geld,
1499 das für den Betrieb der GEZ ausgegeben wird, soll künftig dem Erhalt der Rundfunkanstalten
1500 zugutekommen.

1501 Die FDP fordert daher:

- 1502 • Sicherstellung einer aufkommensneutralen Gebührenordnung. Bürger und Wirtschaft dürfen
1503 nicht stärker als bisher durch die neue Gebührenordnung belastet werden. Das neue
1504 Gebührensystem muss einer Zielevaluierung unterworfen werden.
1505 • Einführung eines pauschalen Rundfunkbeitrags pro Betriebsstätte, gestaffelt nach der Zahl der
1506 Beschäftigten, mit dem auch die betrieblich genutzten Kfz abgegolten sind anstelle der bisher
1507 vorgesehenen systemwidrigen Kfz-Abgabe.
1508 • Freistellung von Nebenwohnungen von der Abgabe.
1509 • Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen sowie Senkung des Aufwandes für den
1510 Gebühreneinzug.

1511 Mit Blick auf die Rundfunkregulierung plädiert die FDP für eine externe, professionelle Aufsicht, die
1512 von der Leitung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt unabhängig ist. Die Mitgliedschaft in
1513 Rundfunk- und Verwaltungsräten bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist mit
1514 öffentlichen Ämtern und politischen Beamtenfunktionen unvereinbar. Parteien sollen als wichtige
1515 gesellschaftliche Gruppierungen weiterhin in diesen Gremien vertreten sein, müssen allerdings
1516 Vertreter ohne öffentliche Ämter auswählen.

1517 Die dynamische Entwicklung des Internets hat zu einer größeren Medienvielfalt beigetragen. Vor
1518 diesem Hintergrund werden wir eine Debatte über die Weiterentwicklung des Bürgerrundfunks
1519 führen und die Abschaffung des Offenen Kanals fordern.

1520

1521

1522 **Gesundheit**

1523 Bereits heute stellen die Gesundheitsberufe im aufstrebenden Wirtschaftszweig der
 1524 Gesundheitswirtschaft mehr als zehn Prozent der Arbeitsplätze in unserer Region. Im Zuge des
 1525 demographischen Wandels, des medizinisch-technischen Fortschritts und des wachsenden
 1526 Gesundheitsbewusstseins vieler Bürgerinnen und Bürger bestehen gute Chancen, dass sich die
 1527 dynamische Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges auch in Bremen und Bremerhaven fortsetzt.
 1528 Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Chancen des Wettbewerbs genutzt und unternehmerische
 1529 Initiative freier Träger und privater Unternehmen zugelassen wird, statt die Zukunftschancen der
 1530 Gesundheitswirtschaft in unserer Region zu verreglementieren. Die FDP begrüßt die Vernetzung der
 1531 Gesundheitsakteure in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Rahmen der Initiative
 1532 "Gesundheitswirtschaft Nordwest". Auf diese Weise können Kooperationen unterstützt, eine
 1533 gemeinsame Präsentation von Unternehmen der Region in nationalen und internationalen
 1534 Netzwerken, Events und Messen ermöglicht sowie Impulse im Bereich von Forschung und
 1535 Entwicklung gesetzt werden.

1536 Die beste wohnortnahe ärztliche Versorgung bieten freiberuflich tätige Ärztinnen und Ärzte. Das
 1537 persönliche Vertrauensverhältnis zum Haus- bzw. Facharzt ist die beste Grundlage medizinischer
 1538 Betreuung. Statt dem absehbaren Ärztemangel der kommenden Jahre bereits jetzt vorzubeugen,
 1539 fehlt es der rot-grünen Koalition an Anerkennung und Respekt vor der enormen Leistung der
 1540 niedergelassenen Ärzteschaft für unser Gesundheitswesen. Pläne, etwa des städtischen
 1541 Klinikverbundes Gesundheit Nord, der jahrelang erhebliche Verluste eingefahren hat, durch Einstieg
 1542 in die ambulante Versorgung ihre Bilanz auf Kosten der niedergelassenen Ärzteschaft zu sanieren und
 1543 dadurch die wohnortnahe medizinische Versorgung zu gefährden, erteilen wir eine klare Absage.

1544 Neben niedergelassenen Medizinern bilden Krankenhäuser mit ihren stationären und teilstationären
 1545 Kompetenzen den Kernbereich der Gesundheitswirtschaft in unserer Region. Die Bremische
 1546 Krankenhauslandschaft präsentiert sich vielfältig. Neben den vier städtischen Kliniken des
 1547 städtischen Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo) finden sich freigemeinnützige und private
 1548 Kliniken, die in den Stadtteilen verankert sind. Die Gesundheit Nord wird heute allerdings von der
 1549 Geschäftsführung und der Gesundheitssenatorin zunehmend zu einem Einheitskonzern umgebaut.
 1550 Mit dem kürzlich vorgelegten so genannten Medizinischen Zukunftskonzept werden die medizinische
 1551 Angebote von den Kliniken abgezogen und die Verantwortlichkeit der einzelnen Häuser weiter
 1552 eingeschränkt. Die FDP sieht hierdurch die Bindung der Häuser an die Stadtteile und dadurch auch
 1553 deren wirtschaftliche Grundlage gefährdet. Der rot-grüne Senat beschreitet in der
 1554 Krankenhauspolitik den falschen Weg, weil er einseitig auf die Umverteilung der knappen
 1555 Finanzmittel zu den notleidenden Kliniken Mitte und Ost setzt. Zudem werden an allen vier Kliniken
 1556 massiv ambulante Versorgungsangebote installiert, die die wohnortnahe Gesundheitsversorgung
 1557 durch niedergelassene Ärzte bedrohen. Die Krankenhäuser sollen auf Kosten Anderer saniert
 1558 werden, die FDP lehnt dies entschieden ab. Unter Rot-Grün ist das enorme finanzielle Risiko, welches
 1559 die städtischen Krankenhäuser für Bremen darstellen, weiter gewachsen. Nach zahlreichen
 1560 Finanzspritzen hat Bremen erneut über 300 Millionen Euro Bürgschaften übernommen. Trotz der
 1561 enormen finanziellen Risiken blockieren Senat, Regierungskoalition und Geschäftsführung
 1562 gemeinsam jede parlamentarische Kontrolle. Aus dem Klinik-Skandal 2006 wurden keine Lehren
 1563 gezogen. Es hat sich gezeigt, dass eine vernünftige Kontrolle unter den Bedingungen einer
 1564 kommunalen Trägerschaft des städtischen Klinikverbundes kaum möglich ist. Die FDP spricht sich

1565 deshalb für eine Übergabe der einzelnen städtischen Kliniken an gemeinnützige oder private Träger
1566 aus, um den Wettbewerb im Interesse der Patientinnen und Patienten zu stärken und das
1567 Betreiberrisiko der Stadt Bremen abzugeben. Die hervorragenden medizinischen und pflegerischen
1568 Leistungen gemeinnütziger und privater Krankenhäuser in Bremen beweisen, dass dieses Modell
1569 funktioniert.

1570 Das neue Bremische Krankenhausgesetz lehnt die FDP entschieden ab, es ist überflüssig und
1571 wettbewerbsfeindlich. Es werden Doppelregelungen ohne Wert für die Patientinnen und Patienten
1572 eingeführt. Die Kosten werden durch nutzlose, bürokratische Vorschriften in die Höhe getrieben. Die
1573 FDP fordert, auf das Gesetz vollständig zu verzichten, die sinnvollen Investitionspauschalen
1574 unbürokratisch im existierenden Bremischen Krankenhausfinanzierungsgesetz umzusetzen und die
1575 sinnvolle Einführung der Patientenfürsprecher durch einen gemeinsamen Vertrag mit den Häusern zu
1576 regeln. Hohe Hygienestandards sollen über die bestehende Rechtsverordnung sichergestellt werden.

1577 Die bürokratische und detaillierte Landeskrankenhausplanung ist zu unflexibel und stranguliert den
1578 innovativen Wettbewerb der Häuser. Zudem fehlt jede Abstimmung mit Niedersachsen, sodass es in
1579 letzter Zeit wiederholt zu Ansiedlungen im direkten Umland kommt, denen die Bremer Kliniken
1580 aufgrund des starren Korsetts nicht im Wettbewerb begegnen können. Wir wollen die
1581 Krankenhausplanung zugunsten des Wettbewerbs auf das notwendige Maß reduzieren.

1582 Für den Bereich der Rettungsdienste fordern wir mehr Wettbewerb durch regelmäßige
1583 Ausschreibungen der Leistungen.

1584 Der Schutz sensibler Daten von Patientinnen und Patienten besitzt für uns größte Bedeutung. Die
1585 Pläne der großen Koalition auf Bundesebene zur Einführung der damals unausgegorenen
1586 Gesundheitskarte lehnte die FDP ab. Diese hätte auch in Bremen zu großen Problemen für Ärzte und
1587 Patienten geführt. Insbesondere der Schutz der Patientendaten ist uns besonders wichtig. Die FDP
1588 Bremen wird sich weiter auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die elektronische Gesundheitskarte
1589 und das E-Rezept nicht eingeführt werden. Weiterhin treten wir für eine Aufhebung des Paragraphen
1590 291a SGB V ein.

1591 Sucht und Abhängigkeit stellen schwerwiegende Einschränkungen für eine eigenverantwortliche und
1592 selbstbestimmte Lebensführung dar. Die FDP setzt sich für eine liberale Sucht- und Drogenpolitik in
1593 Bremen ein. Wir wollen Prävention in Schulen und Vereinen für Kinder und Jugendliche stärken und
1594 mit stigmatisierungsfreien Behandlungsangebote für einen Ausstieg schaffen. Von der bisherigen
1595 Verbotskultur des rot-grünen Senats wollen wir abkehren und dafür sorgen, dass Jugendschutz
1596 endlich auch konsequent durchgesetzt wird. Mit Blick auf die Abgabe von Methadon über
1597 Schwerpunktpraxen, welches sich in Bremen grundsätzlich bewährt hat, wollen wir Schritte
1598 unternehmen, damit Konflikte mit Anwohnerinnen und Anwohnern durch Dialog im Vorfeld
1599 vermieden werden können. Wir wollen das in anderen Städten erfolgreich eingeführte Modellprojekt
1600 der kontrollierten Heroinabgabe in Bremen einführen.

1601 Die FDP fordert deshalb:

- 1602 • wohnortnahe Versorgung stärken
- 1603 • Ambulante Versorgung an Krankenhäusern begrenzen
- 1604 • kommunale Kliniken sollen sich an Stadtteilen ausrichten, keine Einheitsgesellschaft
- 1605 • Kliniken privatisieren; Private oder freigemeinnützige als Träger gewinnen

- 1606 • mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen
- 1607 • Vernetzung der Gesundheitswirtschaft stärken
- 1608 • Mehr Wettbewerb im Bereich der Rettungsdienste
- 1609 • Patientendatenschutz stärken
- 1610 • kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige einführen

1611

1612 **Pflege**

1613 Dass die Pflege eine der drängendsten Herausforderung für die Zukunft ist, hat der rot-grüne Senat
1614 viel zu spät erkannt. Der allseits beschworene Fachkräftemangel führt in der Pflege schon heute zu
1615 erkennbaren Engpässen. Die Pflegeberufe müssen mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren.
1616 Zudem müssen Zugangsbarrieren vermindert und Durchlässigkeit von der Pflegeausbildung bis zum
1617 akademischen Studium geschaffen werden. Die Orientierung der Pflegeausbildung an Lebensphasen
1618 ist überholt. Mit Blick auf die flexibleren Einsatzmöglichkeiten von Pflegekräften befürworten wir den
1619 Übergang zu einer generalistischen Pflegeausbildung. Dem bereits heute spürbaren
1620 Fachkräftemangel in der grundständigen Pflege werden wir kurzfristig durch Ausbau der schulischen
1621 Ausbildungskapazitäten begegnen. Auch die Umschulung von Arbeitslosen in den Pflegeberuf auf
1622 freiwilliger Basis ist sehr erfolgreich und sollte abgesichert, fortgeführt und möglichst ausgeweitet
1623 werden. Hier lebenden Pflegefachkräften mit ausländischen Abschlüssen soll eine unbürokratische
1624 Anerkennung und erforderlichenfalls Nachqualifizierung ermöglicht werden.

1625 Das von der rot-grünen Koalition geschaffene Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz wird die FDP
1626 novellieren. Insbesondere die vielfältigen zusätzlich geschaffenen bürokratischen Regelungen
1627 schützen nicht die pflegebedürftige Bewohner, sondern kosten die Pflegenden wertvolle Zeit. Durch
1628 überflüssige Doppelungen werden zudem bereits bundesgesetzlich normierte Anforderungen
1629 wiederholt und weitere Bürokratie aufgebaut. Dies führt zu höheren Kosten für die Heime und
1630 letztlich zu höheren Preisen für alte und pflegebedürftige Menschen ohne ein Mehr an Schutz und
1631 Qualität. Das Gesetz führt dazu, dass in Bremen die Betreuung teurer, die Angebotsvielfalt geringer,
1632 die Hürden für Selbstorganisation größer und damit die gesamte pflegerische Versorgung schlechter
1633 wird.

1634 In der Pflegeberatung leistet sich Bremen unnötige Doppelstrukturen. Die Einrichtung von
1635 Pflegestützpunkten war reine sozialdemokratische Symbolpolitik und übersieht die zahlreichen
1636 bereits tätigen Initiativen vor Ort. In Bremen arbeiten auf diesem Gebiet seit Jahrzehnten die
1637 Dienstleistungszentren (DLZ), die neben Beratung auch die Vermittlung ehrenamtlicher Betreuung
1638 übernehmen. Nach Ansicht der FDP bringen die Pflegestützpunkte für die Menschen keinerlei
1639 Mehrwert. Die Pflegekassen sind ohnehin gegenüber ihren Versicherten beratend tätig. Unabhängige
1640 Beratung erfolgt etwa über die Patientenberatung oder die Heimaufsicht. Zum anderen fordern wir
1641 eine Überprüfung der Zuwendungen an die Dienstleistungszentren. Die DLZ müssen sich in ihrer
1642 Arbeit einer strengen Evaluation unterziehen und die erheblichen öffentlichen Aufwendungen
1643 rechtfertigen. Die DLZ bewegen sich zudem zunehmend in eigenwirtschaftlichem Handeln, da sie
1644 neben der Vermittlung ehrenamtlicher Kräfte auch hauptamtliche Betreuungskräfte anstellen und für
1645 beides eine Kostenpauschale der Betreuten erheben. Mit der regelmäßigen Ausschreibung der
1646 Trägerschaft der DLZ wollen wir zudem eine effizientere Arbeit erreichen.

1647 Ziel der Palliativmedizin ist die umfassende medizinische, pflegerische und psychosoziale Behandlung
1648 von Menschen mit unheilbaren Erkrankungen. Angebote der Palliativmedizin und des Hospizwesens
1649 wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Weiterhin tritt die FDP für die Schaffung spezialisierter
1650 ambulant-palliativmedizinischer Versorgungsangebote auch für die Teile des Landes Bremen ein, in
1651 denen noch kein solches Angebot besteht.

1652 Die FDP fordert deshalb:

- 1653 • Pflegeausbildung stärken, Schulplätze ausbauen
- 1654 • Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz novellieren und Bürokratie abbauen
- 1655 • Doppelstrukturen in der Pflegeberatung abbauen
- 1656 • Erhalt, gegebenenfalls Ausbau der Palliativmedizin und des Hospizwesens; flächendeckende
1657 Schaffung ambulant-palliativmedizinischer Versorgungsangebote

1658

1659 **Freiheit bewegt: Für einen starken Sport**

1660 Der Sport, ob als Leistungs-, Vereins- oder Breitensport, kann in unserer freiheitlichen Gesellschaft
1661 viele Aufgaben lösen. Er hilft dem Menschen, seine Lebenssituation besser zu bewältigen, seine
1662 Gesundheit, Lebensfreude und Leistungsbereitschaft zu erhalten, sich in der Gemeinschaft besser
1663 und leichter zu integrieren und Fairness und Toleranz zu leben. Die FDP setzt sich dafür ein, dass
1664 Bewegungsmangel bereits im Kindergarten begegnet und die Grundlagen für die sportliche
1665 Entwicklung gelegt werden. Für die Bewegungs- und Sporterziehung sind in den Kindergärten und
1666 Schulen schrittweise die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese
1667 „bewegungsfreundlich“ werden. Die Ausbildung sowie die Fortbildungsangebote für Erzieherinnen
1668 und Erzieher müssen dem Sport und den mit dem Sport verbundenen pädagogischen und
1669 gesundheitlichen Chancen mehr Aufmerksamkeit schenken. Wir wollen, dass zu Beginn der
1670 Grundschulzeit freiwillige sportmotorische Tests durchgeführt werden, so dass mögliche Defizite
1671 gezielt bekämpft und beseitigt werden können.

1672 Im Rahmen des Schulsports werden Leistungsbereitschaft, gesunde körperliche Entwicklung und
1673 soziales Verhalten gefördert. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Schulen bietet auch neue
1674 Chancen für den Schulsport. Die FDP begrüßt daher eine verstärkte Kooperation von Schulen und
1675 Sportvereinen. Diese darf jedoch nicht dazu führen, dass die Verantwortung der Schule auf die
1676 Vereine abgewälzt wird. Den Unterrichtsausfall im Fach Sport werden wir wirksam bekämpfen. Für
1677 den Sportunterricht müssen qualifizierte Sportlehrer eingesetzt werden. Der Erkennung und
1678 Förderung besonderer Talente im Sport muss auch in den Schulen mehr Aufmerksamkeit gewidmet
1679 werden. Wir unterstützen, dass sportbezogene Profile an den Schulen ausgebaut werden, damit
1680 junge Sporttalente gefördert werden. Mit Blick auf den demographischen Wandel setzt sich die FDP
1681 für eine Stärkung von altersgerechten Sportangeboten für Senioren ein.

1682 Die FDP erkennt die hohe Fachkompetenz der Funktionsträger in Sportvereinen und -verbänden und
1683 ihr Engagement für die Gesellschaft an. Mit Blick auf die wichtigen gesellschaftspolitischen und
1684 sozialen Aufgaben des Sports setzt sich die FDP dafür ein, dass Land und Stadtgemeinden die
1685 freiwillige ehren- und hauptamtliche Arbeit der Sportvereine angemessen fördern. Die FDP setzt sich
1686 für eine langfristige Zielvereinbarung zwischen Bremen und dem Vereinssport ein, verbunden mit
1687 einem Kontrakt über eine verlässliche Finanzierung.

1688 Wir wollen die Möglichkeiten des Sponsoring sowie Öffentlich-Privater Partnerschaften zur Erhaltung
1689 und Modernisierung von Sportanlagen konsequent nutzen.

1690 Die FDP fordert daher:

- 1691 • räumliche Voraussetzungen für Bewegungs- und Sportlerziehung im Kindergarten schaffen
- 1692 • sportmotorische Tests zu Beginn der Grundschulzeit
- 1693 • Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen
- 1694 • Einsatz qualifizierter Sportlehrer im Sportunterricht
- 1695 • Ausbau sportbezogener Profile an den Schulen
- 1696 • Zielvereinbarung mit dem Vereinssport und verlässlichen Finanzierungsvertrag
- 1697 • Sponsoring und Öffentlich-Private Partnerschaften zur Erhaltung und Modernisierung von
1698 Sportanlagen konsequent nutzen

1699

1700 **Umwelt, Natur- und Tierschutz**

1701 Frische Luft, saubere Böden und Flüsse sind eine Voraussetzung für ein gesundes Leben. Bremen und
1702 Bremerhaven sind grüne Städte: Sei es in den Parks, in privaten Gärten oder direkt auf öffentlichen
1703 Flächen, privates und städtisches Grün trägt in Bremen und Bremerhaven zu einem lebenswerten
1704 Umfeld bei. Diese Güter sind uns wertvoll und wichtig. Die städtische Umgebung bringt jedoch in
1705 dieser Hinsicht schädliche Einflüsse mit sich, die wir im Rahmen der aktuellen Technik begrenzen
1706 können. Insbesondere im Bereich des Individualverkehrs sind die technischen Entwicklungen deutlich
1707 sichtbar. Moderne Filtertechniken und kraftstoffsparenden Antriebsformen zu erheblicher
1708 Entlastung. Auch dass wir heute wieder in der Weser baden können, liegt an der Entwicklung der
1709 Wasseraufbereitungstechnologien. Auch viele andere Beispiele belegen, dass der technische
1710 Fortschritt keine Gefahr für die Umwelt ist, sondern eine Chance. Dies gilt auch für die
1711 Gentechnologie, die bei verantwortlicher Anwendung große Chancen eröffnet.

1712 Einen falschen Ansatz verfolgt der rot-grüne Senat mit der Umweltzone. Mit dem Versprechen die
1713 Feinstaubbelastung erheblich zu senken wurde in der Bremer Innenstadt eine Verbotzone für alte
1714 Autos eingerichtet. Diese Maßnahme ist unverhältnismäßig und wirkungslos. Wo die
1715 Feinstaubbelastung gesunken ist, gibt es dafür andere Gründe: modernere Autos, weniger Verkehr
1716 und beendete Bauarbeiten. Insbesondere Staus und stockender Verkehr führen zu hohen
1717 Belastungen. Verschärfte Geschwindigkeitsbegrenzungen und neue Ampelanlagen an
1718 Hauptverkehrsstraßen werden die Belastung erhöhen. Deshalb ist fließender Verkehr die wichtigste
1719 Maßnahme gegen Feinstaubbelastung. Die Bremer Umweltzone ist und bleibt einzig und allein rot-
1720 grüne Symbolpolitik und ein Beschäftigungsprogramm für Bürokraten. Moderne Städte brauchen
1721 Mobilität. Wir wollen die Akzeptanz des notwendigen Verkehrs verbessern und seine negativen
1722 Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich begrenzen. Die FDP tritt für einen
1723 konsequenten Lärmschutz an Straßen und Schienenwegen ein. Wir fordern durchgängige
1724 Lärmschutzwände an allen Bahnhauptstrecken und den Einsatz leisen, modernen Wagenmaterials.

1725 Um die Hinterlassenschaften unseres Lebens nicht zum Problem für die Umwelt werden zu lassen,
1726 betreiben wir eine aufwändige Entsorgungswirtschaft. Wasserversorgung, Abwasser- und Müll-
1727 Entsorgung werden in Bremen und Bremerhaven kommunal garantiert. Diese Garantie bedeutet

1728 jedoch nicht, dass der Staat die Ver- und Entsorgung selbst übernehmen muss, vielmehr muss er
1729 darüber wachen, dass wer immer es tut, sich an die strengen Vorschriften hält. Um die städtische
1730 Wirtschaft zu unterstützen und den Standort Bremen wettbewerbsfähiger zu machen, fordern wir
1731 deshalb die Gründung einer städtischen Abwasser GmbH. Nach der mangelhaft umgesetzten
1732 Privatisierung der Abwasserentsorgung, steht der Senat hier in der Pflicht, die Belastungen der
1733 Wirtschaft zu begrenzen. Für den Bürger wird sich dieser Schritt nicht nachteilig auswirken.
1734 Überlegungen der Sozialdemokraten, diesen Wirtschaftszweig wieder zu verstaatlichen lehnen wir
1735 ab.

1736 In globale Zusammenhänge sind die Ökosysteme Bremens und Bremerhavens vor allem mit der
1737 Entwicklung des Klimawandels eingebunden. Als Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen stellt
1738 das Land Bremen mit Bremerhaven das wichtigste Zentrum für die Windkraft in Deutschland. Hier
1739 wird an den Technologien der Zukunft geforscht, Anlagen werden gebaut und mit dem neuen
1740 Offshore-Terminal in Zukunft auch von Bremerhaven aus installiert und gewartet. Allerdings muss
1741 Bremen auch an die Auswirkungen des Klimawandels denken, vor allem hinsichtlich des
1742 Küstenschutzes. Die Umsetzung des Generalplans Küstenschutz, in der Bremen weit zurück liegt muss
1743 deshalb vorangetrieben werden.

1744 Beim Naturschutz und der Pflege von Grünflächen werden wir die Partnerschaft des Staates mit
1745 Privaten und Vereinen stärken. Wir wollen das Naturschutzrecht flexibilisieren und mit Blick auf eine
1746 bürgerfreundliche Beschleunigung von Planungsverfahren modernisieren, so dass der Ausgleich im
1747 Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung flexibler umgesetzt werden kann. Wir wollen,
1748 dass die bisherige Verpflichtung zum Ausgleich ökologischer Folgen in Form eines Flächenausgleichs
1749 künftig auch in Form eines finanziellen Ausgleichs erfolgen kann.

1750 Weiterhin werden wir ein modernes Friedhofswesen schaffen, das auch offen für neue Formen der
1751 Bestattung ist.

1752 Die FDP fordert deshalb:

- 1753 • Leitbild urbane Umwelt: Parks und Gärten erhalten, städtisches Leben nicht gegen Natur
- 1754 ausspielen
- 1755 • technischen Fortschritt als Chance sehen
- 1756 • Unnütze Umweltzone abschaffen
- 1757 • Generalplan Küstenschutz zügig umsetzen
- 1758 • Abwasser GmbH einrichten
- 1759 • lückenloser Lärmschutz an Autobahn und Hauptbahnstrecken
- 1760 • Entdröhnung von alten Bahnbrücken oder Neubau
- 1761 • Kontrolle emissionsstarker Gewerbebetriebe, damit nicht immer wieder Staub- und Dreckwolken
- 1762 auf Bürger niedergehen
- 1763 • Naherholungsqualität in allen Stadtteilen erhalten – Aufwertung des Wohnumfeldes bei
- 1764 Mischgebieten oder angrenzenden Gewerbegebieten
- 1765 • Grünpflege an Kleingartenvereine abgeben
- 1766 • Erhaltung von Biotopen durch Vertragsnaturschutz
- 1767 • Möglichkeit schaffen, Ausgleichsmaßnahmen finanziell abzugelten
- 1768 • Vertragsnaturschutz hat Vorrang
- 1769 • neue Bestattungsformen zu lassen – z. B. Friedwälder in Bremen anbieten

- 1770 • zügige Reduzierung der Flächen auf das notwendige Maß, Friedhofserweiterungsflächen anderen
1771 Nutzungen zuführen

1772

1773 Der Tierschutz hat für die FDP seit vielen Jahren eine zentrale Bedeutung. So ist es dem Engagement
1774 der FDP zu verdanken, dass eine Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz erreicht
1775 wurde. Die FDP setzt sich für eine artgerechte Tierhaltung und -ernährung ein. Die FDP setzt sich
1776 dafür ein, dass in Bremen eine Auffangstation für Wildtiere in Kooperation mit dem Bremer Umland
1777 geschaffen wird.

1778 Wir werden das Bremische Gesetz über das Halten von Hunden gründlich evaluieren und
1779 modernisieren. Die von Rot-Grün beschlossene Aufenthalts- und Durchreiseverbot für bestimmte
1780 Hunderassen ist unpraktikabel und kann mit vertretbarem Aufwand nicht überwacht werden. Um
1781 Bürgerinnen und Bürger wirksamer vor gefährlichen Hunden zu schützen, fordern wir ein neues
1782 Hundehaltungsgesetz, dass sich an der tatsächlichen Gefährdung, die von einem Tier ausgeht,
1783 orientiert und nicht nach seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Hunderasse.

1784 Die FDP fordert daher:

- 1785 • Tiere unter artgerechten Bedingungen zu halten
1786 • Auffangstation für Wildtiere in Kooperation mit Bremer Umland schaffen
1787 • Hundehaltungsgesetz evaluieren und modernisieren

1788

1789 **Verbraucherschutz**

1790 Die FDP versteht Verbraucherschutz als Stärkung des Verbrauchers am Markt und nicht als den
1791 Schutz des Verbrauchers vor dem Markt. Wir verstehen Verbraucher als mündige und
1792 eigenverantwortliche Marktteilnehmer, die sich mehr Wissen und bessere Informationen über
1793 Produkte und Dienstleistungen wünschen. In Zeiten globalisierter Märkte und eines wachsenden
1794 Produktangebots setzt eine sinnvolle Verbraucherschutzpolitik auf mehr Transparenz, bessere
1795 Informationen und effizientere Rechtsdurchsetzung. Die FDP will die Verbraucherbildung und
1796 -information verbessern. Gerade junge Menschen fehlt es oft an Erfahrungen und Wissen beim
1797 Abschluss von Verträgen. Angefangen vom Mobilfunkvertrag bis zum Kauf im Internet. Wir wollen
1798 die Finanzkompetenz von Jugendlichen stärken. Hierzu regt die FDP Kooperationen zwischen
1799 Schulen, Banken und Sparkassen an.

1800 Zur Sicherung qualitativ hochwertiger Lebensmittel setzen wir zunächst auf die Eigenverantwortung
1801 der Wirtschaft, die zertifizierte und zuverlässige Qualitätssicherungssysteme erarbeitet. Hierzu kann
1802 eine funktionsfähige staatliche Lebensmittelkontrolle im Rahmen von Beratung und Kontrolle einen
1803 guten Beitrag leisten. Wir wollen eine dauerhaft ausreichende personelle Ausstattung mit
1804 Lebensmittelkontrolleuren sicherstellen.

1805 Die FDP fordert daher:

- 1806 • Finanzkompetenz von Jugendlichen stärken
1807 • Staatliche Lebensmittelkontrolle personell ausreichend ausstatten

1808

1809 **Kultur**

1810 In Bremen und Bremerhaven genießen die Bürger die individuelle Freiheit zur Wahrung ihrer eigenen
1811 kulturellen Identität. Sie leben auf verschiedene Art und Weise in ihren jeweiligen milieu- und
1812 herkunftsbedingten unterschiedlichen Kulturen.

1813 Staatliche Kulturförderung kann sich jedoch stets nur auf einen geringen Teil dessen, was Menschen
1814 als Kulturleistung erbringen, erstrecken. Zuerst sind immer die Bürger selbst gefordert, Kultur zu
1815 schaffen und sich weiter zu entwickeln. Trotzdem nimmt der Staat ein breites Spektrum an Aufgaben
1816 und Verantwortung im Kultursektor wahr. Seine Aktivitäten reichen von der Bewahrung des
1817 kulturellen Erbes (etwa im Denkmalschutz) über die Bereitstellung kultureller Angebote (etwa durch
1818 Theaterförderung) bis hin zur Schaffung notwendiger Freiräume für Kulturschaffende. Liberale
1819 Kulturpolitik will allen Bürgern die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen und sie zur
1820 Teilnahme anregen. Teilhabe an Kultur bietet enorme Chancen zur Entwicklung des Menschen zum
1821 interessierten, selbstständigen und verantwortungsvollen Bürger. Liberale Kulturpolitik will die
1822 Bürger auch an der zukünftigen Gestaltung ihres Landes, ihrer Stadt, ihres Lebensbereichs beteiligen.
1823 Nicht zuletzt bildet eine lebendige Kulturszene auch den Rahmen und Impulsgeber für viele
1824 Selbständige und Unternehmer im aufstrebenden Markt der Kulturwirtschaft. Die Qualität der
1825 traditionellen Kulturbetriebe ist ein wichtiger Standortfaktor für Bremen und Bremerhaven.

1826 Die aktuelle Kulturpolitik des Bremer Senats und der ihn tragenden rot-grünen Koalition ist jedoch
1827 orientierungslos, setzt trotz desolater Haushaltslage in den Stadtgemeinden Bremen und
1828 Bremerhaven keine Prioritäten und wird damit den Bedürfnissen der Bürger nicht gerecht. So findet
1829 trotz eigenständigem Kulturressort unter der Leitung des Bürgermeisters eine parallele
1830 Kulturförderung unter dem Deckmantel der Tourismusförderung durch das Wirtschaftsressort statt.
1831 Das Herauslösen des Kulturressorts aus der Bildungsbehörde hat sich damit als nicht erfolgreich
1832 erwiesen. Statt der Bedeutung der Kultur Nachdruck zu verleihen, wurden kulturelle Einrichtungen
1833 insbesondere auch die Theater Bremen GmbH unter der Führung des Bürgermeisters
1834 heruntergewirtschaftet. Als Aufsichtsratsvorsitzender der Theater Bremen GmbH hat er gezeigt, dass
1835 er den damit verbundenen konkreten Aufgaben nicht gewachsen ist: das Musical Theater Bremen
1836 befindet sich in einer Notlage, die Theater Bremen GmbH musste mehrfach mit öffentlichen Mitteln
1837 gerettet werden. Die direkte Führung der Theater Bremen GmbH aus dem Ressort heraus muss
1838 grundsätzlich beendet werden. Die Arbeit des Aufsichtsratsvorsitzes und des täglichen
1839 Geschäftsbetriebes müssen klar getrennt bleiben, da sonst der Aufsichtsrat seine Kontrollfunktion
1840 verliert. Bundesweit haben Spielstätten bewiesen, dass es ein erhebliches organisatorisches
1841 Einsparpotential in der Verwaltung, in Mitarbeiterführung und -einsatz gibt, ohne dass die
1842 Produktionsqualität darunter leidet.

1843 Die FDP fordert überdies eine Verschlankung der Kulturverwaltung. Die Steuergelder müssen effektiv
1844 eingesetzt werden, damit die Bürger mehr Kultur für ihre Steuern erhalten. Die FDP tritt dafür ein,
1845 dass die Aufgaben des Kulturressorts wieder der Bildungsbehörde zugeordnet werden. Dadurch kann
1846 Personal, wie z.B. die Stelle der Staatsrätin, eingespart werden; Fragen der allgemeinen Verwaltung
1847 lassen sich in einem großen Ressort effektiver miterledigen.

1848 Die Städte fördern auf unterschiedliche Weise Kulturangebote in den Stadtteilen. So werden
1849 beispielsweise Bürgerhäuser etc. unterstützt. Diese leisten zum Teil einen wichtigen Beitrag zur

- 1850 Stadtteilkultur. Um die Stadtbremer Bürgerinnen und Bürgern vor Ort stärker in die Arbeit der Ein-
1851 richtungen einzubinden, sollten die Stadtteilbeiräte die Mittelvergabe für diese Einrichtungen
1852 übernehmen.
- 1853 Das Kino 46 pflegt die Kinokultur. Fern ab des aktuellen am Massengeschmack ausgerichteten
1854 Programms bietet es ein Angebot für Kinoliebhaber und Filmfreunde. Der bisherige Standort ist
1855 jedoch teuer und es hat sich gezeigt, dass dieses Angebot fernab der Innenstadt keine gebührende
1856 Nachfrage findet. Die FDP fordert, dass dieses Angebot endlich effektiver, innenstadtnäher und für
1857 ein breiteres Publikum erbracht wird. Hierbei könnten zum Beispiel attraktive Angebote für Schulen
1858 geschaffen werden das Kino zu besuchen. Weiterhin ist zu prüfen ob aus wirtschaftlichen Gründen
1859 eine Integration des Programms in andere Kinos sinnvoll vollzogen werden kann um die dort frei
1860 werdenden Mittel für aussichtsreichere Projekte einzusetzen.
- 1861 Die FDP setzt sich für den Erhalt der unabhängigen Kulturangebote in Bremen ein. Sie unterstützt
1862 Verfahren, die eine an der Qualität der Kulturangebote und der Nachfrage orientierte Vergabe der
1863 Fördermittel gewährleisten.
- 1864 Bremerhaven und Bremen verfügen über städtische Theater mit vielfältigem Angebot. Diese stehen
1865 in der Verantwortung, mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln auszukommen und einen
1866 interessanten Theaterbetrieb sicherzustellen. Die Theater sollten sich stärker aus dem staatlichen
1867 Gefüge lösen und frei von den Tarifbeschränkungen des öffentlichen Dienstes bezüglich
1868 Versetzungen und Hierarchien arbeiten können. Sie sollten frei sein, Kooperationen mit anderen
1869 Theatern einzugehen und/oder Inszenierungen anderer Häuser zu übernehmen. Die Schaffung eines
1870 Landestheaters hingegen lehnt die FDP ab.
- 1871 Die FDP fordert den Senat auf zu prüfen, ob am Theater Bremen das so genannte Weimarer Modell
1872 umgesetzt werden kann oder ob das Theater vorteilhafter Weise in eine Stiftung umgewandelt
1873 werden sollte.
- 1874 Neben den staatlichen Theatern gibt es in Bremen eine freie Theaterszene, die es weiter zu
1875 unterstützen gilt. So ist beispielsweise das gedeihliche Nebeneinander der Schule am Leibnizplatz
1876 und der Shakespeare Company weiter zu fördern. Auch Angebote des so genannten Boulevard-
1877 Theaters, wie sie das Theaterschiff macht, verdienen unsere Anerkennung. Gleiches gilt für die auch
1878 pädagogisch ausgerichtete Arbeit des Schnürschuh-Theaters.
- 1879 Die FDP fordert qualifizierten Musikunterricht in den Schulen. Ziel sollte sein, dass jedes Kind die
1880 Chance erhält ein Musikinstrument zu erlernen.
- 1881 Bremen und Bremerhaven verfügen über attraktive Museums und Ausstellungsangebote. Dabei ist
1882 auffällig, dass etliche Angebote von privatem Engagement getragen oder mitgetragen werden. Dies
1883 zeigt, dass Bewahren, Forschen und Zugänglich-Machen als Aufgabe nicht nur des Staates, sondern
1884 auch Wille und Wunsch breiter Bevölkerungskreise sind.
- 1885 Bremerhaven bietet mit dem Deutschen Schifffahrtsmuseum und dem Deutschen Auswandererhaus
1886 zwei anerkannte Einrichtungen, die exzellent in die Havenwelten passen. Mit der vorgesehenen
1887 Renovierung wird es möglich das Thema modern einem breiteren Publikum näher zu bringen. Die
1888 FDP bedauert, dass die Sammlung des Nordsee-Museums derzeit nicht zugänglich ist. Hier sollte nach
1889 einer Möglichkeit gesucht werden, die Sammlung öffentlich zugänglich zu machen.

1890 Das Focke-Museum als Landesmuseum sollte sich auf die Darstellung bremischer Landesgeschichte
1891 konzentrieren. Schon jetzt gelangt es an seine Grenzen, wenn Sonderschauen dort gezeigt werden.
1892 Dortige Sonderschauen haben vielfach einen besonderen Reiz, wenn sie einen Bezug zur hiesigen
1893 Kultur- und Landesgeschichte haben. Nach Ansicht der FDP wäre es überlegenswert in diese Richtung
1894 die Ausstellungskultur weiter zu entwickeln.

1895 In diesem Zusammenhang hält es die FDP für überlegenswert, ob die bremische Handelsgeschichte,
1896 die im Überseemuseum dargestellt wird, künftig nicht besser im Focke-Museum gezeigt werden
1897 sollte. Im Übersee-Museum könnten so größere Flächen für Sonderausstellungen gewonnen werden.

1898 Die FDP hält es für erforderlich, zu prüfen, ob das Schul-Museum zumindest organisatorisch ins
1899 Landesmuseum integriert werden sollte. Dabei sollte nicht allein die Wirtschaftlichkeit eine Rolle
1900 spielen, sondern auch die Chance die Entwicklungen der Reformpädagogik und der Beschulung von
1901 Mädchen, beispielsweise durch die privaten Schulen wie die von Kippenberg und das Engagement
1902 der Liberalen Agnes Heiniken, im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung deutlicher und klarer
1903 herausgestellt werden. Wobei sichergestellt werden sollte, dass die Geschichte der Pädagogik, der
1904 sich das Schul-Museum widmet, in Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern im angemessenen
1905 Umfang einfließen kann.

1906 Durch die Modernisierung und Erweiterung der Kunsthalle wird das Haus modernen Anforderungen
1907 gerecht werden können. Damit hat es die Chance weiter mit überregional wirkenden Ausstellungen
1908 auf sich aufmerksam zu machen. Der Kunstverein macht es durch sein Engagement möglich, dass hier
1909 Stadt und Staat weit weniger finanziell gefordert sind, als andernorts. Die FDP kritisiert, dass bei den
1910 Entscheidungen über die Modernisierung und Erweiterung die Folgekosten nicht ausreichend
1911 berücksichtigt wurden.

1912 Denkmalpflege darf nicht länger Stiefkind bremischer Politik sein. Das Land Bremen ist berühmt für
1913 seine historische Bausubstanz sowie den Bestand an historisch bedeutsamen Parkanlagen.
1914 Denkmalschutz und -pflege führen aber über Jahrzehnte hinweg ein Schattendasein.

1915 Die FDP fordert daher:

- 1916 • eindeutige Zuständigkeit für Kulturförderung, keine Parallelförderungen
- 1917 • klare Aufsichtsstrukturen für das Bremer Theater
- 1918 • Möglichkeit der Umwandlung des Bremer Theaters in eine Stiftung prüfen
- 1919 • Verschlinkung der Kulturverwaltung und Zuordnung zum Bildungsressort
- 1920 • Stärkung der Rolle der Stadtteil- und Ortsteilbeiräte im Rahmen der Kulturförderung
- 1921 • Unterstützung der freien Theaterszene
- 1922 • qualifizierten Musikunterricht in den Schulen, jedes Kind soll die Chance erhalten, ein
1923 Musikinstrument zu erlernen
- 1924 • zu prüfen, inwiefern das Schul-Museum kostensparend in das Landesmuseum integriert werden
1925 kann
- 1926 • Systematische Überprüfung aller historischen Bausubstanz auf ihre Denkmalschutzwürdigkeit in
1927 den Stadtteilen.

1928

1929

1930 **Tourismus**

1931 Der Tourismus ist für das Land Bremen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber für mehr
1932 als 20.000 Menschen in Bremen und Bremerhaven. Wir wollen die guten Chancen unserer beiden
1933 Städte im Tourismus mit Blick auf für mehr Arbeitsplätze und Wachstum konsequent nutzen.

1934 Der Städtetourismus in Deutschland verzeichnet in den vergangenen Jahren ein enormes Wachstum.
1935 Auch wenn Bremen stetig steigende Besucher- und Übernachtungszahlen zu verzeichnen hat, ist es
1936 nicht gelungen, sich vom Bundestrend abzuheben. Trotz millionenschwerer Investitionen sind die
1937 Steigerungsraten in Bremen leider sogar leicht unterdurchschnittlich. Ohne den glücklichen Zufall der
1938 Ryanair-Ansiedlung würde die touristische Entwicklung noch deutlich hinter die Entwicklung im
1939 Bundesschnitt zurückfallen.

1940 Sowohl Bremen als auch Bremerhaven verfügen über ein reiches, vielfältiges und attraktives Angebot
1941 für Touristen. Allerdings ist es nach Auffassung der FDP in den vergangenen Jahren nicht ausreichend
1942 gelungen, für Bremen und Bremerhaven als attraktive Reiseziele auch überregional erfolgreich zu
1943 werben. Werbung und das Marketing für unsere Städte wollen wir deutlich verbessern. Trotz
1944 verschiedener Initiativen und stets neuer Kampagnen ist es nicht gelungen, das überregionale Image
1945 Bremens und Bremerhavens wesentlich zu verbessern attraktiv für deutlich mehr Touristen zu sein.

1946 Zur Stärkung des Tourismus ist es auch erforderlich, touristische Anziehungspunkte und eine
1947 tourismusgerechte Infrastruktur auszubauen. Versuche von Politik und Verwaltung, in Bremen und
1948 Bremerhaven neue Attraktionen zu schaffen, sind zu oft gescheitert. Die FDP lehnt es ab,
1949 gescheiterte Projekte wie die Botanika oder das Schaufenster Bootsbau weiter auf Kosten der
1950 Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu unterstützen. Land und Stadtgemeinden müssen sich darauf
1951 konzentrieren, private Initiative und unternehmerisches Engagement zu fördern. In diesem Sinne
1952 unterstützen wir auch das geplante City-Resort am Uni-See, welches gänzlich ohne öffentliche
1953 Förderung auskommen wird.

1954 Die von SPD und Grünen forcierte Einführung einer so genannten „Bettensteuer“ ist
1955 tourismuspolitisch kontraproduktiv und wird von uns abgelehnt.

1956 Die FDP fordert daher:

- 1957 • überregionale Werbung für Bremen und Bremerhaven optimieren
1958 • private gewinnen, um touristische Anziehungspunkte und eine tourismusgerechte Infrastruktur
1959 weiterzuentwickeln
1960 • keine „Bettensteuer“

1961

1962 **6 Freiheit statt Abhängigkeit**

1963

1964 Ziel liberaler Sozialpolitik ist es, jeden Menschen in die Lage zu versetzen, für sich und seine Familie
1965 selbst zu sorgen. Dieser Antrieb und die Leistung jedes einzelnen ist die Grundlage des Wohlstands
1966 unserer Gesellschaft. Wo den Bürgerinnen und Bürgern jedoch Eigeninitiative und Verantwortung
1967 abgenommen wird, dort zerstört der Sozialstaat seine eigenen Grundlagen.

1968 In der Sozialpolitik Bremens haben sozialdemokratische Sozialsenatoren in den vergangenen
1969 Jahrzehnten die Weichen falsch gestellt. Unsere Städte Bremen und Bremerhaven stehen heute vor
1970 enormen sozialen Problemen. Der rot-grüne Senat wird nicht müde, die momentanen Missstände
1971 ausführlich zu bejammern und stets neue soziale Problemlagen zu (er)finden.

1972 Der Sozialstaat hat die wichtige Aufgabe, die wirklichen Lebensrisiken der Bürgerinnen und Bürger
1973 abzusichern. Ein Sozialstaat, der von denjenigen, die Leistungen empfangen genauso gerecht
1974 empfunden wird, wie von denjenigen, die die Leistungen erwirtschaften ist die Voraussetzung für
1975 unser erfolgreiches freies und produktives Wirtschaftssystem: Die Soziale Marktwirtschaft.
1976 Leistungen darf deshalb nur derjenige beanspruchen, der nicht von der eigenen Arbeit leben oder
1977 nicht ausreichend für seine Familie sorgen kann.

1978 Ziel sozialpolitischen Handelns muss es sein, diejenigen, die Leistungen empfangen, in die Lage zu
1979 versetzen, wieder unabhängig vom Leistungsbezug zu werden. Qualifizierte Arbeit ist die Chance aus
1980 der Abhängigkeit von Transferleistungen wie Hartz IV und Wohngeld herauszukommen. Der
1981 Teufelskreis sich fortsetzender Abhängigkeit von den Transfersystemen von Generation zu
1982 Generation muss durchbrochen werden. Ohne individuelle Leistung zu fordern und zu unterstützen,
1983 wo es nötig ist, wird dies nicht gelingen. Qualifizierte Arbeitskräfte werden selbst im Land Bremen
1984 mit seiner hohen Arbeitslosigkeit gesucht. Auf der anderen Seite verfestigt sich
1985 Langzeitarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg ganzer Familien, die bereits in dritter Generation von
1986 Transferzahlungen leben.

1987 Ziel muss wieder sein, dass es die Generation unserer Kinder einmal besser hat als wir heute. Dies
1988 wird ohne Anstrengungen nicht gehen. Einen Wohlstand zu Lasten künftiger Generationen, einen
1989 Wohlstand auf Pump können wir uns als Gesellschaft und wollen wir uns als Liberale nicht leisten.

1990

1991 **Wer arbeitet, muss mehr haben...**

1992 Wer arbeitet, muss mehr haben, als der, der nicht arbeitet. Jede Sozialleistung muss durch Arbeit
1993 erwirtschaftet werden. Der Grundsatz, dass ein Arbeitseinkommen höher sein muss als die
1994 Sozialleistung, wird heute vielfach verletzt. Viele Berufstätige sehen ihre harte Arbeit kaum noch als
1995 wertgeschätzt an, wenn Arbeitslose ähnlich viel Geld bekommen.

1996 Mindestlöhne sind keine Lösung, denn sie gefährden gerade die Jobs von Geringqualifizierten. Ein
1997 Arbeitgeber kann einem Angestellten nur so viel zahlen, wie dieser für das Unternehmen
1998 erwirtschaftet. Ein flächendeckender Mindestlohn würde also zu mehr Arbeitslosigkeit führen und
1999 gerade Geringqualifizierte in die Abhängigkeit von Hartz-IV treiben.

2000 Das von SPD und Grünen geschaffene Hartz-IV-System würdigt die individuelle Anstrengung und
2001 Arbeitsleistung völlig unzureichend. Leistungsbereitschaft und Fleiß sind die Grundlagen des
2002 Wohlstands in unserem Land. Nur wer fühlbar mehr in der Tasche hat, wenn er arbeitet, wird gerne
2003 seinen Beitrag zur unerlässlichen Solidarität gegenüber Bedürftigen leisten. Auch die Steuerzahler
2004 müssen das System als fair empfinden und dürfen als Träger des Sozialstaats Anerkennung erwarten.
2005 Das meinen wir, wenn wir sagen: Leistung muss sich lohnen.

2006 Die FDP setzt demgegenüber auf ein einfaches und leistungsgerechtes Steuersystem mit niedrigen
2007 Steuersätzen, ergänzt durch das Konzept des liberalen Bürgergelds, welches die unzähligen
2008 Sozialleistungen in einem einfachen und fairen System zusammenfasst. Das Bürgergeld ist ein
2009 Mindesteinkommen, das vom Finanzamt ausgezahlt wird. Verdient beispielsweise ein
2010 Alleinstehender weniger als 662 Euro im Monat, bekommt er automatisch Geld ausgezahlt. Dabei
2011 wird eigenes Einkommen nicht voll angerechnet, sodass sich Erwerbstätigkeit auch für
2012 Geringverdiener deutlich mehr lohnt als heute. Die Anrechnungsregelungen von Hartz-IV sind
2013 leistungsfeindlich und damit ungerecht. Das Bürgergeld soll Arbeitslose motivieren, auch im
2014 Niedriglohnbereich in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Dort wachsen ihre Chancen, durch
2015 Berufserfahrung und Fleiß einen Aufstieg zu schaffen. Ein Arbeitsplatz ist schließlich das beste Mittel
2016 gegen Armut und die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben. Anders als heute
2017 belohnt das Bürgergeld Leistungsbereitschaft und unterstützt Eigenverantwortung.

2018 Die FDP fordert deshalb:

- 2019 • Arbeitslose sofort und umfassend zu betreuen. So ist ihnen innerhalb von einigen Monaten eine
- 2020 geeignete und marktnahe, verpflichtende Qualifizierung anzubieten.
- 2021 • die Ämter müssen weiterhin mit flexiblen Angeboten für Kinderbetreuung kooperieren, um
- 2022 gerade Alleinerziehenden die wirtschaftliche Selbständigkeit zu ermöglichen.
- 2023 • Menschen aktivieren, statt Opferrolle zu postulieren
- 2024 • Eigenverantwortung einfordern
- 2025 • Sozialleistungen vereinheitlichen und pauschalisieren, Ämter zusammenlegen, Ziel: Bürgergeld
- 2026 einführen
- 2027 • Leistungsanreize setzen, Zuverdienstmöglichkeiten ausbauen
- 2028 • Politik für mehr Arbeitsplätze, statt für mehr Sozialhilfe

2029

2030 **Vereinbarkeit von Kindern und Beruf**

2031 Gleichberechtigung erfordert es, dass Eltern frei entscheiden können, ob sie eine Berufstätigkeit
2032 ausüben oder nicht. Damit dies möglich wird, ist es erforderlich, dass Eltern ein ausreichendes,
2033 bezahlbares und bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungs- und Bildungsangeboten für ihre Kinder
2034 finden.

2035 Nur so gewinnen beide Elternteile die Freiheit selbst entscheiden zu können, ob sie arbeiten oder
2036 nicht. Eltern sind darauf angewiesen, ihre Kinder für längere Zeit gut betreut und unterrichtet zu
2037 wissen. Immer häufiger wollen und müssen beide Elternteile berufstätig sein, auch die Zahl
2038 Alleinerziehender steigt. Der Fachkräftemangel macht es zudem erforderlich, das Potential der
2039 berufsfähigen Eltern auszuschöpfen. Gerade Kinder aus bildungsfernen Milieus können schon im

- 2040 Kleinkind- oder zumindest im Kindergartenalter von Bildungs- und Betreuungsangeboten erheblich
2041 profitieren.
- 2042 Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Erwerbsquote von Eltern, insbesondere Frauen, steigt. Ein
2043 Arbeitsplatz der Eltern im ersten Arbeitsmarkt ist die beste Versicherung gegen Armut und
2044 Kinderarmut. Zudem ist unsere Volkswirtschaft mit Blick auf den demographischen Wandel und den
2045 Fachkräftemangel darauf angewiesen, das Fachkräftepotential aller Bevölkerungsgruppen in Arbeit
2046 zu bringen.
- 2047 Das derzeitige Bildungs- und Betreuungsangebot in Bremen ist unter diesem Gesichtspunkt völlig
2048 unzureichend. Junge Familie wandern ab, weil sie keine guten Bildungs- und
2049 Betreuungsmöglichkeiten vorfinden.
- 2050 Die FDP begrüßt, wenn Eltern, Männer und Frauen, sich Zeit für ihre Kinder und deren Erziehung
2051 nehmen. Daher setzen wir uns für angemessene Rahmenbedingungen ein, die es Männern und
2052 Frauen ermöglichen, sich ganz oder teilweise um Kindererziehung zu kümmern, Elternzeit zu nehmen
2053 und Teilzeit zu arbeiten. Die Zahlung eines Betreuungsgeldes lehnen wir ab, weil sie einen falschen
2054 Anreiz bietet, Kinder nicht in für die Entwicklung der Kinder wichtigen Kindergärten zu geben.
- 2055 Die Zahl der Betreuungsplätze in der Unter-Dreijährigen-Betreuung ist in unseren beiden Städten
2056 derzeit völlig unzureichend. Momentan haben im Land Bremen weniger als 20 Prozent der
2057 Kleinstkinder einen Betreuungsplatz. Im Jahr 2013 müssen es nach Bundesgesetz 35 Prozent sein, der
2058 Bedarf in Bremen liegt sogar noch höher – weit über 40 Prozent. Der Ausbau der der
2059 Unterdreijährigen-Betreuung läuft schon seit Jahren im Schneckentempo. Der Ausbau der
2060 Kinderbetreuung darf zu keiner Hängepartie werden, wenn der Rechtsanspruch in 2013 erreicht
2061 werden soll. Die Aktivitäten des rot-grünen Senats mit Blick auf den Ausbau der Unter-Dreijährigen-
2062 Betreuung sind völlig unzureichend. Auch widerspricht es dem Sinn der bundesrechtlichen
2063 Regelungen, dass im Land Bremen Betreuungsplätze von 12 Stunden pro Woche in die Berechnung
2064 des Angebots für die Erfüllung des Rechtsanspruchs mit einbezogen werden.
- 2065 Um den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden zu können, benötigen Eltern
2066 Kindertagesstätten mit noch flexibleren Öffnungszeiten. Das Jugendressort und das Jugendamt sind
2067 gefordert, auf die Träger einzuwirken, damit das Angebot noch weiter am Bedarf der Familien
2068 orientiert wird. Kinderbetreuungsangebote müssen den Erfordernissen der modernen
2069 Arbeitszeitorganisation entsprechen. Polizeibeamte, Verkäuferinnen und Verkäufer,
2070 Krankenpflegerinnen und -pfleger etwa benötigen flexiblere Betreuungsmöglichkeiten für ihre
2071 Kinder, insbesondere, wenn sie allein erziehen. Die FDP will ein Netz an flexiblen
2072 Betreuungsangeboten durch eine ausreichende Zahl an Tagespflegepersonen sicherstellen.
- 2073 Teilzeitarbeit ist für viele Eltern eine Chance, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen.
2074 Die FDP begrüßt das Engagement von Unternehmen, Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen
2075 und individuelle und flexible Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen. Diese Beschäftigungsformen müssen
2076 auch gesellschaftlich stärker anerkannt werden. Weiterhin müssen Studien- und Bildungsangebote
2077 verstärkt auch im Teilzeit-Format angeboten werden.
- 2078 Dem drohenden Mangel an Erzieherinnen und Erziehern ist durch ausreichende Ausbildung zu
2079 begegnen. Die FDP fordert eine Ausbildungs-offensive für Erzieherinnen und Erzieher. Ferner sind die
2080 Personalschlüssel zu verbessern, damit sich das Personal ausreichend um die Kindergartenkinder

2081 kümmern kann. Auch in Regeleinrichtungen muss mehr als eine Person für 20 Kinder zuständig sein.
2082 Wir wollen, dass in allen Gruppen qualifizierte Zweitkräfte eingesetzt werden können.

2083 Wir sind dafür, die Qualifikation des Personals in Kindertageseinrichtungen weiter zu erhöhen. Daher
2084 befürwortet die FDP den Einsatz von 10 Prozent Elementarpädagogen bzw. Sozialpädagogen in den
2085 Einrichtungen. Nur durch Anhebung des Qualifikationsniveaus des Personals, u.a. durch Aus- und
2086 Weiterbildung, wird es möglich sein, den Bildungs- und Betreuungsauftrag gerecht zu werden.

2087 Wir wollen erreichen, dass in Bremen Kindergartenplätze dort geschaffen werden, wo sie
2088 nachgefragt werden. Dazu werden wir die zentrale Steuerung der Vergabe von Kindergartenplätzen
2089 abschaffen. Wir werden auch kommerzielle Angebote zulassen und gleiche Rahmenbedingungen für
2090 alle Träger von Kindertagesstätten schaffen: Elternvereine müssen dieselben Qualitätsanforderungen
2091 in ihren Einrichtungen erfüllen, wie städtische Kindergärten (KiTa Bremen) oder die Einrichtungen der
2092 freien Träger. Daher ist es erforderlich ihnen die gleichen Geldmittel seitens der Stadtgemeinden pro
2093 Kind zur Verfügung zu stellen.

2094 Die FDP unterstützt den Ausbau von Ganztagschulen. Wir wollen die Angebote von Mittagstischen
2095 und Hausaufgabenbetreuung mittelfristig durch Ganztagsgrundschulen ersetzen. Hortangebote
2096 werden wir zumindest solange erhalten, solange eine Nachfrage danach besteht und
2097 Ganztagschulen noch kein ausreichendes Angebot bieten. Wichtig dabei ist, dass auch in den Ferien
2098 ausreichend Angebote gemacht werden, damit die Eltern ihren Berufen nachgehen können. Wie in
2099 Kindergärten sollten auch Ganztagschulen durchgängig nur drei Wochen im Jahr schließen und in
2100 den Unterrichtsferien für diejenigen die es wollen und brauchen ausreichende Angebote machen.

2101 Die FDP fordert daher:

- 2102 • bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungs- und Bildungsangeboten für Kinder
- 2103 • Kindergärten mit flexibleren Öffnungszeiten
- 2104 • Ausbildungsoffensive für Erzieherinnen und Erzieher
- 2105 • Qualifizierung von Tagespflegepersonen (Tagespflegemütter und -väter) fortsetzen
- 2106 • Ausbau der Plätze bei Tagespflegepersonen fortführen, da diese flexibler sind und manche Arbeit
2107 dies erfordert und vielfach auch so individuelle heilpädagogische Förderung möglich wird
- 2108 • zentrale Steuerung der Vergabe von Kindergartenplätzen abschaffen
- 2109 • gleiche Finanzierung für städtische und freigemeinnützige Träger
- 2110 • auch kommerzielle Angebote zulassen
- 2111 • in allen Gruppen qualifizierte Zweitkräfte
- 2112 • Ausbau von Ganztagschulen
- 2113 • Eltern, die sonst nicht Arbeit annehmen könnten, vorrangig und kurzfristig einen Platz zur
2114 Verfügung stellen
- 2115 • ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr
- 2116 • Teilzeitarbeit, flexible und individuelle Arbeitszeitmodelle unterstützen

2117

2118

2119 **Bürgerschaftliches Engagement**

2120 Mit unserer Vorstellung einer liberalen Bürgergesellschaft sind bürgerschaftliches und
2121 ehrenamtliches Engagement untrennbar verbunden. Viele Bürgerinnen und Bürger übernehmen
2122 neben ihren beruflichen und privaten Aktivitäten Verantwortung für Andere und die Gesellschaft. In
2123 Nachbarschaft und in Vereinen, in Bürgerinitiativen, Kirchen oder in anderen gesellschaftlichen
2124 Organisationen sind sie Vorbild von gelebtem Bürgertum.

2125 Es gehört zum liberalen Verständnis unserer Gesellschaft, dass sich Bürger zusammenschließen,
2126 wenn sie gemeinsame Interessen, Ziele oder Neigungen haben. Die FDP tritt dafür ein, dass die
2127 Politik den Bürgern vor Ort so viel Freiraum wie möglich für die Gestaltung ihrer Lebenssituation
2128 belässt. Die Vorstellungen von einer Politik, die sich um alles kümmert, gilt es auszuräumen. Deshalb
2129 kann bürgerschaftliches Engagement dort ansetzen, wo die „große Politik“ bevormunden würde. In
2130 allen Stadt- und Ortsteilen braucht es engagierte Mitmenschen, die sich für Bekannte und Nachbarn
2131 einsetzen, wenn sie auf persönlicher Ebene Hilfe benötigen.

2132 In Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Menschen im Transferleistungsbezug, einem hohen Anteil
2133 von Menschen mit Zuwanderungshintergrund und einem hohen Anteil alleinerziehender Menschen
2134 ist bürgerschaftliches Engagement besonders wichtig. Wir unterstützen deshalb das Programm
2135 „Wohnen in Nachbarschaften“, das Initiativen vor Ort hilft, ihre Nachbarschaft zu stärken.
2136 Insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen und Arbeitslosen leisten soziale Initiativen
2137 unersetzliche Arbeit. Sportvereine sind in diesem Bereich für die Integrationsarbeit unentbehrlich.

2138 In Zukunft müssen wir ehrenamtliche Strukturen stärken und Menschen ansprechen, die sich
2139 momentan noch nicht engagieren. Dazu sind die Freiwilligenagenturen in Bremen und Bremerhaven
2140 und die Messen zur Freiwilligenarbeit eine wichtige Basis. Nach dem richtigen und überfälligen
2141 Aussetzen der Wehrpflicht läuft auch der in vielen Bereichen wichtige Zivildienst aus. Wir begrüßen
2142 deshalb, dass die Bundesregierung jetzt die Freiwilligendienste ausbauen und stärken will. Gerade
2143 junge Leute, die sich sozial, ökologisch oder anderweitig einbringen wollen, sollen dazu eine Chance
2144 bekommen. Die Ausweitung der begrenzten Plätze ist deshalb richtig.

2145 Die FDP fordert daher:

- 2146 • Stärkung des Ehrenamts
- 2147 • intensiver Kontakt zwischen Politik und ehrenamtlichen Initiativen
- 2148 • Bürgerschaftliche Strukturen in den Stadtteilen stärken
- 2149 • Freiwilligenagenturen unterstützen

2150

2151 **Senioren**

2152 Ziel liberaler Seniorenpolitik ist die Wahrung der Würde und der Selbstbestimmung älterer
2153 Menschen in jeder Phase ihres Lebenswegs. Wir treten für persönliche Freiheit und
2154 Selbstbestimmung auch im Alter ein. Wir wollen ein neues Bild vom Alter entwerfen, das sich von der
2155 Vorstellung vom Alter als Zeit der Verluste und Risiken, der gesellschaftlichen Abwertung und der
2156 Befürchtung vor der sozialen Überforderung löst. Junge Alte, Ältere und Hochbetagte können mit
2157 ihrer Lebenserfahrung, ihren Kompetenzen und ihrem Wissen viel Positives für unsere Gesellschaft
2158 beitragen. Wir wollen Einstellungshemmnisse Älterer abbauen. Damit sich Menschen auch im Alter

2159 noch im Beruf sowie in haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten engagieren können, setzt sich die FDP
2160 für den Abbau starrer und diskriminierender Altersgrenzen ein. So kann das enorme
2161 Beschäftigungspotential Älterer genutzt und dem Fachkräftemangel begegnet werden. Weiterhin
2162 wollen wir das betriebliche Altersmanagement in Verwaltung und Unternehmen der öffentlichen
2163 Hand stärken und mit Blick auf die Faktoren Berufsrisiko, Gesundheitsschutz und
2164 Arbeitsplatzgestaltung weiterentwickeln. Weiterhin wird sich die FDP dafür einsetzen, dass
2165 Weiterbildungsangebote mit Blick auf die Zielgruppe Senioren entwickelt bzw. weiterentwickelt
2166 werden. Im Rahmen der Stadtentwicklungs- und Baupolitik muss darauf geachtet werden, dass sowie
2167 geeignete Infrastrukturen und Rahmenbedingungen in den Stadt- und Ortsteilen geschaffen werden,
2168 die es Menschen mit Mobilitätseinschränkungen erlaubt, den Alltag in ihrem angestammten Lebens-
2169 und Wohnumfeld zu gestalten. Wir wollen die politische Teilhabe von Senioren stärken. Die
2170 Seniorenvertretung soll in den Ausschüssen der Bürgerschaft bei der Behandlung altersbezogener
2171 Themen gehört werden. Deshalb wollen wir in den im Aufbau befindlichen Beiräten zur
2172 Kriminalprävention (Präventionsräten) darauf achten, dass auch Senioren beteiligt werden.

2173 Die FDP fordert daher:

- 2174 • neues Bild vom Alter
- 2175 • Abbau von Altersgrenzen
- 2176 • betriebliches Altersmanagement stärken und weiterentwickeln
- 2177 • Weiterbildungsangebote für Senioren weiterentwickeln
- 2178 • für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen geeignete Infrastrukturen und
2179 Rahmenbedingungen in den Stadt- und Ortsteilen schaffen
- 2180 • Anhörung der Seniorenvertretung in den Ausschüssen der Bürgerschaft, bei der Behandlung
2181 altersbezogener Themen
- 2182 • Beteiligung von Senioren in Präventionsräten

2183

2184 **Gleichstellung von Frau und Mann**

2185 Die FDP will für Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur formal die gleichen Rechte und
2186 Chancen. Unser Ziel ist die Gleichheit der Chancen und Perspektiven in der Lebenswirklichkeit
2187 unseres Landes. Die faktische rechtliche Gleichstellung von Frauen korrespondiert aber zu oft noch
2188 mit der Lebenswirklichkeit unseres Landes. Frauen werden für vergleichbare Arbeit zudem oft noch
2189 schlechter bezahlt als Männer.

2190 Bremen hat die niedrigste Frauenerwerbstätigkeit Deutschlands. Um die Erwerbstätigkeit
2191 insbesondere von Frauen zu erhöhen, bedarf es konkreter Förderung der Vereinbarkeit von Familie
2192 und Beruf. Gerade Alleinerziehende sind häufig auf Hartz-IV angewiesen, weil flexible
2193 Betreuungsmöglichkeiten fehlen und obwohl sie oftmals hervorragend ausgebildet sind. Hier liegt
2194 auch ein großes Potential an Fachkräften.

2195 Der bisher beschrittene Weg Bremens in der Geschlechterpolitik folgt einem überkommenen
2196 Frauenbild und der unzutreffenden Vorstellung, ausschließlich Frauen seien Opfer von
2197 Geschlechterkonflikten und Diskriminierung. Die FDP will gleiche Chancen für beide Geschlechter
2198 herstellen. Im Mittelpunkt unserer Gleichstellungspolitik steht das Erreichen eines ausgewogenen

2199 Geschlechterverhältnisses in allen Bereichen des öffentlichen Diensts, auch dort, wo Männer
2200 unterrepräsentiert sind. Schulen und Kitas würden enorm von einem ausgewogenen
2201 Geschlechterverhältnis profitieren.

2202 Neue Problemfelder rücken in den Fokus der Geschlechterpolitik. Hierzu zählen etwa:
2203 Diskriminierung von Männern mit Behinderungen in Rehabilitationseinrichtungen, die
2204 Benachteiligung erziehender Männer, die Ausgrenzung von Männern aus dem
2205 Gleichstellungsprozess. Diese neuen Problemfelder wollen wir ernst nehmen und ihnen ein
2206 angemessenes Gewicht in unserer Gleichstellungspolitik einräumen.

2207 Die Aufgaben der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichstellung der Frau (ZGF) sind
2208 weitgehend überflüssig geworden. Die Aufgaben sollen künftig von dem für Gleichstellungsfragen
2209 zuständigen Senatsmitglied wahrgenommen werden. Gleichstellungsfragen im öffentlichen Dienst
2210 können ausreichend im Rahmen der Personalratsarbeit erörtert werden.

2211 Jugendarbeitslosigkeit betrifft heute bereits junge Männer in stärkerem Maße als junge Frauen. Der
2212 Anteil der Jungen, die die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen, ist beinahe doppelt so
2213 hoch, wie bei den Mädchen. Dafür macht etwa ein Drittel der Mädchen eines jedes Jahrgangs Abitur.
2214 Bei den Jungen sind es nur 25 Prozent. Dass die Benachteiligung von Jungen im Bildungssystem so
2215 deutlich zu Tage tritt, ist nach unserem Eindruck auch eine Folge von Defiziten in der Gestaltung des
2216 Bildungssystems selbst sowie der Gestaltung des Schulunterrichts sowie auch der Maßnahmen der
2217 Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsförderung.

2218 Geschlechtsspezifische Aktivitäten zur Förderung von Jungen bzw. jungen Männern sind bisher
2219 lediglich in unzureichendem Umfang vorhanden. Die FDP fordert, ein Konzept zur Bekämpfung der
2220 Bildungsbenachteiligung von Jungen zu erarbeiten und parallel zum so genannten Girls' Day einen
2221 jährlichen „Boys' Day“ einzuführen und dies in einem Jugendzukunftstag zusammenzufassen.

2222 Die FDP fordert deshalb:

- 2223 • Ausbau einer bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung zur Verbesserung
2224 der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 2225 • Erreichen eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in allen Bereichen des öffentlichen
2226 Diensts
- 2227 • Überführung der Arbeit der Frauenbeauftragten in die Personalratsarbeit
- 2228 • Abschaffung der Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau (ZGF)
- 2229 • Konzept zur Bekämpfung der Bildungsbenachteiligung von Jungen erarbeiten
- 2230 • Einführung und systematische Bewerbung eines Jugendzukunftstages

2231

2232 **Gleichgeschlechtliches Zusammenleben**

2233 Die FDP setzt sich für mehr Akzeptanz gegenüber Lesben und Schwulen sowie für die Gleichstellung
2234 eingetragener Lebenspartnerschaften mit Ehen ein. Auf Initiative der FDP wurden u.a. die Gebühren
2235 für die Eintragung von Lebenspartnerschaften in Bremen gesenkt und an das Niveau anderer
2236 Bundesländer angeglichen. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sollen dieselben Rechte und

2237 Pflichten haben, wie Eheleute. Daher haben sich die Liberalen für die Beseitigung rechtlicher
2238 Benachteiligungen von Lebenspartnern eingesetzt. Verpartnerte und Verheiratete müssen im
2239 Beamtenrecht und auch in den Versorgungswerken der Freiberufler gleich gestellt werden. Weiterhin
2240 wird sich die FDP weiter für die vollständige steuerliche Gleichstellung von Menschen in
2241 eingetragenen Partnerschaften einsetzen.

2242 Die FDP wendet sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und gegen homophobe
2243 Gewalt. Wir wollen gleichgeschlechtliche Lebensweisen im Schulunterricht und in der
2244 Lehrerfortbildung verankern und die Gewaltprävention an den Schulen ausbauen. Die bestehenden
2245 Angebote der schwul-lesbischen Selbsthilfe sowie das Beratungsangebot des Rat und Tat Zentrums
2246 für Schwule und Lesben wollen wir aufrechterhalten. Wir wollen prüfen, ob eine engere Kooperation
2247 zwischen den vorhandenen Beratungseinrichtungen erreicht werden kann.

2248 Die FDP fordert daher:

- 2249 • Beseitigung rechtlicher Benachteiligungen von Lebenspartnern
- 2250 • Informationen über gleichgeschlechtliche Lebensweisen im Schulunterricht und in der
2251 Lehrerfortbildung verankern
- 2252 • Gewaltprävention in den Schulen ausbauen
- 2253 • Beratungsangebote erhalten, Kooperation stärken

2254

2255 **Integration und Zuwanderung**

2256 Auch in Bremen und Bremerhaven muss Zuwanderung als Chance begriffen werden. Jedoch müssen
2257 gleichzeitig auch die Probleme gesehen und benannt werden, welche politisch ungesteuerte
2258 Zuwanderung mit sich bringt. Der Anteil von Menschen mit Zuwanderungshintergrund an der
2259 Bevölkerung wird aufgrund der demographischen Entwicklung weiter zunehmen. Gleichzeitig sind
2260 Deutschland und Bremen aufgrund der gleichen demographischen Entwicklung auf Einwanderung in
2261 den Arbeitsmarkt angewiesen sein. Die bereits in Deutschland lebenden Ausländer,
2262 Eingebürgerten und Spätaussiedler dürfen nicht aus dem politischen und gesellschaftlichen Blickfeld
2263 verloren werden.

2264 Ziel der Liberalen ist es, eine weltoffene und tolerante Bürgergesellschaft zu etablieren. Eine gute
2265 Integrationspolitik nutzt der Volkswirtschaft, baut interkulturelle Kompetenzen auf und stärkt somit
2266 den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bremen im globalisierten Wettbewerb. Bremen war und
2267 ist als weltweit vernetzter Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort auf einen guten Austausch mit
2268 seinen internationalen Wirtschaftspartnern angewiesen. Wir wollen an Zuwanderer und Menschen
2269 mit Zuwanderungshintergrund das Signal senden, dass sie in unserem Land willkommen sind und wir
2270 sie als einen wichtigen Teil unserer Gesellschaft begreifen.

2271 Wir wollen eine Gesellschaft, die offen gegenüber Zugewanderten ist. Allerdings ist und bleibt
2272 Integration zuvorderst eine Aufgabe der Zugewanderten selbst. Einwanderung nach Deutschland
2273 bringt nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten mit sich. Eine weltoffene und tolerante
2274 Bürgergesellschaft braucht ein gemeinsames Fundament. Hierzu gehört, dass wir von den Migranten
2275 die vorbehaltlose Akzeptanz des Grundgesetzes und der Grundwerte, auf denen das Grundgesetz
2276 basiert, verlangen. Gleichzeitig kann Integration nur gelingen, wenn Migranten der deutschen

2277 Sprache mächtig sind und zumindest Grundkenntnisse über unsere Geschichte und Kultur kennen.
2278 Parallelgesellschaften, die sich von den Grundwerten der Bundesrepublik abzukapseln versuchen,
2279 sind nicht zu akzeptieren. Es kann keine Toleranz gegenüber der Intoleranz geben und die Freiheit
2280 der Migranten ihre Kultur zu leben findet ihre Schranken in den hier geltenden Werten und
2281 Rechtsnormen.

2282 Deutschland muss integrationsfähiger werden. Eine andere Kultur im Umgang mit Migranten ist
2283 notwendig. Daher hat die FDP eine moderne Integrationspolitik entwickelt, die das Fördern und das
2284 Fordern in den Mittelpunkt stellt und den Integrationspolitik als eine Querschnittsaufgabe aller
2285 Politikfelder begreift.

2286 Die FDP fordert:

- 2287 • gezielte Sprachförderung auch für später Zugewanderte
- 2288 • Eltern ist erforderlichenfalls Sprachkompetenz zu vermitteln. Eltern mit Migrationshintergrund
2289 müssen bei Bedarf Orientierungshilfen angeboten werden
- 2290 • Mehrsprachigkeit als Erfolgchance begreifen, beherrschen der deutschen Sprache bei
2291 gleichzeitiger Förderung der Muttersprache
- 2292 • die Beiräte sollen mehr Entscheidungsrechte über die Verwendung von Haushaltsmitteln mit
2293 lokalem Charakter bekommen und über die Vergabe von den Mitteln aus den Programmen WiN
2294 und LOS erhalten. Beiräte können viel besser entscheiden, ob Integrationsmaßnahmen, die aus
2295 diesen Mitteln finanziert werden, zielgruppenspezifisch sind, d. h. sich an den unterschiedlichen
2296 Bedarfslagen der Migrantengruppen vor Ort orientiert
- 2297 • staatliche Maßnahmen müssen durch bürgerschaftliches Engagement, zivilgesellschaftliche
2298 Organisationen und Zugewanderte selbst unterstützt werden
- 2299 • Institutionen, politische und administrative Strukturen, öffentliche Meinungsbildung und
2300 kulturelle Entwicklung müssen interkulturell geöffnet werden. Die FDP begrüßt die Gewinnung
2301 von Menschen mit interkultureller Kompetenz für den öffentlichen Dienst. Eine Quote lehnen wir
2302 jedoch ab.
- 2303 • eine moderne und bedarfsgerechte Zuwanderungsgesetzgebung in Verbindung mit einem
2304 liberalen Bleiberecht
- 2305 • ein modernes und liberales Staatsbürgerschaftsrecht
- 2306

2307 Die FDP tritt darüber hinaus für eine moderne und bedarfsgerechte Steuerung der Zuwanderung ein.
2308 Nach diesem Beschluss sollen Ausländer, die in Deutschland arbeiten wollen, in einem
2309 Punkteverfahren ihre Qualifikation und ihre Integrationsfähigkeit nachweisen. Kriterien sollen der
2310 bisher erreichte Ausbildungsstand im Herkunftsland, die Berufserfahrung, das Alter, das bisherige
2311 Einkommen im Herkunftsland, die Deutschkenntnisse und die zu erwartende Intergrationsfähigkeit
2312 und der positiven Einstellung zu unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung sein. Diese
2313 Zugangsregeln werden nicht auf Ausländer angewendet, die sich nach dem Recht der Europäischen
2314 Union in der Bundesrepublik niederlassen bzw. arbeiten wollen. Jeder Einwanderer hat zudem den
2315 Nachweis über ausreichende Grundkenntnisse in der deutschen Sprache, deutscher Kultur, deutscher
2316 und europäischer Geschichte sowie über das politische System der Bundesrepublik und der
2317 Europäische Union nachzuweisen.

2318 Religion ist eine private Angelegenheit. Die Teilnahme an bestimmten Schulfächern (z.B. Schwimm-
2319 oder Sexualkundeunterricht) darf aus religiösen Gründen nicht länger abgelehnt werden. Hierbei ist
2320 auf die Möglichkeit der Gründung konfessionsgebundener Privatschulen hinzuweisen. Ein generelles
2321 Verbot des Tragens religiöser Symbole für Lehrkräfte lehnt die FDP strikt ab. Nach Auffassung der
2322 Liberalen sind solche Verbote ein nicht hinnehmbarer Eingriff in die positive Religionsfreiheit der
2323 Lehrkräfte. Gleichzeitig ist aber ein Schutz der negativen Religionsfreiheit der Schüler zu wahren.
2324 Schule ist weltanschaulich neutral.

2325 Der Fremdsprachenunterricht an Schulen soll in Zukunft ein breiteres Spektrum abdecken. So soll der
2326 Fremdsprachenunterricht neben der verpflichtenden ersten Fremdsprache (Englisch) auch die
2327 Möglichkeit bieten, eine zweite Fremdsprache zu erlernen. Hierbei sind auch gezielt Angebote zu
2328 machen, welche Migrantenkinder ermöglichen die Muttersprache ihrer Eltern zu erlernen oder ihre
2329 Kenntnisse in dieser Sprache zu vertiefen. Mehrsprachigkeit ist in einer globalisierten Welt eine
2330 Erfolgchance.

2331 Migranten muss durch gezielte Förderung eine bessere gesellschaftliche Partizipation ermöglicht
2332 werden. Nur so ist es möglich, dass Migranten sich in Deutschland heimisch fühlen und die „Werte
2333 und Normen“ der Bundesrepublik uneingeschränkt respektieren und akzeptieren. Gleichzeitig wird
2334 so dem entstehen so genannter „Parallelgesellschaften“ entgegen gewirkt. Nur wer sich als Teil der
2335 Gesellschaft fühlt wird diese Gesellschaft akzeptieren.

2336

2337 **Menschen mit Behinderungen**

2338 Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderung wollen und dürfen nicht in eine Opferrolle
2339 hineingedrängt werden. Die FDP will Vorurteilen aktiv entgegenwirken und allen Menschen
2340 Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Teilhabe in allen Lebensbereichenentsprechend der UN-
2341 Behindertenrechtskonvention ermöglichen. Die FDP setzt sich für Inklusion an den Schulen ein (siehe
2342 unter Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und mit
2343 sonderpädagogischem Förderbedarf). Die FDP will die Eingliederung von Menschen mit Behinderung
2344 in das Arbeitsleben weiter vorantreiben. Priorität muss, wo immer dies möglich ist, die Eingliederung
2345 in den ersten Arbeitsmarkt haben. Wir unterstützen daher Aktivitäten zur Werkstattvermeidung.

2346 Im Rahmen des Persönlichen Budgets können Menschen mit Behinderungen statt festgelegter Sach-
2347 und Dienstleistungen ein eigenes Budget erhalten, mit dem sie selbst die für sie in ihrer individuellen
2348 Situation wichtigen Leistungen auswählen und einkaufen können. Die FDP setzt sich dafür ein, dass
2349 mehr Menschen mit Behinderungen die Chancen und Vorteile des Persönlichen Budgets
2350 kennenlernen und in Anspruch nehmen und auf diese Weise mehr Selbstbestimmung erlangen.
2351 Hierzu werden wir auch die Bremer Sozialressort auf Kurs bringen. Wir wollen eine systematische
2352 Information aller Menschen mit Behinderungen erreichen, für die das Persönliche Budget in Frage
2353 kommt. Die Möglichkeit zur persönlichen Beratung muss geschaffen werden. Es ist nicht akzeptabel,
2354 dass behinderte Menschen heute nicht nach Bedarf versorgt werden, sondern nach
2355 Verhandlungsgeschick oder den Beziehungen des Hilfetragers zum Sozialressort.

2356 Entgegen dem Leitbild, Menschen mit Behinderungen eine größtmögliche gesellschaftliche Teilhabe
2357 zu gewährleisten und sie deshalb nach ihren individuellen Bedürfnissen zu unterstützen, werden

2358 Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderungen im Land Bremen nach einem
2359 undurchschaubarem Verfahren gefördert: Aus überkommenen Absprachen und persönlicher
2360 Verbundenheit mit bestimmten Trägern werden einige Einrichtungen deutlich besser finanziert als
2361 andere. Die FDP will eine systematische und transparente Förderung von Betreuungseinrichtungen
2362 und eine Kontrolle der vertraglich zugesicherten Leistung im Sinne von Menschen mit Behinderungen
2363 in ihrer Rolle als Kunden erreichen. Die FDP fordert, den veralteten Landesplan „Wohnen“ für
2364 behinderte Jugendliche und Erwachsene zu überarbeiten. Neben der Darstellung der vorhandenen
2365 Angebote, einer Bedarfsfeststellung und einer Kostenanalyse soll der neue Landesplan auch ein
2366 Angebots- und Kostenvergleich mit anderen Bundesländern umfassen.

2367 Der öffentliche Raum ist für alle Menschen da. Die FDP will die Barrierefreiheit öffentlicher Orte und
2368 Gebäude konsequent vorantreiben. Mit Priorität wollen wir Barrierefreiheit an denjenigen
2369 öffentlichen Orten und Gebäuden mit regelmäßigem Publikumsverkehr erreichen. Wir werden die
2370 Chancen des modernen E-Government sowie barrierefreier Internetmedien konsequent weiter
2371 ausbauen, um Menschen mit körperlichen Einschränkungen Behördenkontakte auch auf
2372 elektronischem Wege zu erleichtern.

2373 Die FDP will, dass kulturelle, museale, gastronomische und touristische Angebote mit Blick auf die
2374 Zielgruppe von Besucherinnen und Besuchern mit Behinderung weiter ausgebaut werden. Weiterhin
2375 unterstützt die FDP die Ausweitung von Informationsangeboten in den Medien für Hörgeschädigte
2376 mit Gebärdendolmetscher bzw. mit Untertiteln.

2377 Damit Hörgeschädigte am kulturellen Leben teilhaben können, fordert die FDP, den Einbau von
2378 speziellen Tonübertragungseinheiten in staatlichen/städtischen Veranstaltungszentren
2379 vorzunehmen.

2380 Die FDP fordert deshalb:

- 2381 • UN-Behindertenrechtskonvention schrittweise in allen Lebensbereichen umsetzen.
- 2382 • Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung Selbstbestimmung, Eigenverantwortung
2383 und Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglichen
- 2384 • Eingliederung von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben weiter vorantreiben
- 2385 • Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets stärken
- 2386 • Systematische und transparente Förderung von Betreuungseinrichtungen und Kontrolle der
2387 vertraglich zugesicherten Leistung
- 2388 • Landesplan „Wohnen“ überarbeiten
- 2389 • Barrierefreiheit konsequent vorantreiben, E-Government und barrierefreie Internetmedien
2390 ausbauen

2391

2392 **Städtepartnerschaften, internationale Zusammenarbeit**

2393 International ist Bremen insbesondere durch seine Partnerstädte vernetzt. Leider ist die Kooperation
2394 mitunter lückenhaft organisiert und nicht strategisch ausgerichtet. Insbesondere die Kooperation
2395 zwischen Vertretern von Wirtschaft und Zivilgesellschaft bietet erhebliches Potential auf beiden

2396 Seiten. Bremen muss in seiner in diesem Rahmen vollzogenen „Außenpolitik“ aber gegebenenfalls
2397 auch kritische Positionen ansprechen. Die Rolle der Menschenrechte bei unseren Partnern in China
2398 gehört beispielsweise dazu.

2399 Die FDP sieht im Zusammenhang der Haushaltsnotlage die Notwendigkeit von Sparanstrengungen
2400 auch im Bereich der Bremischen Entwicklungshilfe. Bremen leistet seinen Beitrag im Rahmen der
2401 Entwicklungszusammenarbeit durch die Ausbildung von ausländischen Studenten.

2402 Die FDP fordert daher:

- 2403 • Kooperation mit Partnerstädten strategisch ausrichten
- 2404 • für Menschenrechte eintreten